

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

Indikatorenbericht 2016



IMPRESSUM

Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Redaktion

Heike Becker, Kristina Theis

Gestaltung

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Stand: 21. Februar 2017

Bestellnummer: 0230001-16900-1

Fotorechte

Titel und Innenseiten SDG Piktogramme © United Nations Department of Public Information

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61 % aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt (Destatis) 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Nachhaltigkeit rückt immer mehr in den Fokus des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins. Nachhaltig zu handeln bedeutet, alle verfügbaren Ressourcen so zu nutzen, dass sie die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigen und dabei trotzdem die Möglichkeiten zukünftiger Generationen nicht einzuschränken. Nachhaltigkeit umfasst nicht nur den Erhalt der Umwelt, sondern erstreckt sich auch auf soziale Gerechtigkeit und die ökonomische Entwicklung. Das Wachstum der Weltbevölkerung bedarf der Berücksichtigung all dieser Aspekte, damit heute und in der Zukunft für jeden Menschen ein menschenwürdiges Leben auf unserem Planeten möglich ist.



2015 hat die Staatengemeinschaft mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ein eindeutiges Bekenntnis zur gemeinsamen globalen Verantwortung gegeben, weltweit für gute Lebensperspektiven heutiger und künftiger Generationen zu sorgen.

Bereits im Jahr 2002 hat die Bundesregierung mit „Perspektiven für Deutschland“ ihre nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Mit der im Jahr 2016 umfassend überarbeiteten Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland hat die Bundesregierung dargelegt, welche Herausforderungen sich für Deutschland aus der internationalen Verpflichtung für eine globale nachhaltige Entwicklung ergeben, welche konkreten Ziele sie sich steckt und welche Maßnahmen sie ergreift, um diese zu erreichen. Kern der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland ist ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem: Es definiert Ziele mit Zeitrahmen zur Erfüllung, Indikatoren für ein kontinuierliches Monitoring sowie Regelungen zur Steuerung und Festlegungen zur institutionellen Ausgestaltung.

Das Statistische Bundesamt berichtete bereits seit 2006 in fünf Indikatorenberichten objektiv über die Entwicklung der Indikatoren der bisherigen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Auch zu der jetzt vorliegenden überarbeiteten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Statistische Bundesamt von der Bundesregierung damit beauftragt worden, regelmäßig die Indikatoren fachlich unabhängig darzustellen und über deren Entwicklung objektiv zu berichten. Mit dem hier vorliegenden Indikatorenbericht 2016 legt das Statistische Bundesamt nun seinen sechsten Bericht zur Entwicklung der Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor.

A handwritten signature in blue ink that reads "Dieter Sarreither". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dieter Sarreither
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Der hier vorliegende Indikatorenbericht zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde federführend vom Statistischen Bundesamt erstellt. Alle in diesem Bericht dargestellten Indikatoren und deren graphische Darstellung wurden von der Bundesregierung entwickelt und von ihr zusammen mit den jeweiligen Zielwerten im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt.

Mit der Überarbeitung der bisherigen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch die Bundesregierung hat es auch bei den Indikatoren und Zielen Anpassungen gegeben. Ein Großteil der bekannten Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist, teilweise leicht angepasst und mit neuen Zielen, auch wieder Bestandteil der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Anders als bisher werden die Indikatoren nun allerdings nicht mehr den vier Indikatorenbereichen Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung zugeordnet sondern gliedern sich nach den 17 internationalen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals).

Jeder der insgesamt 63 Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird im vorliegenden Bericht einzeln oder zusammen mit einem inhaltlich eng verbundenen Indikator auf einer Doppelseite dargestellt. Seine Entwicklung wird in einer Grafik visualisiert und der Indikator in einem dreigeteilten Text beschrieben. Im ersten Abschnitt wird der jeweilige Indikator kurz definiert. Im folgenden Abschnitt werden der politisch festgelegte Zielwert genannt und wenn nötig in einen statistisch bewerteten Zielwert übersetzt sowie die Intention für die politische Auswahl dieses Indikators dargestellt. In einem dritten Abschnitt werden Inhalt und Entwicklung des Indikators erläutert. Hier wird detailliert beschrieben, was der Indikator abbildet und welche Aussagen anhand seiner Werte und deren Veränderung getroffen werden können. Zudem wird die Entwicklung des Indikators im Zeitverlauf beschrieben und in einen statistischen Kontext gestellt. Alle relevanten Informationen zum Indikator und seiner Entwicklung im Zeitablauf sind strukturiert und einfach zu erfassen auf den jeweiligen Doppelseiten abgebildet.

Das bisherige Bewertungssystem mit den bekannten „Wettersymbolen“, das eine schnelle Einschätzung der Entwicklung des jeweiligen Indikators ermöglicht, wurde weiterentwickelt, um es an die Erfordernisse der neuen Indikatoren und Zieltypen anzupassen. Gleichzeitig wurde seine Klarheit und Verständlichkeit verbessert. Im Anhang wird neben der aktuellen Einschätzung auch die Einschätzung für die Vorjahre gezeigt, um die Stabilität der Entwicklung einfacher beurteilen zu können. Diese Symbole sind dennoch nur eine Lesehilfe. Sie dienen der ersten Wahrnehmung der Entwicklung, ersetzen aber nicht die erläuternden Texte mit ihren Hintergrundinformationen. Im Vergleich zu den vorherigen Indikatorenberichten wurde diesem auch ein Datenanhang beigelegt, aus welchem die Daten zu den einzelnen Indikatoren – wenn vorhanden – ab Berichtsjahr 2010 ersichtlich sind.

INHALT

1 Keine Armut

Armut – *Armut begrenzen*

1.1.a, b	Materielle Deprivation sowie erhebliche materielle Deprivation	10
----------	--	----

2 Kein Hunger

Landbewirtschaftung – *In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren*

2.1.a	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	12
-------	---	----

2.1.b	Ökologischer Landbau	14
-------	----------------------	----

3 Gesundheit und Wohlergehen

Gesundheit und Ernährung – *Länger gesund leben*

3.1.a, b	Vorzeitige Sterblichkeit	16
----------	--------------------------	----

3.1.c, d	Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen	18
----------	---	----

3.1.e	Adipositasquote von Jugendlichen	20
-------	----------------------------------	----

3.1.f	Adipositasquote von Erwachsenen	22
-------	---------------------------------	----

Luftbelastung – *Gesunde Umwelt erhalten*

3.2.a	Emissionen von Luftschadstoffen	24
-------	---------------------------------	----

3.2.b	Anteil der Bevölkerung mit erhöhter PM ₁₀ -Feinstaubexposition	26
-------	---	----

4 Hochwertige Bildung

Bildung – *Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern*

4.1.a	Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger	28
-------	--	----

4.1.b	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss	30
-------	--	----

Perspektiven für Familien – *Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern*

4.2.a, b	Ganztagsbetreuung für Kinder	32
----------	------------------------------	----

5 Geschlechtergleichstellung

Gleichstellung – *Gleichstellung in der Gesellschaft fördern*

5.1.a	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	34
-------	--	----

5.1.b	Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft	36
-------	--	----

Gleichstellung – *Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen global stärken*

5.1.c	Berufliche Qualifizierung von Mädchen und Frauen durch deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit	38
-------	---	----

6 Sauberes Wasser und Sanitärversorgung

Gewässerqualität – *Minderung der stofflichen Belastung von Gewässern*

- 6.1.a Phosphor in Fließgewässern 40
- 6.1.b Nitrat im Grundwasser 42

Trinkwasser- und Sanitärversorgung – *Besserer Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung weltweit, höhere (sichere) Qualität*

- 6.2 Entwicklungszusammenarbeit für Trinkwasser und Sanitärversorgung 44

7 Bezahlbare und saubere Energie

Ressourcenschonung – *Ressourcen sparsam und effizient nutzen*

- 7.1.a, b Endenergieproduktivität und Primärenergieverbrauch 46

Erneuerbare Energien – *Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen*

- 7.2.a Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch 48
- 7.2.b Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch 50

8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Ressourcenschonung – *Ressourcen sparsam und effizient nutzen*

- 8.1 Gesamtrohstoffproduktivität 52

Staatsverschuldung – *Staatsfinanzen konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen*

- 8.2.a, b Staatsdefizit und strukturelles Defizit 54
- 8.2.c Schuldenstand 56

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge – *Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten*

- 8.3 Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP 58

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – *Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern*

- 8.4 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 60

Beschäftigung – *Beschäftigungsniveau steigern*

- 8.5.a, b Erwerbstätigenquote 62

Globale Lieferketten – *Menschenwürdige Arbeit weltweit ermöglichen*

- 8.6 Anzahl der Mitglieder des Textilbündnisses 64

9 Industrie, Innovation und Infrastruktur

Innovation – *Zukunft mit neuen Lösungen gestalten*

- 9.1 Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung 66

INHALT

10 Weniger Ungleichheiten

Gleiche Bildungschancen – *Schulische Bildungserfolge von Ausländern in Deutschland*

10.1 Ausländische Schulabsolventinnen und -absolventen 68

Verteilungsgerechtigkeit – *Zu große Ungleichheit innerhalb Deutschlands verhindern*

10.2 Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung 70

11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

Flächeninanspruchnahme – *Nachhaltige Flächennutzung*

11.1.a Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche 72

11.1.b Freiraumverlust 74

11.1.c Siedlungsdichte 76

Mobilität – *Mobilität sichern – Umwelt schonen*

11.2.a Endenergieverbrauch im Güterverkehr 78

11.2.b Endenergieverbrauch im Personenverkehr 80

11.2.c Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln 82

Wohnen – *Bezahlbarer Wohnraum für alle*

11.3 Überlastung durch Wohnkosten 84

12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster

Nachhaltiger Konsum – *Konsum umwelt- und sozialverträglich gestalten*

12.1.a Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen 86

12.1.b Energieverbrauch und CO₂-Emissionen des Konsum 88

Nachhaltige Produktion – *Anteil nachhaltiger Produktion stetig erhöhen*

12.2 Umweltmanagement EMAS 90

13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Klimaschutz – *Treibhausgase reduzieren*

13.1.a Treibhausgasemissionen 92

Klimaschutz – *Deutscher Beitrag internationale Klimafinanzierung*

13.1.b Internationale Klimafinanzierung zur Reduktion von Treibhausgasen
und zur Anpassung an den Klimawandel 94

14 Leben unter Wasser

Meere schützen – *Meere und Meeresressourcen schützen und nachhaltig nutzen*

14.1.a Nährstoffeinträge in Küsten- und Meeresgewässer –
Stickstoffeintrag über die Zuflüsse in Ost- und Nordsee 96

14.1.b	Anteil der nachhaltig befischten Fischbestände in Nord- und Ostsee	98
15	Leben an Land	
	<i>Artenvielfalt – Arten erhalten – Lebensräume schützen</i>	
15.1	Artenvielfalt und Landschaftsqualität	100
	<i>Ökosysteme – Ökosysteme schützen, Ökosystemleistungen erhalten und Lebensräume bewahren</i>	
15.2	Eutrophierung der Ökosysteme	102
	<i>Wälder – Entwaldungen vermeiden</i>	
15.3	Erhalt bzw. Wiederaufbau von Wäldern in Entwicklungsländern unter dem REDD+-Regelwerk	104
16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	
	<i>Kriminalität – Persönliche Sicherheit weiter erhöhen</i>	
16.1	Straftaten	106
	<i>Frieden und Sicherheit – Praktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Proliferation, insbesondere von Kleinwaffen ergreifen</i>	
16.2	Anzahl der in betroffenen Weltregionen durchgeführten Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen durch Deutschland	108
	<i>Gute Regierungsführung – Korruptionsbekämpfung</i>	
16.3.a, b	Corruption Perception Index in Deutschland sowie in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	110
17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	
	<i>Entwicklungszusammenarbeit – Nachhaltige Entwicklung unterstützen</i>	
17.1	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	112
	<i>Wissenstransfer insbesondere im technischen Bereich – Wissen international vermitteln</i>	
17.2	Anzahl der Studierenden und Forschenden aus Entwicklungsländern sowie LDCs pro Jahr	114
	<i>Märkte öffnen – Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern</i>	
17.3	Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern	116
	Statusübersicht	118
	Datenanhang	134

1 KEINE ARMUT

Armut - Armut begrenzen

1.1.a, b Materielle Deprivation sowie erhebliche materielle Deprivation

a) Materielle Deprivation

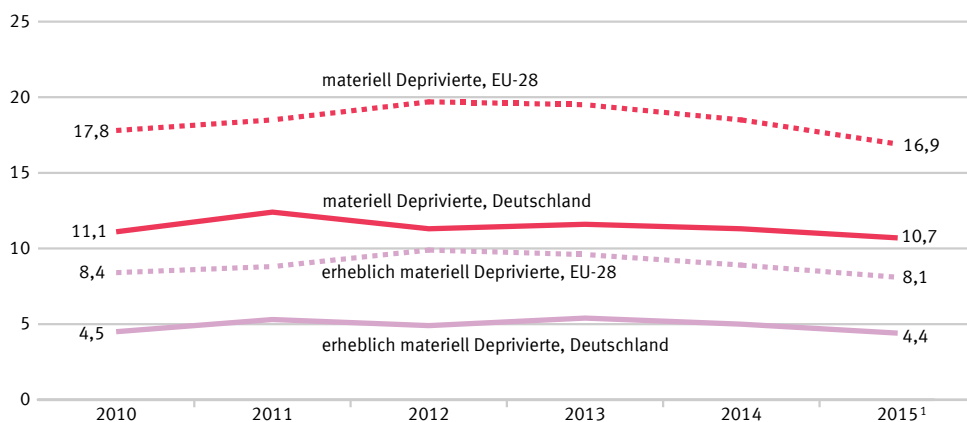


b) Erhebliche materielle Deprivation



Materiell deprivierte sowie erheblich materiell deprivierte Personen

Anteile, in %



¹ Werte für EU-28 geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat

Definition der Indikatoren

Materielle Deprivation beschreibt den Mangel an bestimmten Gebrauchsgütern und den unfreiwilligen Verzicht auf ausgewählten Konsum aus finanziellen Gründen. Die beiden Indikatoren geben den Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung an, die als materiell depriviert (1.1.a) beziehungsweise als erheblich materiell depriviert (1.1.b) gelten. Die (erhebliche) materielle Entbehrung trifft für alle Menschen zu, deren Haushalt von neun vorgegebenen Kriterien, die die finanziellen Einschränkungen des Haushalts widerspiegeln, mindestens drei (erheblich materiell depriviert: mindestens vier) erfüllt.

Ziele und Intention der Indikatoren

Der Indikator „materielle Deprivation“ ist auch Teil der ausführlichen Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Durch die Identifikation individueller Mangelsituationen soll er stellvertretend zur Abbildung armutsgefährdeter Lebenslagen dienen. Daher soll der Prozentsatz der Personen, die materiell depriviert beziehungsweise erheblich materiell depriviert sind, jeweils unter dem Niveau in der Europäischen Union liegen.



Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Die Daten stammen aus der europaweit harmonisierten Erhebung „EU-SILC“ (European Union Statistics on Income and Living Conditions), die in Deutschland vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern unter dem Namen „Leben in Europa“ durchgeführt wird. Dabei geben jährlich etwa 14 000 Privathaushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis Auskunft zu Einkommen und Lebensbedingungen.

Die Indikatoren zeigen jeweils den Anteil der Bevölkerung, bei dem in mehreren Bereichen ein unfreiwilliger Verzicht oder Mangel aus finanziellen Gründen besteht. Als Merkmale, um dies zu prüfen, wurden Ausgaben für eine Lebensführung ausgewählt, die in Europa als angemessen, wünschenswert oder gar notwendig angesehen wird. Diese neun Kriterien, die zur Beschreibung des Sachverhalts „materielle Entbehrung“ dienen, sind für alle Länder, in denen EU-SILC durchgeführt wird, einheitlich und ermöglichen somit einen europaweiten Vergleich.

Die neun Merkmale umfassen im Einzelnen: das Fehlen eines Autos, einer Waschmaschine, eines Farbfernsehgeräts oder eines Telefons im Haushalt (jeweils weil es sich der Haushalt finanziell nicht leisten kann), ein finanzielles Problem, die Miete, Hypothek oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen, die Wohnung angemessen zu heizen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit zu essen, jährlich eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen Wohnung zu verbringen oder unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe (2015: 980 Euro) aus eigenen finanziellen Mitteln zu bestreiten.

Mit der materiellen Deprivation verbunden ist das Problem der sozialen Ausgrenzung, da die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aufgrund fehlender finanzieller Mittel gefährdet ist. Der Indikator „Erhebliche materielle Entbehrung“ ist auch Teil des Indikators „Armut oder soziale Ausgrenzung“, mit dem eines der fünf Kernziele der Europa 2020-Strategie (Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung) gemessen wird.

Im Jahr 2015 galten 10,7 % der Bevölkerung in Deutschland als materiell depriviert, 4,4 % waren von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Die entsprechenden Werte lagen im Jahr 2010 bei 11,1 % beziehungsweise 4,5 %, in den Folgejahren teilweise auch etwas darüber, sodass sich im Zeitverlauf ein leichter Rückgang ergibt. Allerdings sind die gemessenen Veränderungen so gering, dass sie noch nicht sicher zu interpretieren sind.

Die Durchschnittswerte für Personen in der Europäischen Union sind jeweils deutlich höher als die Werte für Deutschland. So betrug 2015 der Anteil der materiell deprivierten EU-Bevölkerung nach Schätzung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) 16,9 % und war damit um mehr als die Hälfte höher als in Deutschland. Als erheblich materiell depriviert galten 8,1 %. Diese Quote ist um 84 % höher als der deutsche Vergleichswert.

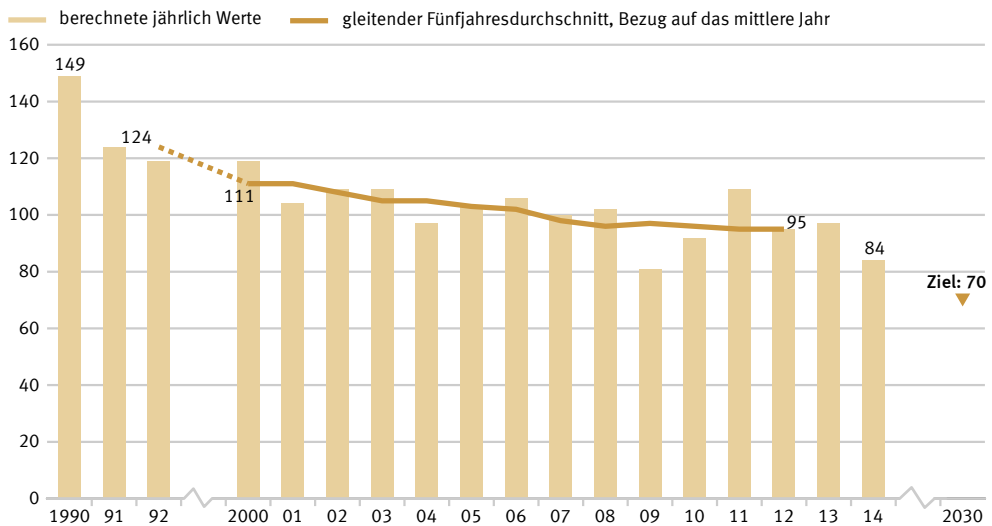
2 KEIN HUNGER

Landbewirtschaftung – *In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren*

2.1.a Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft



Stickstoffüberschuss auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Kilogramm je Hektar



Quelle: Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde, Julius Kühn Institut (JKI) und Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement, Universität Gießen

Definition des Indikators

Der Indikator stellt den jährlichen Stickstoffüberschuss für den Sektor Landwirtschaft, berechnet als Stickstoffzufuhr abzüglich Abfuhr von Stickstoff, in Kilogramm (kg) je Hektar (ha) landwirtschaftlich genutzter Fläche dar.

Ziel und Intention des Indikators

Im Übermaß in die Umwelt eingetragener Stickstoff führt zu Belastung von Grund- und Oberflächenwasser, zur Überversorgung von Binnengewässern, Meeren und Landökosystemen mit Nährstoffen (Eutrophierung), zur Entstehung von Treibhausgasen und versauernden Luftschadstoffen mit negativen Folgen für Klima, Artenvielfalt und Landschaftsqualität. Für den Zeitraum 2028 bis 2032 soll im Mittel eine Verringerung der Stickstoffüberschüsse der Gesamtbilanz für Deutschland auf 70 Kilogramm je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche pro Jahr erreicht werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Bei der Berechnung des Indikators werden Stickstoffzufuhren mit Düngemitteln, atmosphärische Einträge, die nicht von der Landwirtschaft emittiert wurden, aus biologischer Stickstofffixierung, Saat- und Pflanzgut sowie importierten und inländisch erzeugten Futtermitteln berücksichtigt. Die Stickstoffabfuhr erfolgt über pflanzliche und tierische Marktprodukte.

Der Gesamtsaldo des Indikators wird nach dem Prinzip der Hoftor-Bilanz berechnet, das heißt Stickstoffflüsse im innerbetrieblichen Kreislauf werden nicht berücksichtigt. Als maßgebliche Zeitreihe für den Indikator dient das gleitende Fünfjahresmittel, welches sich jeweils aus dem Gesamtsaldo des betreffenden Jahres sowie der zwei Vor- und Folgejahre berechnet. Hierdurch werden von den Landwirten nicht zu beeinflussende witterungs- und marktabhängige jährliche Schwankungen ausgeglichen. Der Indikator trifft keine Aussage zur regionalen Verteilung der Stickstoffüberschüsse. Auch wenn der für Deutschland als Ziel vorgegebene Durchschnittswert erreicht wird, können regionale Stickstoffüberschüsse deutlich mehr als 70 Kilogramm je Hektar und Jahr betragen. Der Indikator wird vom Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde des Julius Kühn-Instituts und dem Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement der Universität Gießen berechnet.

Der Stickstoffsaldo (gleitendes Fünfjahresmittel) sank im Zeitraum von 1992 bis 2012 von 124 auf 95 Kilogramm je Hektar und Jahr (– 23,0 %). Nach der starken Reduktion des Stickstoffüberschusses zu Beginn der Zeitreihe, ging der Stickstoffüberschuss zwischen 2008 und 2012 nur um 1,0 % zurück. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung kann eine Verringerung bis auf 70 Kilogramm je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche im Jahresmittel 2028 bis 2032 nicht erreicht werden.

Der deutliche Rückgang des Stickstoffüberschusses Anfang der 1990er Jahre resultierte aus einem reduzierten Düngemiteleinsatz und abnehmenden Tierbeständen in den neuen Bundesländern. Die vergleichsweise schwache Reduktion im weiteren Verlauf der Zeitreihe beruhte auf einem leichten Rückgang bei mineralischem Düngemiteleinsatz und höheren Erntemengen aufgrund des technischen Fortschritts in der Pflanzenproduktion und -züchtung (effizientere Stickstoffdüngung, Sortenspektrum) bei gleichzeitiger Ausweitung des Anbauumfangs ertragsstarker Kulturarten (Mais, Weizen) sowie einer verbesserten Futterverwertung bei den Nutztieren. Der Indikator „Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft“ weist eine enge Beziehung zu den Indikatoren 3.2.a „Emissionen von Luftschadstoffen“, 6.1.b „Nitrat im Grundwasser“, 14.1.a „Stickstoffeintrag über die Zuflüsse in Nord- und Ostsee“ und 15.2 „Eutrophierung der Ökosysteme“ auf.

Im Jahr 2014 waren Düngemittel mit 55,2 % (103 Kilogramm Stickstoff je Hektar und Jahr) die wichtigste Komponente der Stickstoffzufuhr in der Gesamtbilanz. Futtermittel aus dem Inland trugen mit 23,6 % (44 kg/ha), Futtermittel aus dem Ausland mit 10,6 % (20 kg/ha), die biologische Stickstoff-Fixierung mit 6,3 % (12 kg/ha), die außerlandwirtschaftlichen Emissionen mit 3,8 % (7 kg/ha) und Saat- und Pflanzgut mit 0,7 % (1 kg/ha) zur Stickstoffzufuhr bei. Während die Stickstoffzufuhr zwischen 1990 und 2014 um knapp 13 % verringert wurde, stieg die Stickstoffabfuhr zwischen 1990 und 2014 mit 59 % prozentual deutlich stärker an. Dabei entfielen 2014 drei Viertel der Stickstoffabfuhr aus der Landwirtschaft auf pflanzliche und ein Viertel auf tierische Marktprodukte.

2 KEIN HUNGER

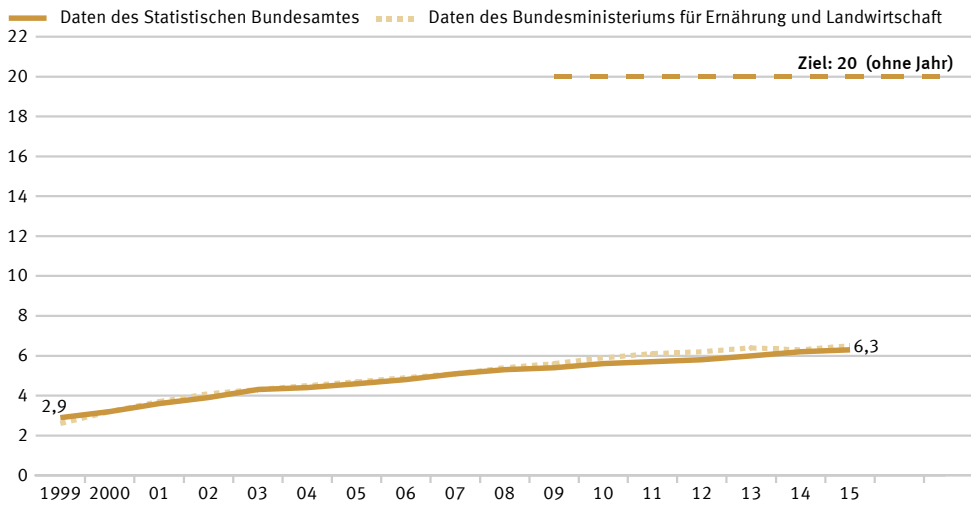
Landwirtschaftung – *In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren*

2.1.b Ökologischer Landbau



Landwirtschaftliche Fläche unter ökologischer Bewirtschaftung

Anteil an der gesamten landwirtschaftlich bewirtschafteten Fläche, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Definition des Indikators

Der Indikator stellt die ökologisch bewirtschaftete Fläche landwirtschaftlicher Betriebe, die dem Kontrollverfahren der EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau unterliegen (Verordnung [EG] Nr. 834/2007 und Durchführungsvorschriften), als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich bewirtschafteten Fläche in Deutschland dar. Hierbei sind sowohl die voll auf ökologische Bewirtschaftung umgestellten als auch die noch in der Umstellung befindlichen Flächen einbezogen.

Ziel und Intention des Indikators

Ökologischer Landbau erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße, hat vielfältige positive Auswirkungen auf Natur, Klima und Umwelt und dient der Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Deshalb soll der Anteil landwirtschaftlicher Flächen unter ökologischer Bewirtschaftung zukünftig 20 % betragen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Daten zur ökologischen Bewirtschaftung werden sowohl von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) als auch vom Statistischen Bundesamt ermittelt.

Vom Statistischen Bundesamt werden zur Ermittlung der ökologisch bewirtschafteten Fläche verschiedene Erhebungen herangezogen. Die Bezugsgröße für die Anteilsberechnung ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche, welche jährlich im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung ermittelt wird. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasst alle landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen und Teilflächen. Gebäude- und Hofflächen der landwirtschaftlichen Betriebe sind demnach nicht in der Bezugsgröße enthalten.

Die Daten des BMEL enthalten Angaben zur ökologisch bewirtschafteten Fläche, die von den Öko-Kontrollbehörden der Länder jährlich gemeldet werden. Stichtag ist der 31. Dezember eines jeden Jahres. Alle Meldungen eines laufenden Jahres werden bis zu diesem Stichtag akkumuliert. In den Daten des BMEL ergeben sich geringfügig höhere Werte, unter anderem weil Flächen ohne Abschneidegrenze auf die gesamten Flächen mit Abschneidegrenze bezogen werden (das heißt, in die Berechnung des Anteils gehen im Zähler auch sehr kleine Flächen ein, während im Nenner nur Flächen ab einer bestimmten Mindestgröße Berücksichtigung finden). Nach Daten des Statistischen Bundesamtes stieg der Flächenanteil unter ökologischer Bewirtschaftung an der landwirtschaftlichen Nutzfläche zwischen 1999 und 2015 von 2,9 % auf 6,3 %. Somit entspricht im Jahr 2015 die ökologisch bewirtschaftete Fläche 1,06 Millionen Hektar. Die Daten des BMEL weisen methodisch bedingt einen leicht höheren Anteil von Ökolandbaufläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Der Wert für 2015 lag demnach bei 6,5 % oder 1,09 Millionen Hektar.

In den letzten Jahren ist die Fläche unter ökologischer Bewirtschaftung zwar weiter angewachsen, die jährliche prozentuale Zunahme hat aber nachgelassen. Zuletzt lag sie bei 3,2 %, zwischen 1999 und 2000 waren es noch 11,9 %. Bei gleicher Entwicklung wie in den Vorjahren würde es noch mehrere Jahrzehnte dauern, bis der Zielwert erreicht ist.

Die Ökolandbaufläche Deutschlands wurde 2015 wie folgt genutzt: 56,4 % als Dauergrünland, 42,0 % für Ackerland und 1,6 % für sonstige Flächen. Demgegenüber lag der Schwerpunkt in der Landwirtschaft insgesamt mit 70,8 % bei den Ackerflächen, der Anteil des Dauergrünlands betrug 28 % und die sonstigen Flächen bedeckten 1,2 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2013 verfügte unter allen Bundesländern Bayern mit rund 21 % über den größten Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche, gefolgt von Brandenburg mit 13 % und Baden-Württemberg mit knapp 12 %. Die Umstellung auf Ökolandbau wird von den einzelnen Bundesländern in unterschiedlichem Umfang gefördert.

In den Staaten der EU-28 wurde nach Angaben von Eurostat im Jahr 2015 eine Fläche von insgesamt 11,14 Millionen Hektar ökologisch bewirtschaftet. Bezogen auf die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche der einzelnen EU-Länder waren die höchsten Anteile der Ökolandbaufläche für Österreich mit 20,3 % zu verzeichnen, gefolgt von Schweden mit 17,1 %, Estland mit 16,3 % und der Tschechischen Republik mit 13,7 %.

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

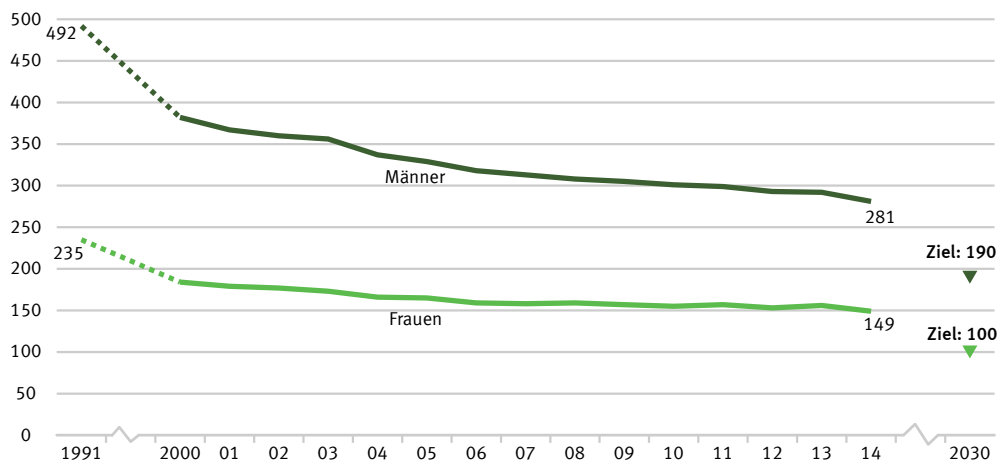
Gesundheit und Ernährung – *Länger gesund leben*

3.1.a, b Vorzeitige Sterblichkeit

a) Frauen ☁ b) Männer ☀

Vorzeitige Sterblichkeit

Todesfälle pro 100 000 Einwohner unter 70 Jahren (ohne unter 1-Jährige)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition der Indikatoren

Der Indikator umfasst die Todesfälle der weiblichen (3.1.a) und männlichen (3.1.b) unter 70-jährigen Bevölkerung bezogen auf 100 000 Einwohner der standardisierten alten europäischen Bevölkerung unter 70 Jahren (unter Ausschluss der unter 1-Jährigen).

Ziele und Intention der Indikatoren

Bis zum Jahr 2030 soll die vorzeitige Sterblichkeit bei Frauen bei höchstens 100 und bei Männern bei höchstens 190 Todesfällen je 100 000 Einwohner liegen.

Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Datenquellen sind die Todesursachenstatistik und die Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes. Im Rahmen der Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes werden alle amtlichen Todesbescheinigungen erfasst und ausgewertet. Die Bevölkerungsfortschreibung gibt basierend auf den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung die aktuellen



Bevölkerungszahlen an. Die Daten beziehen sich auf die standardisierte alte europäische Bevölkerung von 1976. Die unter 1-Jährigen und damit die Säuglingssterblichkeit sind in der Betrachtung, im Gegensatz zur bisherigen Darstellung der Nachhaltigkeitsstrategie, ausgeschlossen. Der Indikator ist auch Teil der Gesundheitsberichterstattung des Bundes.

Die vorzeitige Sterblichkeit ist zwischen 1991 und 2014 stetig zurückgegangen, bei Frauen (– 36 %) und bei Männern (– 43 %). Durch den Rückgang hat sich auch der geschlechtsspezifische Unterschied der vorzeitigen Sterblichkeit verringert. So starben im Jahr 2014 149 Frauen und 281 Männer je 100 000 Einwohner, bevor sie das 70. Lebensjahr erreichten. Bei gleichbleibender Entwicklung würden die geschlechterspezifischen Ziele im Jahr 2030 verfehlt, bei den Männern jedoch nur knapp. Die rechnerische Fortschreibung stellt keine Prognose dar, eine Zielerreichung bleibt folglich generell möglich.

Entsprechend dem stetigen Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit hat sich auch die Lebenserwartung in Deutschland weiter positiv entwickelt. Heute 70-jährige Frauen können statistisch gesehen mit 16,8 weiteren Lebensjahren rechnen, Männer mit weiteren 14,1 Jahren.

Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2014 betrug die mittlere Lebenserwartung für neugeborene Mädchen 83,1 Jahre und für Jungen 78,1 Jahre und liegt damit für beide Geschlechter um 0,4 Jahre höher als der Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011. Differenzen bei der Lebenserwartung zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) gibt es nur noch bei neugeborenen Jungen. Hier beträgt der Abstand weiterhin 1,3 Jahre.

Den größten Anteil an allen Todesursachen der vorzeitigen Sterblichkeit hatten im Jahr 2014 bösartige Neubildungen mit 38,9 %, gefolgt von Erkrankungen des Herz- und Kreislaufsystems mit 21,2 %. Auch Todesfälle aufgrund äußerer Ursachen (wie Unfälle, Vergiftungen, Suizid) hatten mit 9,0 % einen nicht unwesentlichen Anteil. Krankheiten des Verdauungs- und des Atmungssystems trugen mit 6,9 % beziehungsweise 4,9 % bei. Seit 1991 ist der Anteil der bösartigen Neubildungen (um 17,2 %) und der der Krankheiten des Atmungssystems (um 22,5 %) an allen Todesursachen angestiegen. Rückläufig waren dagegen die Ursachen Herz- und Kreislaufkrankungen (– 31,7 %), äußere Ursachen (– 18,2 %) und Krankheiten des Verdauungssystems (– 9,2 %).

Neben Faktoren wie zum Beispiel dem Gesundheitsverhalten (siehe auch Indikatoren zur Raucherquote oder zur Fettleibigkeit) spielt auch die medizinische Versorgung eine wichtige Rolle für die Sterblichkeit. Die Ausgaben für Gesundheit stiegen im Jahr 2014 auf 328 Milliarden Euro. Dies war ein Anstieg um 13,3 Milliarden Euro oder 4,2 % gegenüber 2013. Die Ausgaben entsprachen 11,2 % des Bruttoinlandsprodukts (analog dem Vorjahr). Auf jeden Einwohner entfielen dabei 4 050 Euro (2013: 3 902 Euro).

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

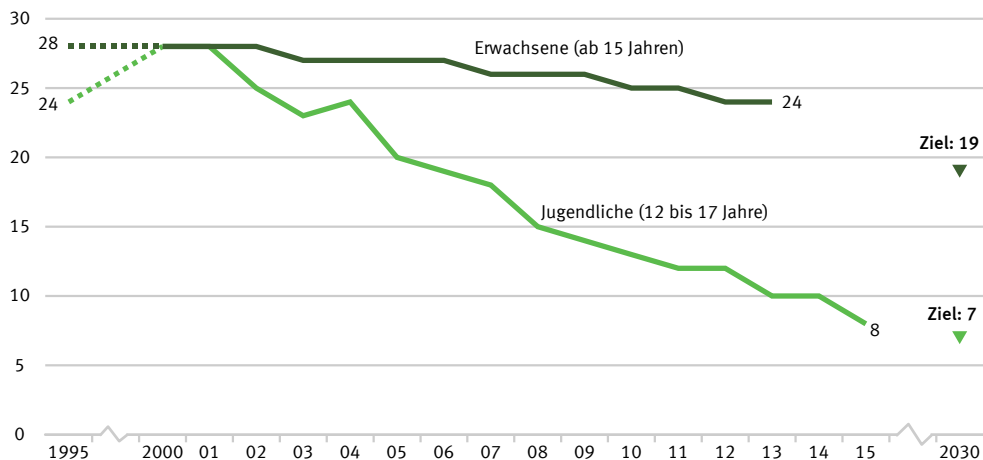
Gesundheit und Ernährung – *Länger gesund leben*

3.1.c, d Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen

c) Jugendliche  d) Erwachsene 

Rauchende Jugendliche und Erwachsene

Anteil an allen Personen der jeweiligen Altersgruppe, in %



Werte für Zwischenjahre interpoliert.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Definition der Indikatoren

Die Raucherquote von Jugendlichen (3.1.c) gibt den Anteil der 12- bis 17-Jährigen wieder, die angeben, gelegentlich oder ständig zu rauchen.

Die Raucherquote von Erwachsenen (3.1.d) gibt den Anteil der Befragten im Alter von 15 Jahren und mehr an, welche im Mikrozensus die Fragen zum Rauchverhalten beantwortet haben und gelegentlich oder regelmäßig rauchen.

Ziele und Intention der Indikatoren

Rauchen kann zu erheblichen Gesundheitsschäden und frühzeitigem Tod führen. Von diesen Risiken betroffen sind nicht nur die Raucher selbst. Auch Nichtraucher, die dem Tabakrauch ausgesetzt sind, werden nicht nur vom Rauch belästigt, sondern können davon erkranken. Die Bundesregierung hat das Ziel, den Anteil der Raucherinnen und Raucher bei Jugendlichen bis zum Jahr 2030 auf 7 % und bei allen Personen ab 15 Jahren auf 19 % zu senken.



Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Die Daten für Jugendliche werden durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Rahmen von Telefoninterviews erhoben. Die Befragung erfolgt seit 2000 beinahe jährlich. 2015 betrug die verwendete Zufallsstichprobe 4 903 Befragte. Dabei wurde im Vergleich zu früheren Studien auch die Bildung der Befragten für die Gewichtung der Daten berücksichtigt. Ohne diese Gewichtung sind Menschen mit niedriger Bildung unter- und Menschen mit höherer Bildung überrepräsentiert. Bei Untersuchungsmerkmalen wie dem Rauchen, die mit der Bildung zusammenhängen, gleicht die Bildungsgewichtung solche Verzerrungen in den Untersuchungsergebnissen aus.

Die Daten für Erwachsene werden vierjährlich im Rahmen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes erfragt. Zwischenjahre in der Datenreihe wurden interpoliert. Der Mikrozensus ist die größte Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa. Die Stichprobenerhebung umfasst 1 % der Gesamtbevölkerung. Bei den Daten des Mikrozensus findet keine Gewichtung nach Bildungsstand statt, da es sich um eine repräsentative Erhebung handelt. Die Beantwortung der Fragen zu den Rauchgewohnheiten ist freiwillig und erfolgte 2013 durch 80 % der Befragten.

In der Gruppe der Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren stieg der Anteil der Raucherinnen und Raucher zunächst von 24 % (1995) auf 28 % (1997 und 2001) an, ist seitdem aber bis 2015 kontinuierlich auf 8 % zurückgegangen. Dabei scheint es zwischen den Geschlechtern keine Unterschiede im Rauchverhalten zu geben. Bei Fortschreibung der Entwicklung der letzten Jahre wird der Zielwert für 2030 bereits in naher Zukunft erreicht werden.

Im Jahr 2013 gaben bei der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren insgesamt 24 % an, gelegentlich oder regelmäßig zu rauchen. In den Jahren 1995 und 1999 hingegen rauchten 28 %. Damit war die Raucherquote bei Erwachsenen leicht rückläufig. Bei gleichbleibender Entwicklung entsprechend dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre kann das Ziel auch für diesen Teilindikator erfüllt werden.

21 % aller Erwachsenen ab 15 Jahren zählten sich im Jahr 2013 zu den regelmäßigen Rauchern, 4 % rauchten gelegentlich (Abweichung in der Summe durch Rundung). Mit einem Anteil von 20 % rauchten Frauen deutlich weniger als Männer mit 29 %. Während der Anteil bei den Frauen seit 1995 nahezu unverändert blieb, ist er bei den Männern um sieben Prozentpunkte gesunken.

2013 bevorzugten 97 % der befragten Raucherinnen und Raucher Zigaretten. Für das individuelle Gesundheitsrisiko durch das Rauchen ist die Menge des Tabakkonsums bedeutsam. 12 % der regelmäßigen Zigarettenraucher (1995: 17 %) waren mit mehr als 20 Zigaretten am Tag den starken Rauchern zuzurechnen, 81 % rauchten 5 bis 20 Zigaretten am Tag. Dabei gab es geschlechtsspezifische Unterschiede. Fast jeder sechste der regelmäßigen Zigarettenraucher rauchte stark, aber nur jede zwölfte Raucherin.

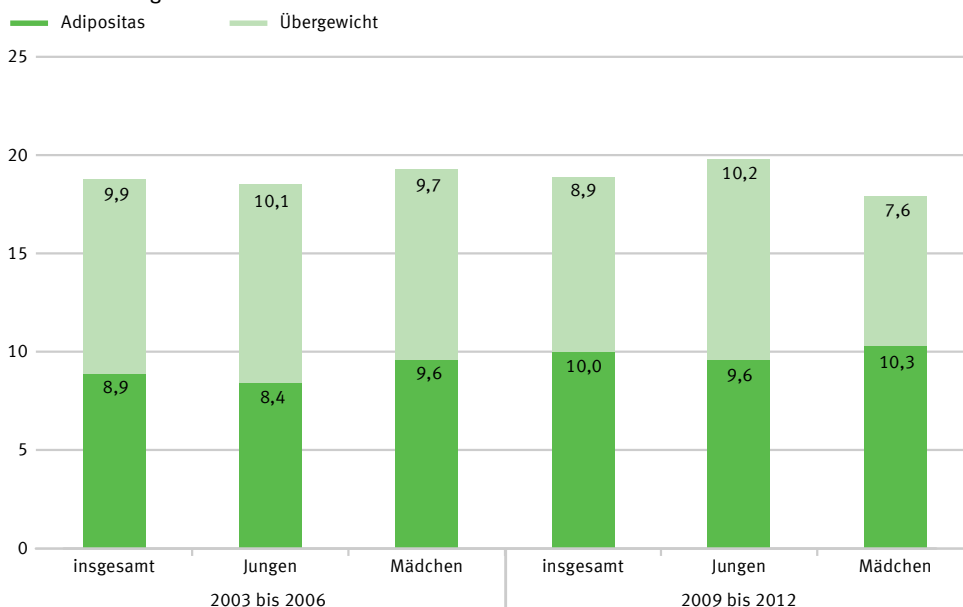
Rauchen birgt ein hohes und gleichwohl vermeidbares Gesundheitsrisiko. Im Jahr 2014 waren 5,4 % aller Sterbefälle (3,5 % bei Frauen, 7,3 % bei Männern) auf eine für Raucher symptomatische Erkrankung (Lungen-, Bronchial-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs) zurückzuführen. 2014 lag das durchschnittliche Alter der an Lungen-, Bronchial-, und Luftröhrenkrebs Gestorbenen bei 71,1 Jahren und damit sieben Jahre unter dem Durchschnittsalter der Gestorbenen insgesamt (78,1 Jahre). Eine verminderte Raucherquote würde also zur Absenkung der vorzeitigen Sterblichkeit beitragen.

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

Gesundheit und Ernährung – *Länger gesund leben*

3.1.e Adipositasquote von Jugendlichen

Anteil der Jugendlichen (11 bis 17 Jahre) mit Übergewicht und Adipositas in % der Befragten



2003 bis 2006: Messwerte, 2009 bis 2012: korrigierte Selbstangaben.

Quelle: Robert-Koch-Institut (RKI)

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der 11- bis 17-jährigen Jugendlichen mit Übergewicht und Adipositas an.

Ziel und Intention des Indikators

Adipositas bei Jugendlichen gefährdet die altersübliche Entwicklung. Ausgrenzung und sozialer Rückzug sind die Folgen und führen zusätzlich sowohl zu gesundheitlichen als auch zu gesellschaftlichen Problemen. Ein Großteil der bereits adipösen Jugendlichen leidet auch im Erwachsenenalter an Adipositas. Daher soll der Anteil von Jugendlichen mit Adipositas in Deutschland nicht weiter ansteigen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der Body Mass Index (BMI) ist ein Richtwert zur Erfassung von Übergewicht und Adipositas und berechnet sich aus dem Verhältnis von Körpergewicht in Kilogramm zur Körpergröße in Metern zum Quadrat. Bei dieser Berechnung bleiben alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede sowie die individuelle Zusammensetzung der Körpermasse unberücksichtigt. Bei Kindern und Jugendlichen werden zur Definition von Adipositas und Übergewicht zudem das Alter und Geschlecht verwendet und diese mit einer fest definierten Vergleichsgruppe (Referenzpopulation) verglichen. Als Vergleichsmaßstab werden die Perzentil-Referenzwerte nach Kromeyer-Hauschild verwendet, die die Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kinder- und Jugendalter (AGA) empfiehlt. Man spricht demnach bei Kindern und Jugendlichen von Übergewicht, wenn der BMI-Wert oberhalb des 90. alters- und geschlechtsspezifischen Perzentils der Referenzpopulation liegt, das heißt im Bereich derjenigen 10 % der Referenzgruppe mit den höchsten BMI-Werten. Liegt der BMI-Wert oberhalb des 97. Perzentils der Referenzpopulation (also so hoch wie bei den 3 % Jugendlichen mit den höchsten BMI-Werten), handelt es sich um Adipositas. Diese Referenzwerte beruhen auf Angaben zu Körpergröße und Gewicht, die zwischen 1985 und 1998 in verschiedenen Regionen Deutschlands und mit unterschiedlichen Methoden erhoben wurden.

Die Daten für den Indikator werden vom Robert-Koch-Institut erhoben. Hierzu lieferte die Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (sogenannte KiGGS Basiserhebung) für den Zeitraum 2003 bis 2006 die ersten bundesweit repräsentativen Ergebnisse. Im Jahr 2015 wurden neue Ergebnisse für die Berichtsjahre 2009 bis 2012 veröffentlicht (KiGGS Welle 1).

In den Jahren 2009 bis 2012 wurden 10,0 % der Jugendlichen als adipös eingestuft. Bei den Mädchen betrug der Anteil 10,3 % und bei den Jungen 9,6 %. In den Jahren 2003 bis 2006 lag der Anteil der Jugendlichen mit Adipositas bei 8,9 %. Dies entsprach 9,6 % der Mädchen und 8,4 % der Jungen. Die Adipositasquote bei Jugendlichen hat somit leicht zugenommen.

Im gleichen Zeitraum hat hingegen die Prävalenz von Übergewicht leicht abgenommen (um einen Prozentpunkt auf 8,9 %). Der Anteil der übergewichtigen Mädchen ist dabei gesunken, während der Anteil der übergewichtigen Jungen leicht gestiegen ist. Somit ist in der Summe der Anteil der Jugendlichen mit Übergewicht und Adipositas etwa gleich geblieben.

Zu den viel diskutierten Einflussfaktoren für Übergewicht und Adipositas gehören der Sozialstatus, Bildung der Eltern und der Migrationshintergrund. Je niedriger der soziale Status, desto häufiger treten Übergewicht und Adipositas auf. Dieser Zusammenhang ist bei Mädchen stärker ausgeprägt als bei Jungen.

Ein gegenteiliges Phänomen zu Übergewicht ist das Untergewicht. Liegt der BMI-Wert unterhalb des 10. Perzentils der Referenzpopulation wird von Untergewicht gesprochen. Der Anteil der Jugendlichen mit Untergewicht hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt: so ging er von 7,1 % auf 6,4 % zurück. Dabei ist vor allem bei den Mädchen ein Rückgang zu verzeichnen (von 6,5 % auf 5,2 %), während der Anteil der Jungen (7,7 %) gleich geblieben ist. Insgesamt sind mehr Jungen als Mädchen von Untergewicht betroffen.

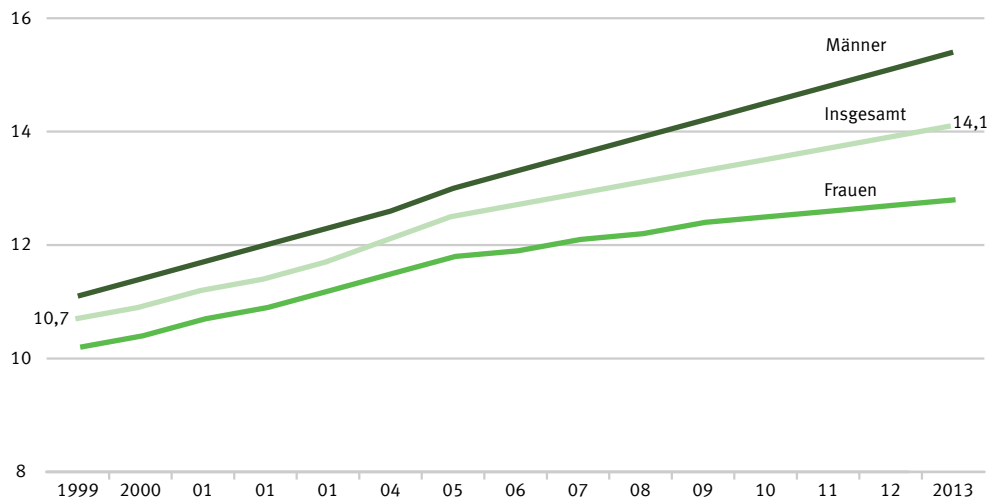
3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

Gesundheit und Ernährung – *Länger gesund leben*

3.1.f Adipositasquote von Erwachsenen



Anteil der Erwachsenen mit Adipositas (Fettleibigkeit)
in % aller Erwachsenen



Daten für Zwischenjahre wurden interpoliert. Altersstandardisierte Ergebnisse auf Basis der neuen Europabevölkerung.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der Erwachsenen (ab 18 Jahren) mit Adipositas an der erwachsenen Gesamtbevölkerung an.

Ziel und Intention des Indikators

Übergewicht ist maßgeblich beteiligt an der Entstehung von Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Gelenkschäden. Neben den gesundheitlichen Folgen wirkt sich Übergewicht auch in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht belastend aus. Folglich soll der Anteil der Bevölkerung mit Adipositas in Deutschland nicht weiter ansteigen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Adipositas wird mit Hilfe des Body-Mass Index (BMI) festgestellt, berechnet aus dem Verhältnis von Körpergewicht in Kilogramm zur Körpergröße in Metern zum Quadrat. Menschen mit einem BMI ab 25 gelten nach der Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als übergewichtig und ab einem BMI von 30 als adipös. Der BMI ist ein Richtwert bei dem Körperbau, alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede sowie die individuelle Zusammensetzung der Körpermasse unberücksichtigt bleiben.

Datengrundlage des Indikators ist der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Die Stichprobenerhebung erfolgt für 1 % der Gesamtbevölkerung, die Beantwortung der Fragen zur Gesundheit, welche in der Regel alle vier Jahre gestellt werden, ist freiwillig. Somit basiert der Indikator auf dem Anteil der Bevölkerung, die im Mikrozensus die Fragen zu Körpergewicht und Körpergröße beantwortet haben und einen BMI von 30 und mehr aufweisen. Die entsprechenden Daten wurden auf die europäische Bevölkerung von 1990 standardisiert um Daten für unterschiedliche Jahre und Regionen miteinander vergleichen zu können, ohne dass es zu Verzerrungen aufgrund unterschiedlicher Altersstrukturen kommt. Da die Fragen zu Gesundheit im Mikrozensus nicht jährlich erhoben werden, wurden die Zwischenjahre in der Grafik interpoliert.

Im Jahr 2013 wurden 14,1 % der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren als adipös eingestuft. Dabei war der Anteil der adipösen Frauen (12,8 %) niedriger als der der adipösen Männer (15,4 %). 1999 lag der Anteil noch bei 10,7 % der Bevölkerung. Auch damals waren Frauen (10,2 %) etwas weniger von Adipositas betroffen als Männer (11,1 %). Die Adipositasquote bei Erwachsenen ist also gestiegen und entwickelte sich damit gegenläufig zum Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Der Anteil der Menschen mit Adipositas steigt mit zunehmendem Lebensalter, um erst bei den älteren Ruheständlern zurück zu gehen. Im Jahr 2013 hatten 2,8 % der 18- bis 20-jährigen Frauen Adipositas. Bei den 30- bis 35-jährigen Frauen waren es bereits 9,5 % und bei den 50- bis 55-jährigen 15,0 %. Die höchsten Anteile erreichte die Altersgruppe der 60- bis 65-jährigen Frauen mit 20,8 %, danach fielen die Werte leicht ab. Die Adipositasquote der gleichaltrigen Männer lag jeweils höher und erreichte in der Altersgruppe der 60- bis 65-jährigen mit 24,7 % den höchsten Anteil.

Im Jahr 2013 galten 34,0 % der Bevölkerung ab 18 Jahren als übergewichtig (BMI zwischen 25 und unter 30). Dabei war der Anteil bei den Frauen mit 26,2 % kleiner als bei den Männern mit 41,5 %. Untergewicht, das heißt ein BMI kleiner 18,5, ist ein gegenteiliges Phänomen zur Fettleibigkeit. Frauen waren 2013 wesentlich häufiger (4,0 %) von Untergewicht betroffen als Männer (0,9 %). Junge Frauen im Alter von 18 bis 19 Jahren waren sogar zu 13,0 % untergewichtig, 20- bis 24-Jährige noch zu 8,9 %.

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

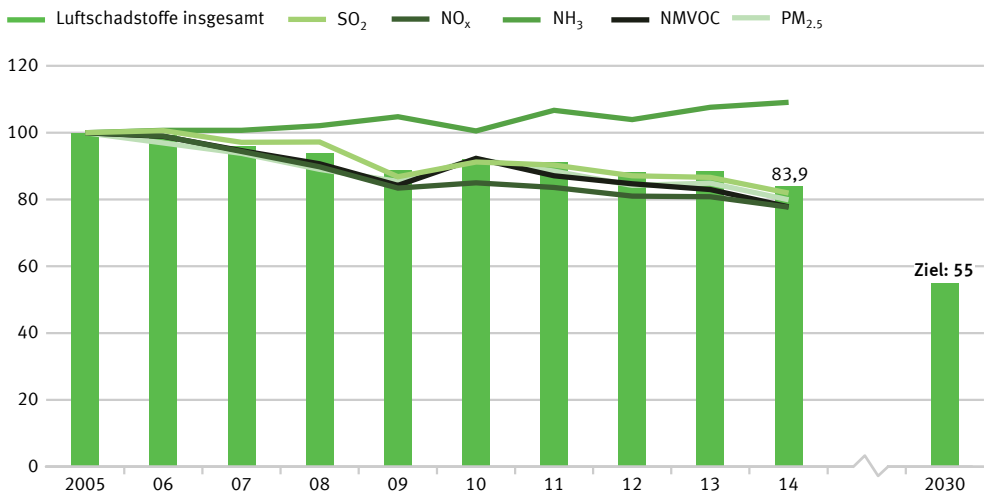
Luftbelastung – *Gesunde Umwelt erhalten*

3.2.a Emissionen von Luftschadstoffen



Emissionen von Luftschadstoffen

Index 2005 = 100



Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃), flüchtige organische Verbindungen (NMVOC) und Feinstaub (PM_{2,5}), gemittelter Index der Messzahlen.

Quelle: Umweltbundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator stellt den Mittelwert der Indizes der nationalen Emissionen der fünf Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃), flüchtige organische Verbindungen (NMVOC) und Feinstaub (PM_{2,5}) dar.

Ziel und Intention des Indikators

Luftverunreinigungen beeinträchtigen nicht nur die Gesundheit der Menschen, sondern auch Ökosysteme und Artenvielfalt. Die Emissionen von Luftschadstoffen sollen daher bis zum Jahr 2030 um 45 % gegenüber dem Jahr 2005 sinken. Um die Entwicklung sowohl gesundheitlicher als auch ökosystemischer Belastungen abbilden zu können, wurden die in Deutschland freigesetzten Emissionen von SO₂, NO_x, NH₃, NMVOC und PM_{2,5} zu einem Indikator zusammengefasst.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Nach der auf europäischer Ebene verhandelten „National Emission Reduction Commitments“-Richtlinie (NERC-Richtlinie) soll Deutschland den Ausstoß der einzelnen Luftschadstoffe bis 2030 wie folgt reduzieren: Schwefeldioxid um 58 %, Stickstoffoxide um 65 %, Ammoniak um 29 %, flüchtige organische Verbindungen um 28 % und Feinstaub um 43 %. Darauf basierend wurde vom Umweltbundesamt als Zielwert ein ungewichtetes, arithmetisches Mittel der einzelnen Reduktionen der genannten Luftschadstoffe errechnet. Die Veränderungsdaten der einzelnen Luftschadstoffe werden gleichwertig miteinander verrechnet. Das bedeutet, dass unabhängig von den separaten Reduktionszielen aus der NERC-Richtlinie steigende Emissionen einzelner Schadstoffe bei diesem Indikator durch stärkere Eindämmung der Emissionen bei anderen Schadstoffen kompensiert werden können.

Die Daten werden jährlich vom Umweltbundesamt mittels verschiedener Quellen berechnet. Sie dienen als Basis für die Berichtspflicht nach der Genfer Luftreinhalte-Konvention für weiträumige Luftschadstoffe und der NERC-Richtlinie. Im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes werden die Daten weiter aufbereitet. So werden die Emissionen unter anderem nach verschiedenen Produktionsbereichen und privaten Haushalten aufgeteilt.

Die Emissionen von Luftschadstoffen insgesamt gingen bis zum Jahr 2014 um 16,1 % im Vergleich zu 2005 zurück. Damit entwickelte sich der Indikator zwar in die angestrebte Richtung, würde aber bei gleichbleibender Entwicklung das Ziel für 2030 verfehlen. Der Ausstoß der einzelnen Schadstoffe veränderte sich im Zeitraum 2005 bis 2014 in unterschiedlichem Maße.

Die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen (NMVOC), welche vornehmlich beim industriellen Gebrauch von Lösungsmitteln entstehen, konnten im angegebenen Zeitraum mit 26,8 % deutlich reduziert werden. Damit ist die angestrebte Reduktion um 28 % bis 2030 nahezu erreicht.

Im angegebenen Zeitraum verringerten sich die Emissionen von Feinstaub (PM_{2,5}) um 20,1 %. Bei Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung würde das angestrebte Reduktionsziel um knapp 20 % verfehlt. Der größte Teil der Feinstaub-Emissionen mit 28,6 % stammte von Haushalten und Kleinverbrauchern und entstand insbesondere bei der Wärmeerzeugung. Auf den Verkehr entfielen im selben Jahr 22,9 % der Feinstaub-Emissionen.

Die Emissionen von Stickstoffoxiden (NO_x) verminderten sich bis 2014 um 24,5 %, die von Schwefeldioxid (SO₂) um 18,1 %. Diese Emissionen entwickelten sich zwar in die angestrebte Richtung, die durchschnittliche Reduktion der letzten Jahre würde jedoch nicht reichen, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Der Hauptanteil an Stickstoffoxiden und Schwefeldioxid wurde 2014 vor allem im Verkehr und in der Energiewirtschaft emittiert.

Die Emissionen von Ammoniak (NH₃) stiegen im Zeitraum von 2005 bis 2014 nach längerer Stagnation um insgesamt 9,1 % und haben sich damit entgegen der gewünschten Richtung entwickelt. Der Anstieg ist maßgeblich auf die Ausbringung der Gärreste aus der Vergärung von Energiepflanzen zurückzuführen. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes stammten 95,1 % aller inländischen Ammoniakemissionen im Jahr 2014 aus der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere der Tierhaltung.

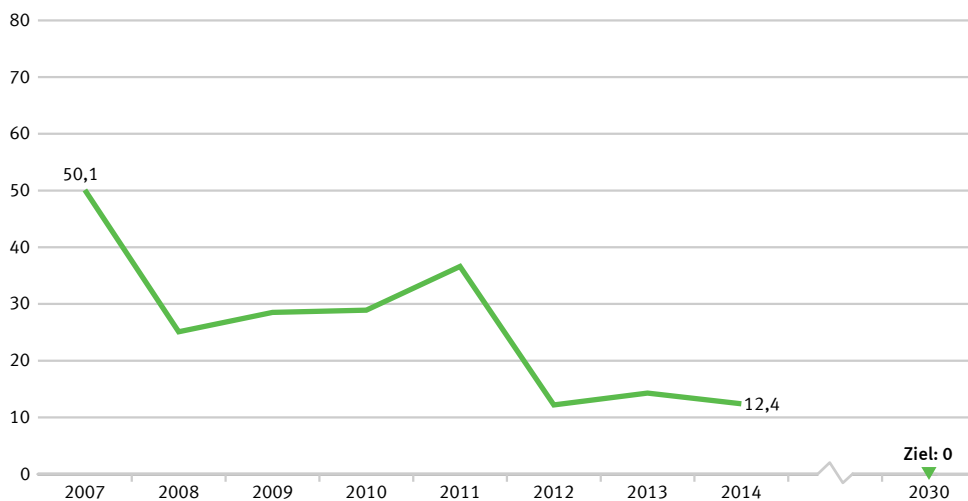
3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

Luftbelastung – *Gesunde Umwelt erhalten*

3.2.b Anteil der Bevölkerung mit erhöhter PM₁₀-Feinstaubexposition



Feinstaubexposition (PM₁₀) von mindestens 20 µg pro m³ Luft im Jahresmittel
Bevölkerung, in Millionen



Quellen: Umweltbundesamt, World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation, WHO)

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Anzahl an Personen, die an ihrem Wohnort im Jahresmittel einer Exposition von mehr als 20 Mikrogramm (µg) Feinstaub PM₁₀ (Staubteilchen mit einem Durchmesser kleiner 10 Mikrometer) pro Kubikmeter (m³) Luft gegenüber ausgesetzt waren.

Ziel und Intention des Indikators

Es ist erwiesen, dass das Einatmen von Feinstaub gesundheitsschädlich ist. Die Partikel werden über das Atemwegssystem aufgenommen und führen zu Erkrankungen der Atemwege. Daher soll der von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene Richtwert für Feinstaub von jährlich durchschnittlich 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft bis zum Jahr 2030 in Deutschland möglichst flächendeckend erreicht werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der in der Luft enthaltene Feinstaub (PM_{10}) wird an insgesamt mehr als 370 Luftmessstationen sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Hintergrund für ganz Deutschland erfasst. Dabei werden für die Berechnung dieses Indikators nur diejenigen Messstationen berücksichtigt, die keinen direkten Feinstaubausstoß aus dem Verkehr aufweisen, da diese regelmäßig nur die punktuell erhöhte und keine flächenmäßige Belastung abbilden. Aus diesen erhobenen Daten zur sogenannten Hintergrundbelastung wird in einer Modellrechnung die Anzahl der Personen bestimmt, die im Jahresmittel an ihrem Wohnort einer Feinstaubbelastung von mehr als 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft ausgesetzt sind.

Somit bildet der Indikator keine flächendeckende Einhaltung des Richtwertes, sondern eine auf die Wohnorte der Bevölkerung bezogene Einhaltung ab. Er gibt auch keinen Hinweis auf die Höhe der Exposition insgesamt oder deren Variation im Jahresverlauf. Nicht gesondert betrachtet werden durch diesen Indikator zudem die Belastungen durch kleinere Feinstaubpartikel ($PM_{2,5}$).

Die Hintergrundbelastung mit PM_{10} ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Während im Jahr 2007 die durchschnittliche Belastung der Bevölkerung noch bei 20,7 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft lag, betrug sie im Jahr 2014 nur noch 17,3 Mikrogramm pro Kubikmeter. Im gleichen Zeitraum ist auch die Anzahl der Personen deutlich zurückgegangen, die im Jahresmittel einer Exposition von mehr als 20 Mikrogramm PM_{10} pro Kubikmeter Luft ausgesetzt war: Im Jahr 2007 waren es rund 50 Millionen Personen, im Jahr 2014 noch rund 12 Millionen Personen.

Wenn sich die durchschnittliche Entwicklung der letzten Jahre weiter fortsetzt, kann das Ziel einer flächendeckenden Reduktion von Feinstaub auf durchschnittlich unter 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft erreicht werden.

4 HOCHWERTIGE BILDUNG

Bildung – *Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern*

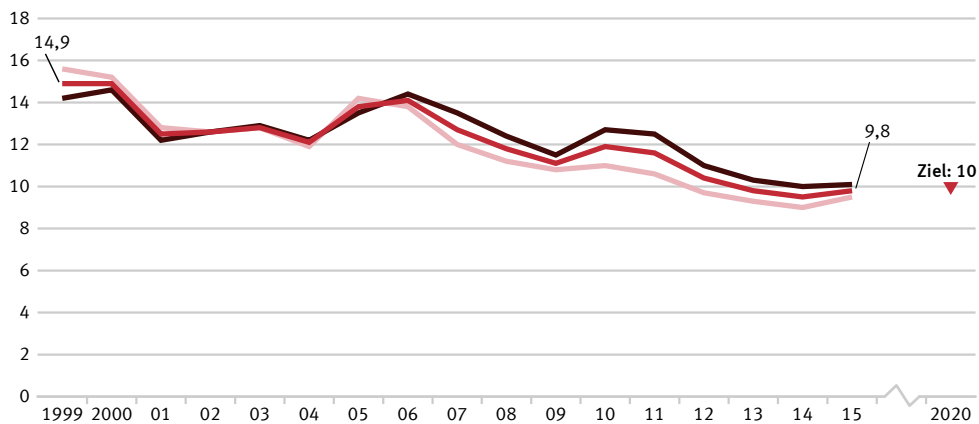
4.1.a Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger



Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis 24-Jährige)

Anteil an allen 18- bis 24-Jährigen, in %

— insgesamt — weiblich — männlich



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil derjenigen 18- bis 24-Jährigen an allen Personen derselben Altersgruppe an, die gegenwärtig keine Schule oder Hochschule besuchen, sich an keiner Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife beziehungsweise abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen.

Ziel und Intention des Indikators

Das staatliche Bildungssystem und das duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation für junge Menschen in Deutschland. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko und eine Belastung der Sozialsysteme. In Anpassung an die Strategie „Europa 2020“ der Europäischen Union hat die Bundesregierung deshalb als Ziel für 2020 vorgegeben, den Anteil der frühen Schulabgänger an allen Personen derselben Altersgruppe unter 10 % zu senken.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Hinter dem Begriff „frühe Schulabgängerinnen und -abgänger“ verbergen sich nicht die jungen „Überfliegerinnen und Überflieger“, die vor Ende der Regelschulzeit einen Schulabschluss erlangen. Auch ist der Begriff nicht mit Schulabbrecherinnen bzw. -abbrechern zu verwechseln. Vielmehr sind es die Personen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und die auch nicht an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Das bedeutet, dass auch junge Menschen, die beispielsweise die Haupt- oder die Realschule erfolgreich abgeschlossen haben, sich aber nicht mehr im Bildungsprozess befinden, als frühe Schulabgängerinnen beziehungsweise -abgänger gezählt werden. Der Indikator erfasst also Personen sowohl ohne als auch mit Hauptschul- beziehungsweise Realschulabschluss, die sich nicht weiterbilden. Der Indikator gibt nicht an, in welchem Alter die betrachteten Personen zuletzt eine Schule besucht haben und welche Art von Bildungseinrichtung das war.

Die Angaben stammen aus dem Mikrozensus, dessen jährliche Stichprobenerhebung 1 % der Bevölkerung umfasst. Ergänzende Informationen bietet die jährliche Schulstatistik, eine koordinierte Länderstatistik. Beide Statistiken werden vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Im Jahr 2015 lag der Wert des Indikators bei 9,8 %, das heißt es gab insgesamt 581 000 junge Menschen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II, die sich nicht oder nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befanden. Aktuell ist das für 2020 avisierte Ziel also bereits erreicht. Im Vergleich zu 1999 reduzierte sich der Wert um 5,1 Prozentpunkte.

Die geschlechtsspezifischen Quoten für den Indikator wichen zwischen 1999 und 2005 unterschiedlich stark und in unterschiedliche Richtungen vom Gesamtwert ab. Seit 2006 gab es unter den jungen Frauen jeweils weniger frühe Schulabgängerinnen ohne Abschluss als Schulabgänger unter den jungen Männern. So lag der Wert für Frauen im Jahr 2015 bei 9,5 % und für Männer bei 10,1 %.

Daten der Schulstatistik zeigen, dass 2015 insgesamt rund 47 435 junge Menschen (6,0 % der gleichaltrigen Wohnbevölkerung) die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben. Dies entspricht im Vergleich zu 1999 einer Verringerung um etwas mehr als ein Drittel. Bei jungen Frauen ist der Anteil nach wie vor deutlich geringer (4,7 %) als bei jungen Männern (7,1 %).

Unter den Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Abschlusszeugnis erreichten 17,6 % (139 952) der gleichaltrigen Wohnbevölkerung einen Hauptschulabschluss, 46,5 % (370 201) einen Realschulabschluss, 34,8 % (287 862) die allgemeine Hochschulreife und 0,1 % (973) die Fachhochschulreife – alle Daten für 2015. Im Zeitverlauf seit 1999 zeigen sich bei zwei Abschlussarten besonders starke Veränderungen. So nahm der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss um 8,5 Prozentpunkte ab, während der Anteil der Personen mit allgemeiner Hochschulreife um 10,0 Prozentpunkte anstieg (jeweils bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung).

Ein weiterer zu diesem Kontext passender Indikator ist 10.1 „Ausländische Schulabsolventinnen und Schulabsolventen“.

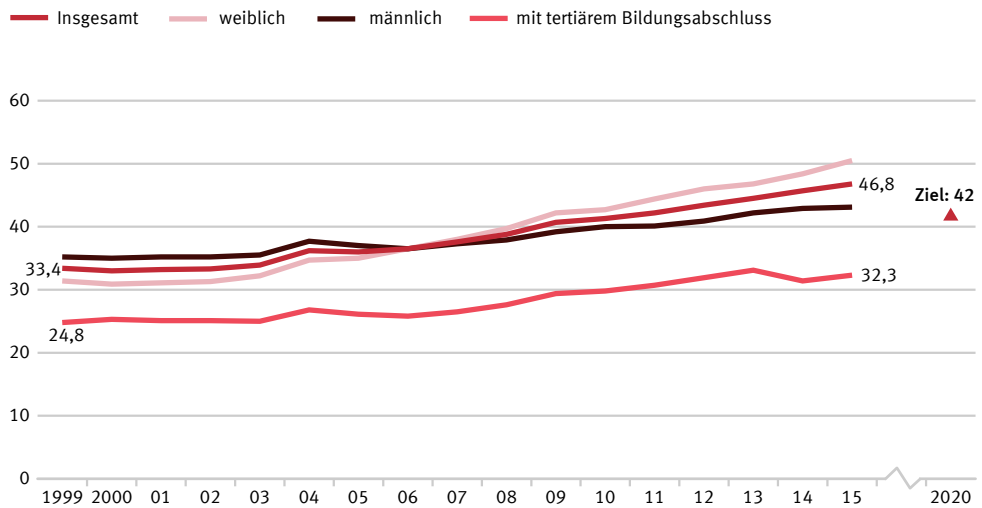
4 HOCHWERTIGE BILDUNG

Bildung – *Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern*

4.1.b 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundarem nicht-tertiären Abschluss



30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundarem nicht-tertiären Bildungsabschluss Anteil an allen 30- bis 34-Jährigen, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der 30- bis 34-Jährigen an, die über einen Abschluss des Tertiärbereichs (Stufen 5 bis 8 der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens, ISCED, 2011) oder einen postsekundären nicht-tertiären Abschluss (Stufe 4 der ISCED) verfügen.

Ziel und Intention des Indikators

Eine hoch entwickelte Volkswirtschaft wie die deutsche, in der der Dienstleistungssektor und der Bedarf an Wissen und Expertise immer stärker in den Vordergrund rücken, benötigt hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Der Wert des Indikators soll daher bis zum Jahr 2020 auf 42 % steigen. Diese Zielsetzung lehnt sich an das Ziel der Strategie „Europa 2020“ der Europäischen Union an: Bis 2020 soll ein Anteil von 40 % der 30- bis 34-Jährigen in der Europäischen Union über einen tertiären Abschluss verfügen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die „International Standard Classification of Education“ (ISCED) ermöglicht es, Statistiken und Indikatoren zu Bildungsabschlüssen international zu vergleichen. Um eine möglichst große internationale Vergleichbarkeit zu erzielen, werden im Rahmen der Klassifikation als gleichwertig angesehene Abschlüsse den gleichen ISCED-Stufen zugeordnet.

Die Daten für den Indikator stammen aus dem Mikrozensus, dessen jährliche Stichprobenerhebung 1 % der Bevölkerung umfasst. Ergänzende Informationen bietet die Hochschulstatistik. Beide Statistiken werden vom Statistischen Bundesamt erstellt.

Die Bezeichnung des Indikators hängt mit der Tradition der dualen Ausbildungssysteme in Deutschland zusammen. Der Indikator umfasst daher sowohl die tertiären Abschlüsse entsprechend den Stufen 5 bis 8 der ISCED als auch die Abschlüsse der Stufe 4 der ISCED.

In Deutschland gibt es folgende tertiäre Abschlüsse: Abschlüsse an Hochschulen, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Meister- und Technikerabschlüsse, weitere Abschlüsse an Fachschulen sowie an Ausbildungsstätten für Erzieherinnen und Erzieher. Die postsekundären nicht-tertiären Abschlüsse sind dadurch gekennzeichnet, dass zwei Abschlüsse des Sekundarbereichs II nacheinander oder auch gleichzeitig erworben werden. Mögliche Kombinationen sind zum Beispiel ein Abitur an Abendgymnasien oder an Berufsbeziehungsweise Technischen Oberschulen (hier ist jeweils vorausgesetzt, dass bereits ein beruflicher Abschluss vorhanden ist) oder der Abschluss einer Lehrausbildung nach dem Abitur oder der Abschluss von zwei beruflichen Ausbildungen nacheinander. Ferner gehören zu den postsekundären nicht-tertiären Abschlüssen auch die Abschlüsse der Ausbildungsstätten für Berufe des Gesundheitswesens.

Ausgehend von 33,4 % im Jahr 1999 stieg der Indikator bis zum Jahr 2015 um 13,4 Prozentpunkte auf 46,8 % und liegt damit schon jetzt über dem Zielwert für 2020. Dies trifft sowohl für Frauen (50,5 %) als auch Männer (43,1 %) zu. Das Verhältnis der geschlechtsspezifischen Anteile hat sich im Lauf der Zeit gewandelt: 1999 lag der Wert des Indikators bei Männern noch 3,8 Prozentpunkte höher als bei Frauen. Im Jahr 2006 lagen beide Geschlechter gleichauf. Seit 2007 ist nun der Anteil der Frauen mit einem tertiären oder postsekundären nicht-tertiären Bildungsabschluss höher als der der Männer.

In vielen anderen Ländern gibt es keine postsekundären nicht-tertiären Abschlüsse. Daher ist der Indikator der Strategie „Europa 2020“ der Europäischen Union enger gefasst und berücksichtigt nur tertiäre Abschlüsse (ISCED-Stufen 5 bis 8).

Dieser erreichte für die EU-28-Staaten nach einem kontinuierlichen Anstieg seit 2005 im Jahr 2015 insgesamt 38,7 %. Wählt man auch für Deutschland diesen enger gefassten Indikator, so liegt der Wert im Jahr 2015 mit 32,3 % um mehr als sechs Prozentpunkte unter dem EU-Wert. Im Jahr 2015 sind die Anteile der Frauen und der Männer nahezu identisch (32,3 % beziehungsweise 32,2 %; in der Grafik nicht abgebildet).

Die Gesamtzahl der Hochschulabsolventen im Jahr 2015 betrug 481 588. Das sind 117 % mehr als im Jahr 1999. Darunter waren 100 401 Absolventen der Ingenieurwissenschaften (137 % mehr als 1999) und 80 473 Absolventen der Mathematik und Naturwissenschaften (147 % mehr als 1999).

4 HOCHWERTIGE BILDUNG

Perspektiven für Familien – Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

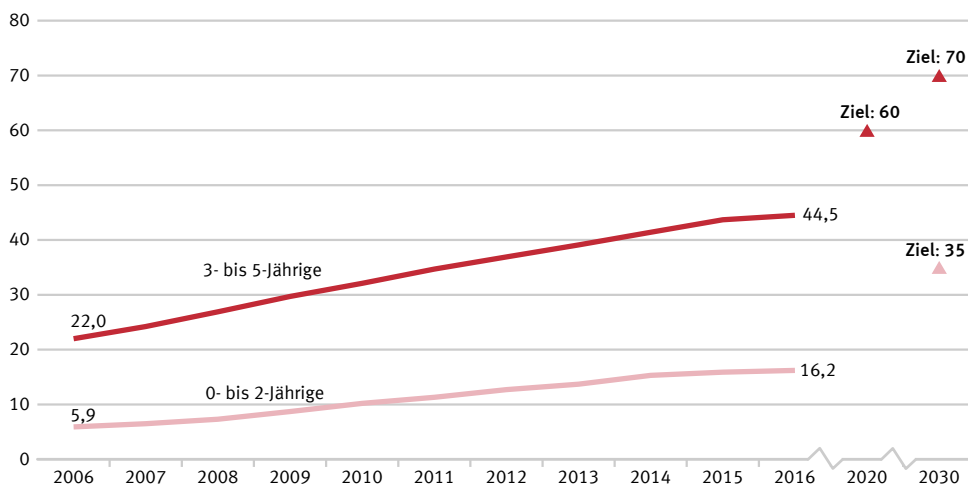
4.2.a, b Ganztagsbetreuung für Kinder

a) 0- bis 2-Jährige ☁

b) 3- bis 5-Jährige ☁

Kinder in Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen

Anteil an allen Kindern der gleichen Altersgruppe, in %



Betreuungszeit von mehr als sieben Stunden in Tageseinrichtungen, ohne Tagespflege.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition der Indikatoren

Der Indikator gibt den Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der gleichen Altersgruppe an. Ganztagsbetreuung entspricht dabei einer Dauer von mehr als sieben Stunden, Tagespflege ist nicht berücksichtigt. Indikator 4.2.a bezieht sich auf die Gruppe der 0- bis 2-Jährigen, Indikator 4.2.b auf 3- bis 5-jährige Kinder.

Ziele und Intention der Indikatoren

Der Anteil der 0- bis 2-jährigen Kinder, die eine Ganztagsbetreuung besuchen, soll bis zum Jahr 2030 bei mindestens 35 % liegen (4.2.a). Für die 3- bis 5-jährigen (4.2.b) soll der Anteil bis zum Jahr 2020 auf mindestens 60 % und bis 2030 auf mindestens 70 % steigen. Eine Erhöhung des Anteils von Kindern in Ganztagsbetreuung ist wünschenswert, weil bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Zudem sind sie ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit, zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur Integration.



Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Die Angaben stammen aus der jährlichen Statistik über Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen. Die Daten werden vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder im Rahmen einer dezentralen Erhebung zu allen betreuten Kindern in Tageseinrichtungen erhoben. Dabei werden zu jedem einzelnen Kind neben Alter und Geschlecht Angaben zu Dauer und Umfang der wöchentlichen Betreuungszeit erfragt. Da die Indikatorenwerte seit 2015 auf der Grundlage der Fortschreibung des Zensus 2011 berechnet wurden, ist ein Vergleich mit den Werten der Vorjahre nur eingeschränkt möglich.

Der Indikator gibt den Anteil der Kinder an, für die eine tägliche Betreuungszeit von mehr als sieben Stunden vereinbart wurde. Diese Zeitangabe kann von der tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsdauer abweichen. Vertraglich vereinbarte Betreuungszeiten von sieben Stunden und weniger, die ebenfalls die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vereinfachen können, sowie weitere Betreuungsformen wie Tagespflege fließen nicht in den Indikator ein. Darüber hinaus sind für das Themengebiet auch Informationen zu Betreuungsangeboten für Kinder ab sechs Jahren relevant. Entsprechende ergänzende Informationen bieten beispielsweise Daten der Kultusministerkonferenz (siehe letzter Abschnitt).

Im Jahr 2016 haben Eltern für 44,5 % der 3- bis 5-Jährigen (Kindergartenalter) eine Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen, ergänzend zur eigenen Erziehungsarbeit, in Anspruch genommen. Für Kinder unter drei Jahren (Krippenalter) lag dieser Wert bei 16,2 %. Somit erhöhte sich der Anteil der ganztags betreuten Kinder bei den 3- bis 5-Jährigen seit 2006 um 22,5 Prozentpunkte und hat sich damit mehr als verdoppelt. Die ganztägige Betreuung der Kinder unter drei Jahren stieg von 2006 bis 2016 um 10,3 Prozentpunkte, also auf mehr als das 2,5-fache im Vergleich zu 2006.

Die absolute Zahl der ganztags in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder lag 2016 bei etwa 1,3 Millionen, die der Kinder in Teilzeitbetreuung ebenfalls bei rund 1,3 Millionen. Weitere rund 53 600 Kinder im Alter unter sechs Jahren wurden ganztägig in öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Mehr als ein Viertel der ganztags oder an Teilen des Tages in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder hatte einen Migrationshintergrund, das heißt mindestens ein Elternteil war ausländischer Herkunft. Die Betreuungsquote betrug bei diesen Kindern im Jahr 2015 56 %, bei Kindern ohne Migrationshintergrund lag sie im Jahr 2015 bei 67 %.

Bei der Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen besteht ein deutliches Gefälle zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern. Die höchsten Ganztagsquoten für 0- bis 2-Jährige sind in den östlichen Bundesländern sowie in Berlin zu verzeichnen. Die Spanne bewegt sich zwischen 46,3 % in Thüringen und 9,6 % in Baden-Württemberg und Bayern. Bei den 3- bis 5-Jährigen weist ebenfalls Thüringen mit 90,8 % die höchste Ganztagsquote auf, Baden-Württemberg mit 22,7 % die niedrigste (jeweils 2016).

Im Hinblick auf die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder spielen auch Horte und Ganztagschulen eine bedeutsame Rolle. 2016 wurden in Horten 21 400 Kinder von 6 bis 13 Jahren ganztags und rund 458 200 Kinder in Teilzeit betreut (die Unterrichtszeit wird hier nicht als Betreuungszeit berechnet). Der Anteil der Ganztags Schülerinnen und Ganztags Schüler gemessen an allen Schülerinnen und Schülern in allgemeinbildenden Schulen lag im Schuljahr 2014/2015 bei 37,7 %. Hier sind jedoch alle Schulformen einbezogen, auch Schülerinnen und Schüler, die älter als 13 Jahre sind. An Grundschulen wurden im gleichen Schuljahr 33,1 % der Kinder ganztags betreut. Im Vergleich zum Jahr 2006 ist die Zahl der Ganztags Schülerinnen und -schüler deutlich gestiegen, und zwar von knapp 1,5 Millionen auf 2,7 Millionen (allgemeinbildende Schulen insgesamt) und von 400 000 auf rund 892 000 in den Grundschulen.

5 GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

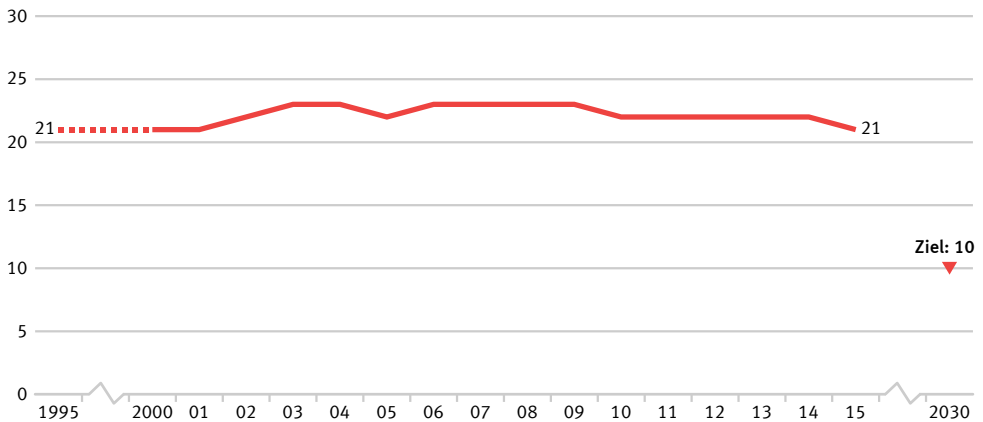
Gleichstellung – *Gleichstellung in der Gesellschaft fördern*

5.1.a Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern



Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern

in % der Verdienste der Männer



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt den Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der Frauen und der Männer in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Männer.

Ziel und Intention des Indikators

Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind in modernen Erwerbsgesellschaften ein Zeichen für soziale Ungleichheit. Die Verringerung der Lohnunterschiede ist ein Indikator für Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung. Die Bundesregierung verfolgt daher das Ziel, bis zum Jahr 2030 den Verdienstabstand auf 10 % zu verringern.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der hier dargestellte Indikator zeigt den unbereinigten geschlechterspezifischen Verdienstabstand (unadjusted gender pay gap). Er setzt lediglich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste ins Verhältnis zueinander, ohne deren Ursachen zu berücksichtigen. Dadurch wird auch der Verdienstabstand miterfasst, der sich aus unterschiedlichen Faktoren wie Berufswahl und Erwerbsbiographien der jeweiligen Kohorten ergibt.

Datengrundlage des Indikators bildet die vierjährige Verdienststrukturerhebung, die von den Statistischen Ämtern der Länder als repräsentative Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht bei insgesamt maximal 60 000 Betrieben durchgeführt wird. Ergänzt wird die Erhebung durch Verwaltungsdaten, die für den öffentlichen Sektor zur Verfügung stehen. Auf Basis dieser Daten werden Ergebnisse nach Alter, Bildungsniveau, Leistungsgruppen, Tätigkeit, Tarifbindung, Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftsabschnitten berechnet und der bereinigte Gender Pay Gap veröffentlicht. Für die Zwischenjahre wird der unbereinigte Gender Pay Gap mit den Veränderungsdaten aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung fortgeschrieben.

Im Jahr 2015 lag der unbereinigte Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern bei durchschnittlich 21 %, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen lag um rund ein Fünftel niedriger als der der Männer. Seit 1995 haben sich die Lohnunterschiede kaum verändert. Bei gleichbleibender Entwicklung der letzten fünf Jahre würde das angestrebte Ziel im Jahr 2030 nicht erreicht werden.

Zwischen den Bundesländern variiert der unbereinigte Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern stark: Während er im Jahr 2015 in Baden-Württemberg 26% betrug, lag er in Mecklenburg-Vorpommern, bei insgesamt deutlich niedrigerem Lohnniveau, bei 4%.

Untersuchungen der ursächlichen Faktoren des Gender Pay Gap können alle vier Jahre auf Basis der detaillierten Ergebnisse aus der Verdienststrukturerhebung durchgeführt werden. Derzeit liegen Ergebnisse für das Jahr 2010 vor. Da die Faktoren, die die Verdienstunterschiede bestimmen, langfristigen Veränderungsprozessen unterliegen, dürften die Ergebnisse aktuell immer noch Gültigkeit besitzen. Demnach sind die wichtigsten messbaren Gründe für den unbereinigten Verdienstabstand unterschiedliche Branchen und Berufe, in denen Frauen und Männer tätig sind, sowie die Leistungsgruppe, also die Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation. Hinzu kommen weitere Faktoren wie zum Beispiel ein niedrigeres Dienstalder und ein geringerer Beschäftigungsumfang. Durch die genannten Ursachen können rund zwei Drittel des Unterschieds in den durchschnittlichen Stundenverdiensten statistisch erklärt werden. Das verbleibende Drittel des Verdienstunterschieds entspricht dem bereinigten Gender Pay Gap. Diese verbleibenden 7 % Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen können über die oben genannten Variablen nicht erklärt werden.

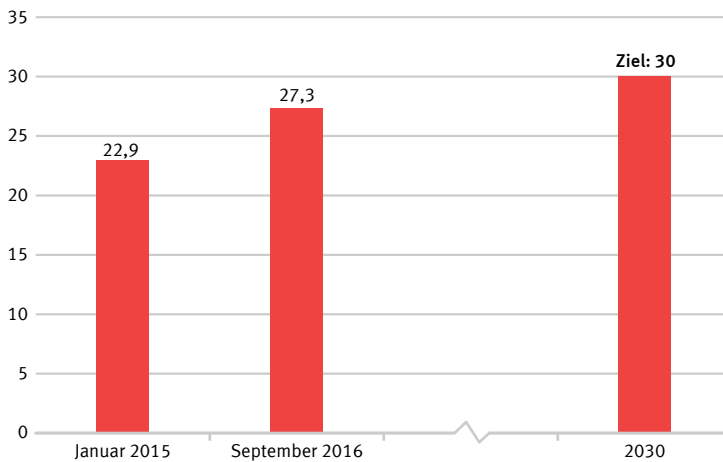
5 GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Gleichstellung – Gleichstellung in der Gesellschaft fördern

5.1.b Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft

Frauen in Aufsichtsräten

Anteil in börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen, in %



Quelle: Frauen in Aufsichtsräten e.V.

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt den Anteil von Frauen in Aufsichtsräten der börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen.

Ziel und Intention des Indikators

Frauen absolvieren heute ebenso häufig ein Studium und sind ebenso hoch qualifiziert wie Männer und dennoch in den Führungspositionen der deutschen Wirtschaft, vor allem im Top-Management, deutlich unterrepräsentiert. Daher soll der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten der börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen bis zum Jahr 2030 auf 30 % erhöht werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Datengrundlage des Indikators bilden die Veröffentlichungen von Ergebnissen der Wahlen in Hauptversammlungen von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen. Dies sind – nach dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst – Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit in der Regel mehr als 2 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Europäische Aktiengesellschaften (SE), die aufgrund einer Vereinbarung oder bei Anwendung der Auffangregelung nach dem SE-Beteiligungsgesetz (SEBG) paritätisch mitbestimmt sind. Gleiches gilt für börsennotierte Unternehmen, die aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehen und die auf der Grundlage des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung (MgVG) paritätisch mitbestimmt sind.

Der Begriff Führungsposition ist nicht allgemeingültig definiert. Generell werden darunter all diejenigen Personen verstanden, die in einem gewissen Umfang mindestens über Personal- oder Budgetverantwortung verfügen. Der hier dargestellte Indikator betrachtet Führungspositionen von Frauen in Aufsichtsräten in börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen. Die Mehrzahl der Führungspositionen in der Wirtschaft und deren Verteilung auf die Geschlechter werden somit von diesem Indikator nicht erfasst.

Mitte September 2016 waren 27,3 % der Personen in Aufsichtsräten börsennotierter und voll mitbestimmungspflichtiger Unternehmen weiblich. In nahezu der Hälfte der Unternehmen (44,8 %) waren 30 % oder mehr der Personen in Aufsichtsräten weiblich. Der Anteil an Frauen in den Aufsichtsräten der entsprechenden Unternehmen hat sich dabei in der jüngsten Vergangenheit deutlich erhöht. Im Januar 2015 waren es noch 22,9 % in den damals 100 relevanten Unternehmen.

Seit dem Jahr 2016 sind alle börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gesetzlich verpflichtet, mindestens 30 % aller neu zu besetzenden Aufsichtsratspositionen an Frauen zu vergeben. Im Jahr 2018 findet eine hohe Anzahl von Aufsichtsratswahlen statt, hier wird knapp ein Drittel der Kontrollgremien neu bestimmt. Durch die sukzessive Besetzung ist davon auszugehen, dass der Indikator das Ziel bis 2030 erreichen wird.

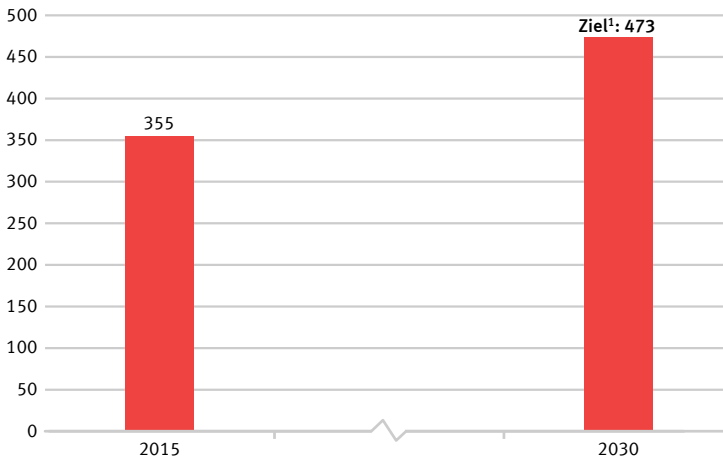
Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erhebt neben dem Frauenanteil in Aufsichtsräten auch den Anteil in Vorständen der dreißig Unternehmen, die im Deutschen Aktienindex (DAX) enthalten sind. Im Juni 2016 waren zwar 30,2 % aller Aufsichtsratsposten dieser Unternehmen mit Frauen besetzt, jedoch nur 9,4 % aller Vorstandspostionen.

5 GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Gleichstellung – *Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen global stärken*

5.1.c Berufliche Qualifizierung von Mädchen und Frauen durch deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Mädchen und Frauen, die durch berufliche Qualifizierungsmaßnahmen deutscher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit erreicht wurden in Tausend



1 Dies entspricht einer Steigerung um ein Drittel gegenüber 2015.

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Centrum für Evaluation GmbH, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Anzahl der Mädchen und Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern an, die durch berufliche Qualifizierungsmaßnahmen deutscher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit erreicht wurden.

Ziel und Intention des Indikators

Die wirtschaftliche Teilhabe von Mädchen und Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern soll gestärkt werden. Daher soll bis 2030 die Anzahl der durch deutsche Entwicklungszusammenarbeit beruflich qualifizierten Mädchen und Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern sukzessive um ein Drittel gegenüber dem Jahr 2015 erhöht werden.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Als Datenquelle wurden Informationen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu geförderten Projekten verwendet, die sich im Jahr 2015 in der Durchführungsphase befanden. Zu diesen Maßnahmen zählen alle kurz-, mittel- und langfristigen formalen und non-formalen Berufsbildungsmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellen-



ländern. Die Maßnahmen werden vollständig durch Mittel des Bundeshaushaltes sowie durch Marktmittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert. Die Datenerhebung erfolgte erstmalig im Jahr 2015 im Auftrag des BMZ durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH sowie das Centrum für Evaluation GmbH und soll zukünftig im dreijährigen Rhythmus durchgeführt werden.

Mädchen und Frauen werden auf unterschiedlichen Ebenen von deutscher entwicklungs-politischer Zusammenarbeit erreicht, weswegen die Daten auf drei Ebenen abgefragt wurden. Bei Maßnahmen auf Individualebene kann die Anzahl der Mädchen und Frauen, die beruflich aus- und weitergebildet wurden oder an entsprechend ausgerichteten Beratungsmaßnahmen teilgenommen haben, direkt erfasst werden. Bei Förderung von Institutionen oder Förderung auf Politikfeldebene muss die erreichte Anzahl in den geförderten Aus- und Weiterbildungseinrichtungen geschätzt werden. Dabei werden auf Institutionenebene die Gesamtzahl der weiblichen Aus- und Weiterzubildenden in den jeweils geförderten Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und auf Politikfeldebene alle weiblichen Aus- und Weiterzubildenden in den Partnerländern als erreichte Mädchen und Frauen angenommen. Folglich kann es zu Überschätzungen und zu Mehrfachzählungen kommen – insbesondere auf Politikfeldebene. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei Nachfolgeprojekten oder bei mehreren zeitgleich durchgeführten Projekten in derselben Region zu Mehrfachzählungen der erreichten Mädchen und Frauen kommt.

Der Wert des Indikators hängt stark von der geförderten Ebene ab, da durch die Förderung von Institutionen oder Politikfeldern in der Regel mehr Mädchen und Frauen erreicht werden als bei individuellen Maßnahmen. Der Indikator trifft keine Aussage zu Erfolg, Umfang und Qualität der Qualifizierungsmaßnahmen, die recht unterschiedlich sein können.

Die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung von Mädchen und Frauen sind Teil der gesamten öffentlichen Entwicklungsausgaben. Diese sind im Indikator 17.1 dargestellt.

Im Jahr 2015 wurden 354 841 Mädchen und Frauen durch berufliche Qualifizierungsmaßnahmen erreicht. Davon konnten 3,6 % über direkte Berufsbildungsmaßnahmen erreicht werden. Durch Institutionenförderung wurden 14,1 % der Mädchen und Frauen erreicht und durch Maßnahmen auf Politikfeldebene 29,9 %. Durch die finanzielle Zusammenarbeit wurden weitere 50,7 % der Mädchen und Frauen erreicht. Bei diesen Maßnahmen erfolgte keine Zuordnung zu einer der drei vorgenannten Ebenen, weitere 1,7 % der erreichten Mädchen und Frauen waren nicht zuordenbar.

Betrachtet man die Anzahl der Maßnahmen, so wurden im Jahr 2015 insgesamt 151 Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Mädchen und Frauen durch deutsche entwicklungs-politische Zusammenarbeit durchgeführt. Davon entfielen 44,6 % auf die Individualebene, 12,0 % auf die Institutionenebene und 8,7 % auf die Politikebene. Weitere 28,0 % wurden im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit durchgeführt und 6,7 % der Maßnahmen waren den einzelnen Ebenen nicht zuordenbar.

Die Daten wurden erstmalig für das Berichtsjahr 2015 erhoben, sodass die bisherige Entwicklung und eine mögliche Zielerreichung des Indikators noch nicht beurteilt werden kann.

6 SAUBERES WASSER UND SANITÄRVERSORUNG

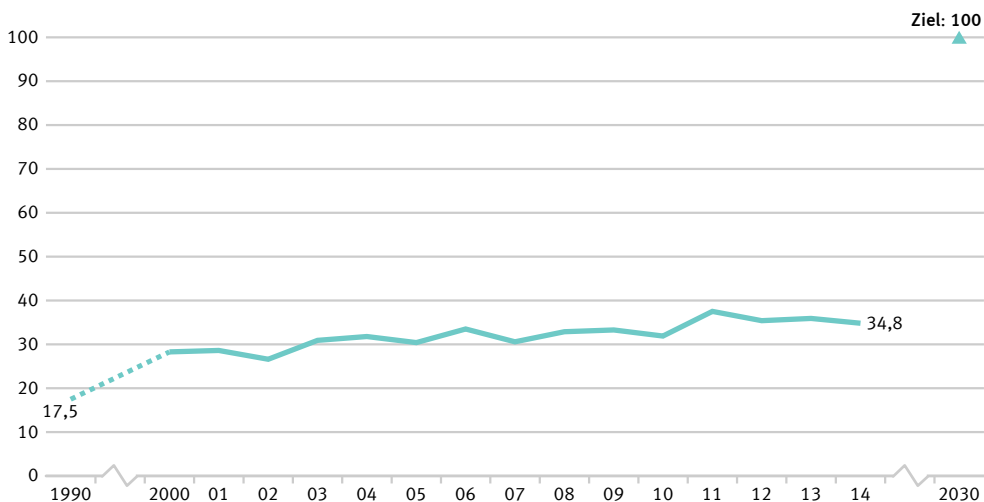
Gewässerqualität – *Minderung der stofflichen Belastung von Gewässern*

6.1.a Phosphor in Fließgewässern



Phosphor in Fließgewässern

Anteil der Messstellen, an denen der Orientierungswert des guten ökologischen Zustands für Gesamt-Phosphor eingehalten wird, in %



Quelle: Umweltbundesamt nach Angaben der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil derjenigen Messstellen an, an denen die gewässertypischen Orientierungswerte des guten ökologischen Zustands für Phosphor in Fließgewässern eingehalten werden.

Ziel und Intention des Indikators

Phosphor gelangt in Deutschland heute etwa je zur Hälfte aus der Landwirtschaft und aus Städten (kommunale Kläranlagen und Regenwasserabläufe) in die Fließgewässer. Es ist neben der Belastung mit Nitrat einer der Gründe, warum es in Flüssen, Seen und Meeren zu einer Überversorgung mit Nährstoffen (Eutrophierung) kommt. Folgen davon sind Algenwachstum, Sauerstoffarmut bis hin zum Fischsterben oder dem Aufkommen giftiger Blaualgen. Daher wurde als Ziel für das Jahr 2030 festgelegt, dass die gewässertypischen Orientierungswerte, die in der Oberflächengewässerverordnung angegeben sind, an allen Messstellen eingehalten werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Belastung der Flüsse mit Phosphor wird von den Bundesländern im Rahmen der Überwachung zur EG-Wasserrahmenrichtlinie gemessen. Für den Indikator werden die Daten des Überblicksmessnetzes genutzt. Dieses Messnetz ist relativ weitmaschig. Das Einzugsgebiet je Messstelle sollte allerdings nicht größer als 2 500 Quadratkilometer sein. Die Messstellen wurden meist in den Hauptströmen der großen Flüsse und an Einmündungen bedeutender Nebengewässer eingerichtet. Die Zusammenstellung der Daten erfolgt durch das Umweltbundesamt nach Angaben der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

Da die Gewässertypen unterschiedlich empfindlich auf Nährstoffe wie Phosphor reagieren, variiert der exakte Orientierungswert. Der überwiegende Teil der Fließgewässer hat den Orientierungswert 0,1 Milligramm pro Liter an Phosphor. Bei organisch geprägten Flüssen beträgt der Orientierungswert 0,15 Milligramm pro Liter, bei Marschgewässern 0,3 Milligramm pro Liter und bei tidebeeinflussten Übergangsgewässern 0,045 Milligramm pro Liter.

In den Indikator geht ein, ob der Orientierungswert an einer gegebenen Messstelle im Jahresmittel eingehalten oder unterschritten wurde, jedoch nicht wie weit das Ziel bei einer Überschreitung verfehlt wurde. Die Angaben zu den einzelnen Messstellen werden zusammengefasst dargestellt. Entsprechend hängt der Wert des Indikators von der Anzahl und der Repräsentativität der Verteilung der Messstellen ab. Seen und andere Stillgewässer sind durch den Indikator nicht abgedeckt. Sie sind aber in gleicher Weise von zu hohen Phosphorbelastungen betroffen und weisen ähnlich häufig Überschreitungen ihrer Orientierungswerte auf.

Die Indikatoren zu Phosphor- und Nitratgehalt (6.1.a und 6.1.b) decken zwei wesentliche Aspekte der Gewässerqualität ab. Daneben gibt es jedoch noch weitere Komponenten, wie zum Beispiel die Ausstattung der Gewässer mit naturnahen Lebensräumen, deren Organismenbestand (Biodiversität), die Belastung mit Schadstoffen (wie Pflanzenschutzmittel, Metalle, Arzneimittel) und Salzen (wie Chlorid, Sulfat) und die Veränderung von Grundwasserständen, die alle ebenfalls für die Gewässerqualität relevant sind. Phosphor gelangt im Regelfall durch den Eintrag von Phosphaten in Gewässer.

Im Jahr 2014 lag der Jahresmittelwert bei 35 % der Messstellen an Flüssen unter dem Orientierungswert. 56 % der Messstellen wiesen mittlere Konzentrationen bis zum Doppelten des Orientierungswertes und 7 % der Messstellen lagen im Bereich bis zum Vierfachen (nicht in der Grafik dargestellt). Die übrigen 2 % wiesen noch höhere Konzentrationen auf.

Im Zeitverlauf hat sich der Anteil der Messstellen, die den Orientierungswert einhalten, kontinuierlich erhöht und seit 1990 verdoppelt. Der Prozentsatz der Messstellen mit Konzentrationen bis zum Doppelten des Orientierungswertes verdreifachte sich jedoch im gleichen Zeitraum und nahm damit noch stärker zu. Im Gegenzug verzeichnete der Anteil von Messstellen mit noch höheren Werten seit Anfang der 1990er Jahre einen erheblichen Rückgang. Insbesondere die Einführung phosphatfreier Waschmittel und die Phosphatfällung in Kläranlagen nach der Einführung von Grenzwerten für die Einleitung von geklärtem Abwasser, haben die Belastung deutlich verringert.

Betrachtet man den durchschnittlichen Verlauf der letzten fünf Jahre, so hat sich der Indikator nur unwesentlich verändert. Das Ziel, den jeweils vorgegebenen Grenzwert an allen Messstellen einzuhalten, ist noch weit entfernt.

6 SAUBERES WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG

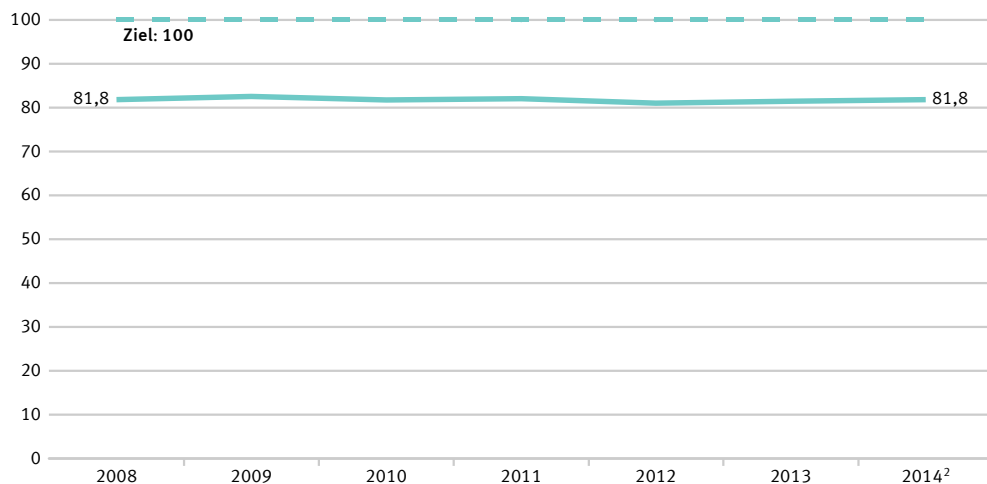
Gewässerqualität – *Minderung der stofflichen Belastung von Gewässern*

6.1.b Nitrat im Grundwasser



Nitrat im Grundwasser

Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert¹ eingehalten wird, in %



1 Basis: EUA-Messnetz; Schwellenwert 50 Milligramm Nitrat pro Liter im Jahresmittel.

2 Ohne Daten für Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: Umweltbundesamt und Länderinitiative Kernindikatoren auf Basis von Daten der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der Messstellen an, an denen der Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter Nitrat im Grundwasser im Jahresmittel eingehalten wird.

Ziel und Intention des Indikators

Grundwasser ist ein wesentliches Element des Naturhaushaltes. Es ist Teil des Wasserkreislaufs und erfüllt wichtige ökologische Funktionen. Grundwasser ist auch die wichtigste Trinkwasserressource Deutschlands. Erhöhte Nitratgehalte beeinträchtigen jedoch die Ökologie der Gewässer. Der Schwellenwert von 50 Milligramm pro Liter an Nitrat im Grundwasser, der in der Grundwasserverordnung sowie der Oberflächengewässerverordnung angegeben ist, soll daher an allen Messstellen eingehalten werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der Nitratgehalt im Grundwasser wird von den Bundesländern für die Berichterstattung über den Zustand des Grundwassers in Deutschland an die Europäische Umweltagentur (EUA) erhoben. Die dazu verwendeten Messstellen werden im sogenannten EUA-Messnetz zusammengefasst. Die Daten werden vom Umweltbundesamt nach Angaben der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zusammengestellt.

Die Belastung des Grundwassers mit Nitrat, einer natürlichen Stickstoffverbindung, entsteht in erster Linie durch Auswaschung von Nitrat aus verschiedenen stickstoffhaltigen Düngemitteln. Dazu gehört neben Wirtschaftsdünger wie Jauche oder Gülle, der in Regionen mit intensiver Viehhaltung anfällt, auch der bei intensivem Ackerbau eingesetzte Mineraldünger. In den letzten Jahren hat darüber hinaus auch die Menge an Gärresten zugenommen, die als Nebenprodukt von Biogasanlagen entstehen und ebenfalls als Dünger in der Landwirtschaft verwertet werden. Auch diese Form der Düngung führt zu einem erhöhten Stickstoffgehalt im Boden und damit zu höheren Nitratwerten im Grundwasser.

Die natürlichen Hintergrundwerte für Nitrat, das heißt die natürliche Vorbelastung, liegen zwischen 0 und maximal 10 Milligramm pro Liter. Gehalte zwischen 10 und 25 Milligramm pro Liter sind Anzeichen einer geringen bis mittleren Belastung. Konzentrationen zwischen 25 und 50 Milligramm pro Liter zeigen eine starke Grundwasserbelastung an. Wenn der Grenzwert der Grundwasserverordnung von 50 Milligramm pro Liter, der diesem Indikator zugrunde liegt, überschritten wird, ist das Grundwasser in einem schlechten chemischen Zustand. Dieser Grenzwert gilt auch für Trinkwasser.

Der hier betrachtete Indikator gibt keinen Hinweis, wie weit ein Grenzwert über- beziehungsweise unterschritten wurde. Wie auch beim Indikator zum Phosphorgehalt in Fließgewässern fasst er Informationen von vielen einzelnen Messstellen zusammen und zeigt, an wie vielen dieser Messstellen der vorgegebene Grenzwert eingehalten wurde. Dabei haben die Anzahl und die Repräsentativität der Verteilung sowie die regionale Konzentration der Messstellen einen erheblichen Einfluss auf das Ergebnis dieses Indikators. In den letzten drei Jahren wurde das EUA-Grundwassermessnetz jedoch grundlegend überarbeitet, angepasst und erweitert, um die Repräsentativität der Ergebnisse zu erhöhen.

Die Werte des Indikators schließen nicht aus, dass die Belastung durch Nitrat an einigen Stellen stark reduziert wurde. Sank der Nitratgehalt etwa an einer bestimmten Stelle erheblich, blieb aber weiterhin oberhalb des Schwellenwertes von 50 Milligramm pro Liter, so spiegelt sich das im Indikator nicht wider. Ebenso muss bei der Interpretation berücksichtigt werden, dass Maßnahmen zur Verringerung der Nitratbelastung möglicherweise erst mit einiger Verzögerung Wirkung zeigen, etwa weil die Sickerzeit von der Oberfläche bis in das Grundwasser mehrere Jahre beträgt.

Im Jahr 2014 wurde der Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter an Nitrat an 18,2 % der Grundwassermessstellen des EUA-Messnetzes überschritten, das heißt, das Grundwasser darf dort nicht ohne Aufbereitung zur Trinkwasserversorgung verwendet werden. Seit dem Jahr 2008 ist der Anteil der Messstellen, die diesen Grenzwert überschreiten, unverändert. Damit ist das Ziel, den Grenzwert an allen Messstellen einzuhalten, nicht erreicht und auch keine Entwicklung des Indikators in diese Richtung zu erkennen.

Der Wert von 25 Milligramm pro Liter, der immer noch eine starke Belastung anzeigt, wurde an mehr als einem Drittel (36,1 %) der Messstellen überschritten. Auch dieser Prozentsatz blieb über die Jahre nahezu gleich.

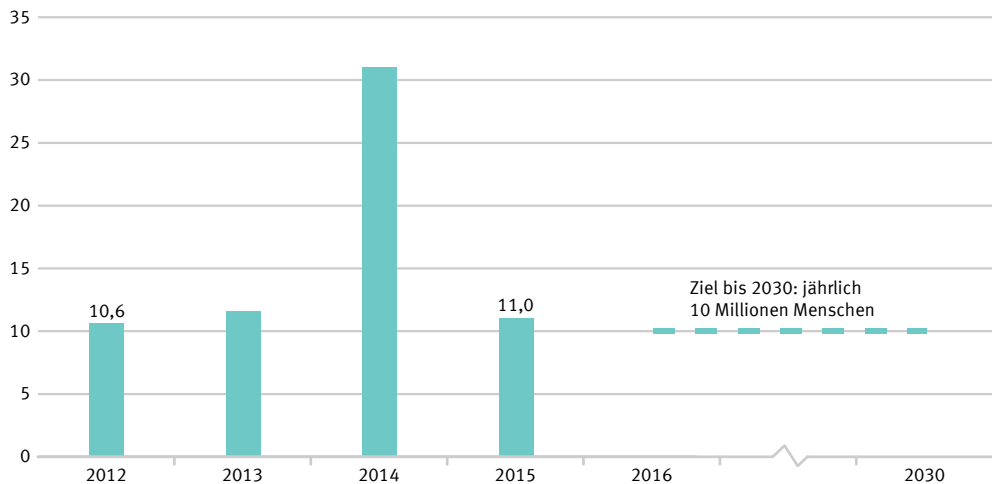
6 SAUBERES WASSER UND SANITÄRVERSORUNG

Trinkwasser- und Sanitärversorgung – Besserer Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung weltweit, höhere (sichere) Qualität

6.2 Entwicklungszusammenarbeit für Trinkwasser- und Sanitärversorgung



Von Deutschland geförderter Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung weltweit erreichte Menschen, in Millionen



Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Definition des Indikators

Der Indikator stellt die Anzahl der Menschen dar, die im jeweiligen Berichtsjahr durch deutsche Unterstützung Neuzugang oder verbesserten Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung erhalten haben.

Ziel und Intention des Indikators

Eine unzureichende Versorgung mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen hat weitreichende Auswirkungen auf die Ernährung und die Gesundheit des Menschen. Das Ziel der Bundesregierung ist daher, dass bis zum Jahr 2030 jährlich zehn Millionen Menschen weltweit mit deutscher Unterstützung Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung erhalten.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Grundlage für diesen Indikator sind Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Er stützt sich dabei ausschließlich auf Plangrößen für neue Finanzierungszusagen für Projekte im Bereich Trinkwasser- und Sanitärversorgung zum Zeitpunkt der Vorlage des Programmvorschlags an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Hierauf aufbauend wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau die Anzahl an Personen geschätzt, die zukünftig, das heißt nach Durchführung dieser geplanten Projekte, neu oder verbesserten Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung erhalten haben werden. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zugesagten Mittel sind Zuschüsse und Darlehen, refinanziert aus dem Bundeshaushalt sowie eigene Marktmittel.

Inwieweit die Planzahlen erreicht werden, also ob das Ziel übererfüllt oder die geplante Zahl erreichter Menschen unterschritten wurde, ist erst nach Inbetriebnahme der Infrastrukturen konkret abschätzbar.

Nachfolgeprojekte werden als eigenständige Vorhaben gewertet. Sollte jedoch die Zielgruppe des Folgevorhabens mit der des Ursprungsvorhabens identisch sein, wird diese nur einmalig berücksichtigt, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Nur in begründeten Ausnahmefällen kann es zu Doppelzählungen der Zielgruppe kommen, wenn es zum Beispiel nach kriegerischen Auseinandersetzungen und nach Zerstörung von Infrastrukturen zur Instandsetzung von bereits KfW-finanzierten Anlagen kommt.

Der Anteil der deutschen Beteiligung an den Projekten liegt in den letzten fünf Jahren zwischen 98 % und 85 %. Empfänger sind in der Regel Entwicklungs- und Schwellenländer, sodass dieser Indikator in Beziehung zum Indikator 17.1 steht.

Es existiert eine Reihe an weiteren Akteuren in Deutschland (zum Beispiel Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH, Bundesländer, private Akteure), die den Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern. Der Indikator umfasst somit nur einen Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Trinkwasser- und Sanitärsektor. Im Berichtsjahr 2015 umfasste der Anteil der KfW im Wassersektor 82,5 % an der gesamten deutschen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Sektor.

In den vergangenen Jahren waren die Plangrößen der Menschen, die mit Hilfe deutscher Unterstützung Zugang zur Trinkwasser- und Sanitärversorgung erlangen sollten, stets knapp oberhalb des gesetzten Ziels von zehn Millionen Menschen. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2014, in dem die Plangröße – trotz eines Finanzvolumens, das mit knapp 409 Millionen Euro nur die Hälfte von dem des Jahres 2012 betrug – erheblich oberhalb des ab 2016 geltenden Ziels lag. Grund dafür ist ein landesweites Programm in Mexiko, mit dem nach Schätzungen der KfW deutlich mehr Menschen erreicht werden konnten. Bei Fortsetzung der Entwicklung der vergangenen vier Jahre wird das Ziel weiterhin eingehalten werden. Jedoch kann zukünftig nicht ausgeschlossen werden, dass es aufgrund der Verschiedenartigkeit der Projekte zu starken Schwankungen kommt.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen

7.1.a, b Endenergieproduktivität und Primärenergieverbrauch

a) Endenergieproduktivität

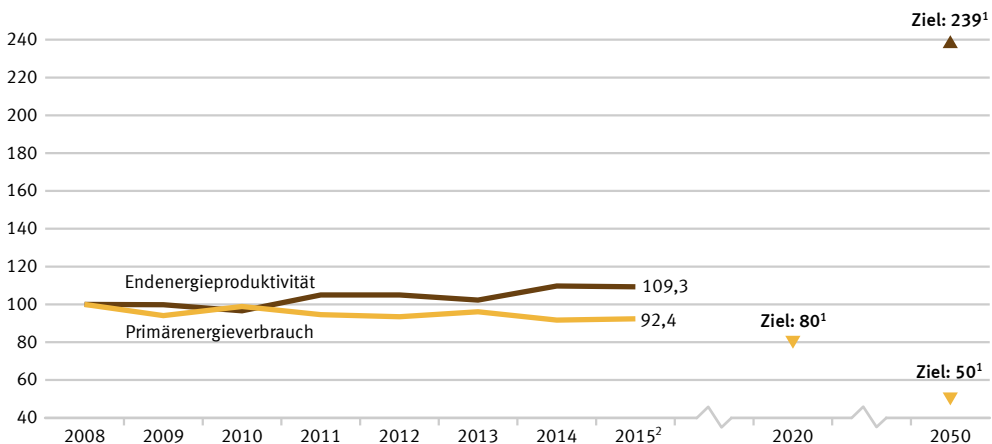


b) Primärenergieverbrauch



Endenergieproduktivität und Primärenergieverbrauch

2008 = 100



1 Das Ziel entspricht einer Steigerung der Endenergieproduktivität um jährlich 2,1 % gegenüber 2008 bis 2050 sowie einer Senkung des Primärenergieverbrauchs um 20 % gegenüber 2008 in 2020 bzw. um 50 % gegenüber 2008 in 2050 (Energiekonzept).

2 Vorläufige Daten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

Definition der Indikatoren

Der Indikator „Endenergieproduktivität“ stellt die Entwicklung der Wertschöpfung je eingesetzter Einheit Endenergie dar. Der Begriff „Endenergie“ bezieht sich dabei auf den Teil der Energie, der energetisch als thermische oder elektrische Energie in den Produktionsbereichen bei der Herstellung von Gütern oder von den privaten Haushalten genutzt wird.

Der Primärenergieverbrauch gibt an, wie viel Energie in einem Land einerseits in den Energiesektoren zur Umwandlung, andererseits in der Produktion, dem Verkehr und den privaten Haushalten verbraucht wurde.

Ziele und Intention der Indikatoren

Die Senkung des Energieverbrauchs durch eine Steigerung der Energieeffizienz ist neben dem Ausbau erneuerbarer Energien die zweite tragende Säule der Energiewende. Ziel ist es, mit möglichst wenig Energie viel wirtschaftliche Leistung zu erreichen. Energieeinsparung schont Klima und Umwelt, trägt zur Verbesserung der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei.



Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung soll die Endenergieproduktivität im Zeitraum 2008 bis 2050 jährlich um 2,1 % erhöht werden. Gleichzeitig soll sich der Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 % und bis 2050 um 50 % gegenüber dem Jahr 2008 verringern. Diese Ziele werden auch hier zugrunde gelegt.

Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Endenergie- und Primärenergieverbrauch sind direkt miteinander verbunden. Der Endenergieverbrauch ergibt sich als Summe aus Primärenergieverbrauch, (negativer) Umwandlungs-, Fackel- und Leitungsverluste sowie der statistischen Differenz. Der Primärenergieverbrauch ist die Summe aus den im Inland gewonnenen Primärenergieträgern und sämtlichen importierten Energieträgern abzüglich der Ausfuhr von Energie in Form von Exporten und Hochseebunkerungen. Wesentliche Grundlage für die Berechnung des Energieverbrauchs sind die Daten der Energiebilanzen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB), die durch Daten aus weiteren Quellen ergänzt werden. Die Endenergieproduktivität gibt an, wie hoch die Wertschöpfung je eingesetzter Einheit Endenergie ist. Sie stellt ein Maß für die Energieeffizienz in den Produktionsbereichen und im Energieeinsatz der privaten Haushalte dar. Einschätzungen zur Energieeffizienz in den Umwandlungsbereichen (Wirkungsgrad der Kraftwerke) oder in der Energieübertragung (Beseitigung von Leckagen, bessere Wärmedämmung, etc.) lassen sich anhand des Indikators jedoch nicht direkt ableiten.

Die Endenergieproduktivität hat sich nach vorläufigen Ergebnissen im Zeitraum 2008 bis 2015 um 9,3 % erhöht, was einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 1,3 % entspricht. Damit ist das Ziel eines jährlichen Anstieges von durchschnittlich 2,1 % bis 2050 zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist die Energieproduktivität 2015 sogar leicht um 0,4 Prozentpunkte zurückgegangen. Dafür verantwortlich war auch ein Anstieg des Endenergieverbrauches der privaten Haushalte um rund 4,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Endenergieverbrauch in der Industrie blieb mit einer jährlichen Veränderungsrate von rund 1,2 % unter der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes und wirkte daher positiv auf die Endenergieproduktivität.

Der Primärenergieverbrauch ist im Jahr 2015 leicht gestiegen, was teilweise der etwas kühleren Witterung und dem Wachstum der Wirtschaft zuzuschreiben ist. Der Primärenergieverbrauch erreichte dennoch den zweitniedrigsten Stand seit 1990. Im Zeitraum 2008 bis 2015 sank der Primärenergieverbrauch nach vorläufigen Ergebnissen um 7,6 %. Damit würde, bei gleichbleibender Entwicklung wie in den vergangenen Jahren, der Zielwert im Jahr 2020 nicht erreicht. Der Primärenergieverbrauch war zwischen den Jahren 2008 und 2011 deutlichen jährlichen Schwankungen von durchschnittlich 5,1 % unterworfen. Auf Basis dieser Werte kann ein Trend ab 2008 nur vorläufig und unter Vorbehalt ermittelt werden.

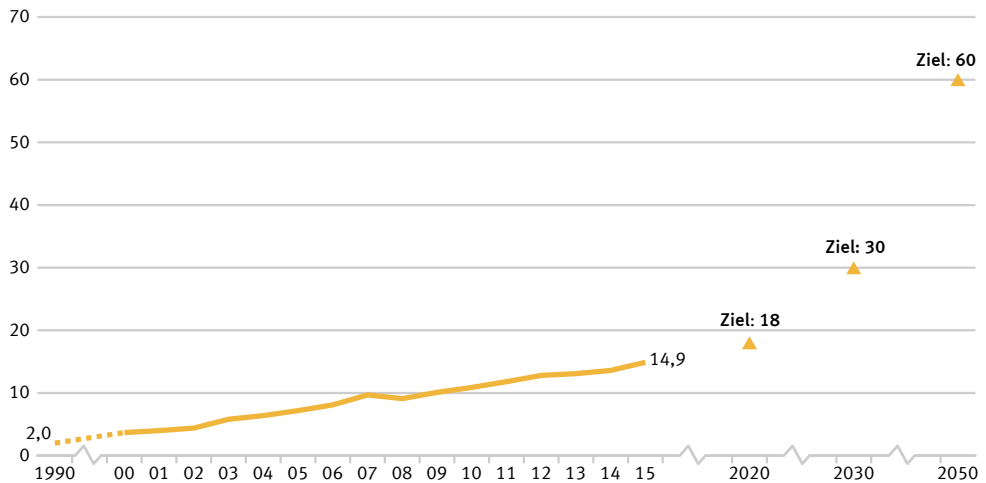
7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Erneuerbare Energien – *Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen*

7.2.a Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch



Erzeugung erneuerbarer Energien in Relation zum Bruttoendenergieverbrauch in %



Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien – Statistik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Datenstand: August 2016

Definition des Indikators

Der Indikator setzt die Erzeugung erneuerbarer Energien in Relation zum Brutto-Endenergieverbrauch. Der Brutto-Endenergieverbrauch umfasst den Energieverbrauch beim Letztverbraucher und die Verluste während der Erzeugung und dem Transport von Energie.

Ziel und Intention des Indikators

Die Reserven fossiler Energieträger wie Öl und Gas sind begrenzt, gleichzeitig ist ihre Nutzung mit der Emission von Treibhausgasen verbunden. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien, die sich als natürliche Energiequellen ständig regenerieren, verringert die energetisch bedingten Emissionen und damit das Ausmaß des Klimawandels. Zusätzlich werden die Abhängigkeit von Energieimporten und der Ressourcenverbrauch gemindert sowie technische Innovationen gefördert. Ziel der Bundesregierung ist es daher, den Anteil der erneuerbaren Energien am Brutto-Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 %, bis 2030 auf 30 % und bis 2050 auf 60 % zu erhöhen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Bei diesem Indikator wird die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugte Energie (u. a. Wasserkraft, Windkraft auf Land und auf See, Solarenergie und Geothermie, Biomasse oder biogene Abfälle) zu allen in Deutschland verbrauchten Energieträgern in Beziehung gesetzt. Dazu zählen neben den erneuerbaren Energien auch importierter Strom und fossile Energieträger wie Braun- und Steinkohle, Öl und Gas. Charakteristisch für den Indikator ist zudem, dass der Energieverbrauch in allen Anwendungsbereichen berücksichtigt wird. Dazu gehört die Verwendung in Form von mechanischer Energie, als elektrischer Strom, als Wärme oder auch als Kraftstoff im Verkehrssektor.

Der Indikator wird von der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat) berechnet, jedoch ohne Berücksichtigung der Rechenregeln nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Richtlinie 2009/28/EG) der Europäischen Union, die aufgrund des jährlich unterschiedlichen Angebots bei Wasser- und Windkraft einen Durchschnittswert über mehrere Jahre vorsieht. Stattdessen werden für diese Energieträger die tatsächlich erzeugten Mengen (Wind- und Wasserkraft) berücksichtigt. Bei der Berechnung des Indikators wird angenommen, dass aus erneuerbaren Quellen erzeugte Energie auch in vollem Umfang im Inland verbraucht und nicht exportiert wird.

Im Zeitraum 1990 bis 2015 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am Brutto-Endenergieverbrauch von 2,0 % auf 14,9 %. Bei einer durchschnittlichen Weiterentwicklung wie in den vergangenen Jahren würde das Ziel für 2020 erreicht. Der Einsatz erneuerbarer Energien variiert je nach Bereich stark. Entsprechend der Struktur am gesamten Energieaufkommen erneuerbarer Energien entfielen im Jahr 2015 auf die Stromerzeugung 49 %, auf die Wärmeerzeugung 42 % und auf die biogenen Kraftstoffe 9 %. Dabei spielten vor allem Biomasse mit 57,8 % und Windkraft mit 20,9 % Anteil an allen erneuerbaren Quellen die größte Rolle als eingesetzte Energieträger.

Der Indikator weist Querbezüge zu den Indikatoren 13.1.a „Treibhausgasemissionen“, 3.2.a „Emissionen von Luftschadstoffen“ und 7.2.b „Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch“ auf.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

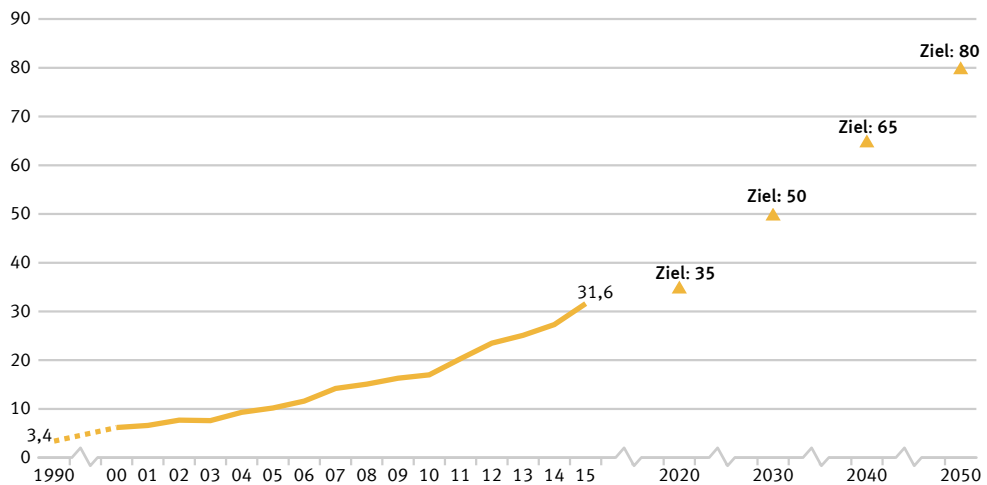
Erneuerbare Energien – *Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen*

7.2.b Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch



Strom aus erneuerbaren Energiequellen

Anteil am Bruttostromverbrauch, in %



Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien – Statistik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Datenstand: August 2016

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch wieder.

Ziel und Entwicklung des Indikators

Ein Umstieg auf erneuerbare Energien, die sich als natürliche Energiequellen ständig regenerieren, kann den Bedarf an fossilen Energieträgern verringern. Dadurch würde sowohl die Abhängigkeit von Importen konventioneller Energieträger reduziert als auch der Ausstoß energetisch bedingter Emissionen verringert und damit das Ausmaß des Klimawandels eingedämmt. Laut Energiekonzept der Bundesregierung soll daher der Anteil des Stroms, der aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wird, gemessen am Bruttostromverbrauch bis 2020 auf mindestens 35 %, bis 2030 auf mindestens 50 %, bis 2040 auf mindestens 65 % und bis 2050 auf mindestens 80 % steigen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Berechnung des Indikators erfolgt durch die Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien Statistik auf Basis unterschiedlicher amtlicher und nichtamtlicher Quellen. Der Bruttostromverbrauch ist die gesamte erzeugte und importierte Strommenge abzüglich des exportierten Stroms. Er setzt sich somit aus der Nettostromversorgung, dem Austauschsaldo über die Landesgrenzen, dem Eigenstromverbrauch der Kraftwerke als auch den Netzverlusten zusammen.

Als erneuerbare Energiequellen gelten Windenergie, Wasserkraft, solare Strahlungsenergie, Geothermie und Biomasse einschließlich Biogas, Biomethan, Deponiegas und Klärgas sowie der biologisch abbaubare Anteil von Abfällen aus Haushalten und Industrie.

Der Vergleich des inländischen Bruttostromverbrauchs mit der inländischen Stromgewinnung aus erneuerbaren Quellen lässt die Außenhandelsverflechtungen unberücksichtigt. Dadurch wird bei der Indikatorberechnung angenommen, dass die gesamte inländische Erzeugung aus regenerativen Energien auch im Inland verbraucht wird. Im Inland erneuerbar erzeugter Strom kann jedoch bei Überproduktion exportiert und konventionell hergestellter Strom bei Unterversorgung aus dem Ausland importiert werden. Folglich kann der Indikator den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch überschätzen.

Im Zeitraum 1990 bis 2015 erhöhte sich der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von 3,4 % auf 31,6 %. Würde der durchschnittliche Trend der letzten fünf Jahren beibehalten, würde das Ziel von 35 % bereits vor dem Jahr 2020 erreicht. Diese Entwicklung wurde durch gesetzliche Maßnahmen, wie zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorangetrieben. Das EEG verpflichtet die Netzbetreiber unter anderem, vorrangig Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen und zu verteilen.

Seit dem Jahr 2000 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung insbesondere durch die zunehmende Nutzung der Windenergie, Biomasse sowie Photovoltaik. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2015 stand einer leicht abnehmenden Erzeugung von Strom aus konventionellen Energieträgern eine Steigerung der Produktion von regenerativer Elektrizität um mehr als 151 Terawattstunden gegenüber. Im Einzelnen nahm die Stromerzeugung mittels Windenergie an Land und auf See von 9,5 Terawattstunden im Jahr 2000 auf 79 Terawattstunden im Jahr 2015 zu. Davon betrug der Anteil der Windenergie auf See im Jahr 2015 rund 8,3 Terawattstunden. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik stieg zwischen 2000 und 2015 von 0,06 Terawattstunden auf rund 39 Terawattstunden. Die Stromerzeugung aus Biomasse hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verzehnfacht.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

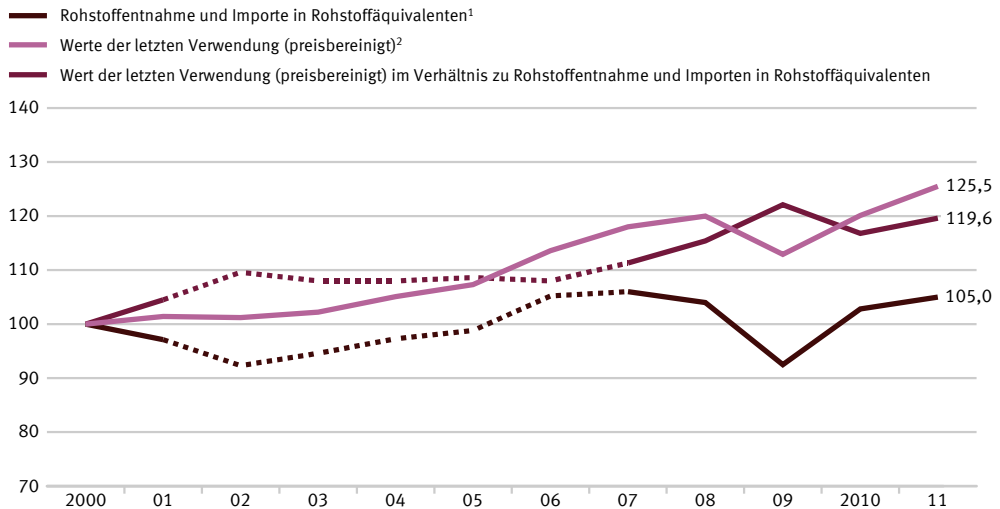
Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen

8.1 Gesamtrohstoffproduktivität



Wert der letzten Verwendung im Verhältnis zu Rohstoffentnahme und Importen in Rohstoffäquivalenten

2000 = 100



1 2001 bis 2007 interpoliert.

2 Entspricht preisbereinigt dem Bruttoinlandsprodukt zuzüglich dem Wert der Importe.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator Gesamtrohstoffproduktivität setzt den Wert aller an die letzte Verwendung abgegebenen Güter (in Euro, preisbereinigt) in Relation zur Masse der für ihre Produktion im In- und Ausland eingesetzten Rohstoffe (in Tonnen). Die letzte Verwendung umfasst dabei sowohl inländischen Konsum und inländische Investitionen als auch den Export.

Im Nenner des Indikators werden sowohl aus der Umwelt entnommene abiotische und biotische Rohstoffe berücksichtigt, als auch Pflanzenmaterial, das durch die Land- und Forstwirtschaft produziert wurde.



Ziel und Intention des Indikators

Die Entnahme von Rohstoffen ist immer mit einer Beeinträchtigung der Natur verbunden. Durch die steigende Nachfrage nach Rohstoffen werden weltweit zunehmend Rohstoffvorkommen in Gebieten erschlossen, die besonders sensibel auf menschliche Einflüsse reagieren. Daher hat sich die Bundesregierung bereits im Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) II im Jahr 2015 das Ziel gesetzt, dass die Gesamtrohstoffproduktivität weiterhin steigen soll. In den Jahren 2000 bis 2010 nahm die Gesamtrohstoffproduktivität bereits um durchschnittlich rund 1,5 % jährlich zu. Ein solch positiver Trend soll bis zum Jahr 2030 fortgesetzt werden.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Zur Berechnung dieses Indikators ist es notwendig, die Masse aller Rohstoffe zu ermitteln, die für die Produktion der Importe benötigt wurden. Die Berechnung dieser als Importe in Rohstoffäquivalenten bezeichneten Größe basiert auf einem komplexen Modell, das Daten aus verschiedenen amtlichen und nichtamtlichen Quellen nutzt.

Durch die monetäre sowie physische Einbeziehung der Importe berücksichtigt der Indikator Wertschöpfung und Rohstoffeinsatz über die gesamte in- und ausländische Produktionskette. Im Vergleich zum Indikator „Rohstoffproduktivität“ der bisherigen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird somit der wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Ausland in stärkerem Maße Rechnung getragen. Der im Indikator abgebildete Rohstoffeinsatz dient nicht allein der inländischen letzten Verwendung, sondern auch dem Export. Er darf daher nicht mit einem Rohstofffußabdruck Deutschlands verwechselt werden.

Der bisherige Indikator umfasste mit den mineralischen Rohstoffen und den fossilen Energieträgern ausschließlich diejenigen Rohstoffe, die als nichterneuerbar angesehen werden. Im Gegensatz dazu umfasst der hier vorliegende Indikator auch pflanzliche Erzeugnisse, die von der Land- und Forstwirtschaft produziert werden. Dadurch ergeben sich in geringem Umfang Doppelzählungen: Beispielsweise wird die Masse sowohl eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses bei der Ernte als auch des für diese Produktion verwendeten Mineraldüngers erfasst.

Der Wert des Indikators nahm nach vorläufigen Ergebnissen von 2000 bis 2011 um rund 20 % zu. Dieser Anstieg rührt insbesondere von den Zuwächsen des Zählers her: Der Wert der letzten Verwendung erhöhte sich im Vergleichszeitraum um rund 25 %. Die inländische Rohstoffentnahme sank zwar zwischen den Jahren 2000 und 2011 moderat; gleichzeitig stieg jedoch die Masse der Importe in Rohstoffäquivalenten an, sodass sich im Nenner des Indikators ein leichter Zuwachs um 5 % ergibt.



Inländisch entnommene Rohstoffe sowie Importe werden in zunehmendem Maße auch (wieder) exportiert. Der Nenner des Indikators weist folglich nicht auf eine verstärkte globale Rohstoffentnahme für Konsum und Investitionen in Deutschland hin, sondern spiegelt eine insgesamt intensivere Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland wider.

Das Jahr 2009 ist durch die besondere wirtschaftliche Situation als Ausreißer zu betrachten. Die Werte für die Jahre 2010 und 2011 setzten den bis zum Jahr 2008 reichenden Entwicklungspfad fort. Von 2010 auf 2011 stieg der Wert des Indikators um 2,39 % und folgte damit dem positiven Trend der vorausgegangenen zehn Jahre.

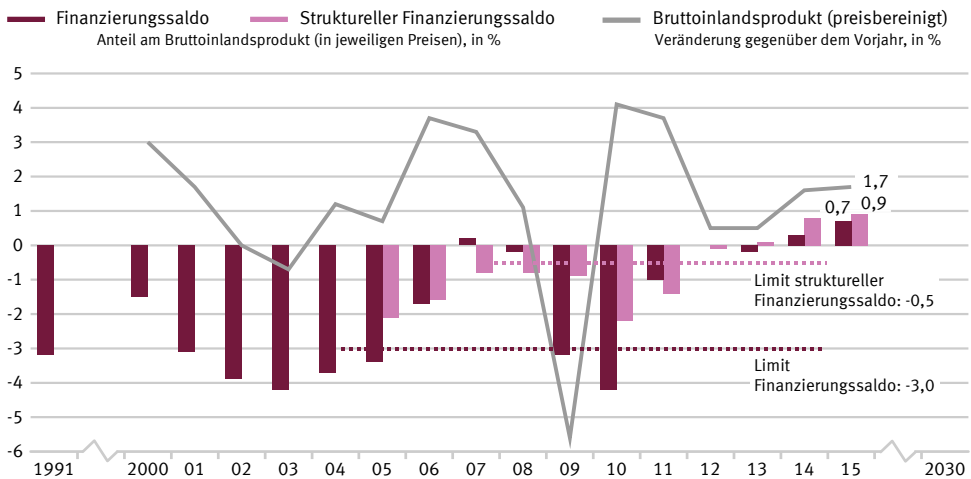
8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Staatsverschuldung – Staatsfinanzen konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen

8.2.a, b Staatsdefizit und strukturelles Defizit

a) Staatsdefizit  b) Strukturelles Defizit 

Finanzierungssaldo und struktureller Finanzierungssaldo des Staates



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, Stand: Oktober 2016

Vorjahrespreise verkettet, 2010 = 100

Definition der Indikatoren

Die Indikatoren setzen den Finanzierungssaldo des Staates (Defizit beziehungsweise Überschuss) und den strukturellen Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen. Der staatliche Finanzierungssaldo berechnet sich aus Staatseinnahmen abzüglich Staatsausgaben. Beim jährlichen strukturellen Saldo handelt es sich um denjenigen Teil des Finanzierungssaldos, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen und temporäre Effekte zurückzuführen ist.

Ziele und Intention der Indikatoren

Solide Staatsfinanzen sind ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Eine Politik, die heutige Staatsausgaben übermäßig durch Neuverschuldung finanzieren würde und die Rückzahlung dieser Schulden allein zukünftigen Generationen überließe, wäre nicht tragfähig.

Entsprechend den Konvergenzkriterien für die Europäische Union (sogenannte Maastricht-Kriterien) soll das jährliche Staatsdefizit weniger als 3 % des BIP betragen. Das strukturelle Defizit soll maximal 0,5 % des BIP betragen. Dies entspricht den Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Grundsatz des strukturell ausgeglichenen Haushalts ist seit 2009 auch im Grundgesetz verankert (Artikel 109, sogenannte Schuldenbremse).



Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Die Berechnung von BIP und staatlichem Finanzierungssaldo ist durch das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) vorgegeben und wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Der strukturelle Finanzierungssaldo wird vom Bundesministerium der Finanzen ermittelt. Bei der Berechnung des Staatsdefizits werden die Finanzen der Gebietskörperschaften, also von Bund, Ländern und Gemeinden und die Finanzen der Sozialversicherung berücksichtigt. Zudem werden weitere Einheiten – wie zum Beispiel der Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung, die nach den Vorgaben des ESVG dem Sektor Staat zuzuordnen sind, einbezogen. Die Werte basieren im Wesentlichen auf den Rechnungsergebnissen für den Bundeshaushalt laut Angaben des Bundesministers der Finanzen beziehungsweise für die Länder und Gemeinden auf den vierteljährlichen Kassenergebnissen der Finanzstatistik.

Im Jahr 2014 erzielte der staatliche Gesamthaushalt einen Überschuss von 8,6 Milliarden Euro und damit erstmals seit der Wiedervereinigung ein positives Ergebnis. Der Überschuss des Bundes stieg im Jahr 2015 auf 10,0 Milliarden Euro an. Zugleich wiesen die Länder zusammen mit 4,6 Milliarden Euro erstmals seit 2007 wieder einen Haushaltsüberschuss auf. Auch die Ergebnisse der Gemeinden (4,2 Milliarden Euro) und der Sozialversicherung (2,1 Milliarden Euro) waren positiv. Alle Ebenen zusammengenommen betrug der Finanzierungsüberschuss 20,9 Milliarden Euro. Der gesamtstaatliche Haushalt wies 2014 und 2015 einen strukturellen Überschuss von 0,8 % beziehungsweise 0,9 % des BIP aus. Somit wurden die Konvergenzkriterien der Europäischen Union sowohl für das Staatsdefizit als auch für das strukturelle Defizit seit dem Jahr 2012 zum vierten Mal in Folge eingehalten.

Über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2015 betrachtet sind die Einnahmen des Staates stärker gestiegen (98,8 %) als das BIP (92,0 %) in jeweiligen Preisen und die Ausgaben (82,1 %). Der Anteil der Staatseinnahmen gemessen am BIP erhöhte sich daher von 43,2 % auf 44,7 %. Allerdings ist das höhere Wachstum der Einnahmen erst ab dem Jahr 2011 zu beobachten.

Auf der Ausgabenseite zeigt sich ein überdurchschnittlicher Anstieg der sozialen Sachleistungen. Diese stiegen seit 1991 um 150,9 %, während die größte Position auf der Ausgabenseite, die monetären Sozialleistungen, mit einem Zuwachs von 100,0 % einen nur leicht stärkeren Anstieg als das BIP (92,0 %) verzeichnete. Die monetären Sozialleistungen fallen zu rund 70 % bei der Sozialversicherung und dort überwiegend in Form von Renten und Arbeitslosengeld an. Diese beiden Leistungen sind ab 2003, gemessen als Anteil am BIP, von 18,4 % auf 15,5 % (2015) gefallen, was insbesondere auf die stark reduzierten Zahlungen der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen ist: Diese sanken zwischen 2003 und 2015, als Folge der Hartz-Gesetzgebung und eines Aufschwungs am Arbeitsmarkt, um rund 24 Milliarden Euro.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

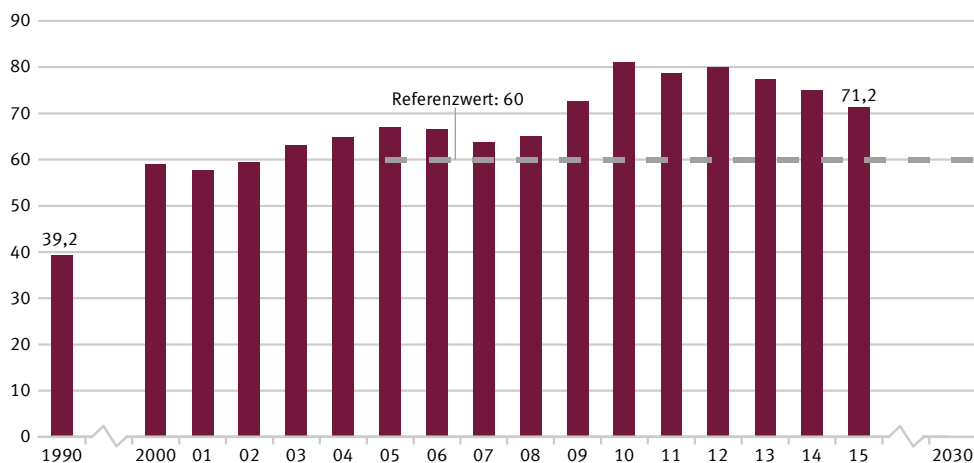
Staatsverschuldung – Staatsfinanzen konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen

8.2.c Schuldenstand



Öffentlicher Schuldenstand

Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: August 2016; Deutsche Bundesbank, Stand: Oktober 2016

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Schuldenstand des Staates in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen an. Damit dient der Indikator als Maßzahl der Staatsverschuldung.

Ziel und Intention des Indikators

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union ist der Referenzwert für die maximale Schuldenstandsquote auf 60 % festgelegt. Dies ist auch die für diesen Bericht relevante nationale Zielwertobergrenze des Indikators.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Schulden des Staates werden von der Bundesbank gemäß Vorgaben des Maastricht-Vertrages zweimal jährlich basierend auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Statistischen Bundesamt berechnet und als vorläufiger Wert im Januar des Folgejahres veröffentlicht.



Die Schuldenstandsquote wird sowohl von der Situation der öffentlichen Haushalte als auch von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Bei ausgeglichenen öffentlichen Haushalten sinkt die Schuldenstandsquote umso schneller, je stärker das BIP wächst. Die Schuldenstandsquote fällt bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung sogar ohne Reduzierung der gesamten öffentlichen Schulden.

Da der Indikator nur die Bestandsgröße Schuldenstand ins Verhältnis zur Stromgröße Bruttoinlandsprodukt setzt, bleiben die Finanz- und Anlagevermögen des Staates bei der Berechnung unberücksichtigt. Zudem wird im Indikator die implizite Staatsverschuldung, also die zukünftig zugesicherten jedoch noch nicht geleisteten Zahlungsverpflichtungen des Staates nicht einbezogen.

Die Schuldenstandsquote in Deutschland liegt seit 2003 stets und seit 2009 deutlich höher als auf europäischer Ebene vorgeschrieben. Nachdem sie Mitte der vergangenen Dekade aufgrund der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf 63,7 % im Jahr 2007 zurückgegangen war, stieg sie bis zum Jahr 2010 zu einem Höchststand von 81,0 % an. Der Anstieg ist im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen. Die starke Zunahme von 72,6 % (2009) auf 81,0 % (2010) geht insbesondere auf die neu errichteten Abwicklungsanstalten für die Banken Hypo Real Estate und WestLB zurück, die dem Sektor Staat zugeordnet wurden und deren Verbindlichkeiten deshalb in den Schuldenstand einfließen. Dies allein trug mit 238 Milliarden Euro zum Anstieg des Schuldenstands in 2010 bei. Insgesamt hat die Finanzmarktkrise den Schuldenstand bis zum Jahr 2010 um 311 Milliarden Euro erhöht. Gleichzeitig hat sich dadurch aber auch das staatliche Finanzvermögen erhöht, was sich in diesem Indikator aufgrund der Bruttodarstellung der Schulden nicht abbildet.

In den Folgejahren konnten die Belastungen aus der Finanzmarktkrise deutlich reduziert werden. Dazu trug auch die Rückführung der Vermögensbestände der Abwicklungsanstalten bei. Aus den Verkäufen des Finanzvermögens der Anstalten ergaben sich bis Ende 2015 Zahlungen aus Verlustausgleichsverpflichtungen von 9,3 Milliarden Euro. Die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) schätzt den insgesamt zu erwartenden Verlust auf etwa 22 Milliarden Euro.

Der Bund verringerte seine Schulden erstmals im Jahr 2015 um 24,6 Milliarden Euro auf 1 359 Milliarden Euro. Die Schulden der Länder sanken seit ihrem Höchststand im Jahr 2012 um 34 Milliarden Euro auf 648 Milliarden Euro in 2015. Die Schulden der Gemeinden sind weiter, wenn auch in geringerem Tempo, auf 152 Milliarden Euro (2015) angewachsen. Die Sozialversicherungen erzielten wie in den Vorjahren Haushaltsüberschüsse und weisen seit 2010 leichte Vermögensüberschüsse auf. Im Jahr 2015 entfielen 63,0 % der gesamten Schulden auf den Bund, 30,0 % auf die Länder und 7,0 % auf die Gemeinden.

Den Schulden des Staates stehen auf der Aktivseite der Vermögensbilanz Vermögensgüter (Sach- und Geldvermögen) gegenüber. Die größten Vermögenspositionen des Staates sind die Bauten (Straßen, Schulen, öffentliche Gebäude). Nach der Vermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes hatten die Sachanlagen im Jahr 2015 einen Vermögenswert (nach Abschreibungen) von 1 338 Milliarden Euro. Das Geldvermögen betrug 1 063 Milliarden Euro (2014). Darunter bilden die Wertpapiere – nicht zuletzt aufgrund der Beteiligung an den genannten Abwicklungsbanken – den zweitgrößten Vermögenswert.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

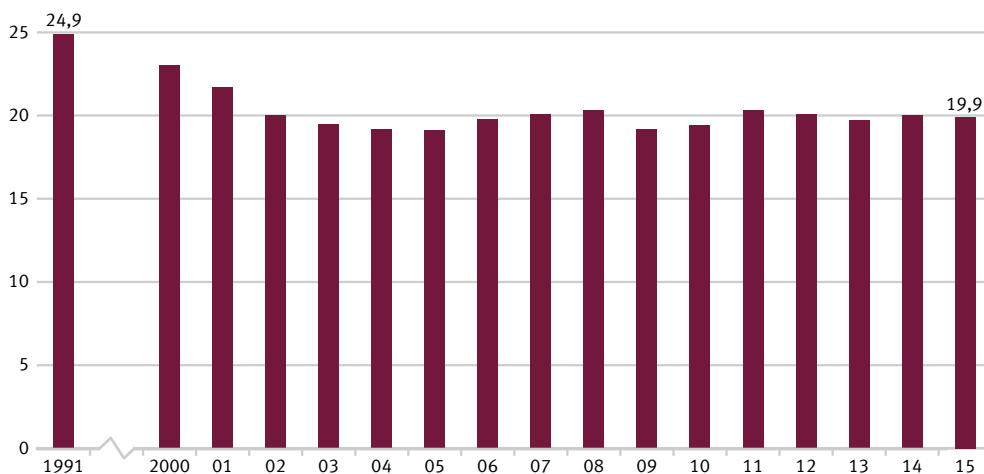
Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge – *Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten*

8.3 Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP



Bruttoanlageinvestitionen

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt den Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (das heißt in jeweiligen Preisen). Dieser Anteil wird auch als Investitionsquote bezeichnet.

Ziel und Intention des Indikators

Die zukünftige wirtschaftliche Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängen entscheidend von den Investitionen der Unternehmen und des Staates ab. Daher ist das Ziel der Bundesregierung eine angemessene Entwicklung des Anteils der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Bruttoanlageinvestitionen werden vom Statistischen Bundesamt ermittelt. Sie umfassen den Nettozugang (also den Erwerb abzüglich der Veräußerungen) von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten. Anlagegüter sind produzierte Vermögensgüter, die im Produktionsprozess wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden sollen.



Hierzu zählen Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte), militärische Waffensysteme und sonstige Anlagen (geistiges Eigentum wie Investitionen in Forschung und Entwicklung, Software, Urheberrechte und Suchbohrungen sowie Nutztiere und Nutzpflanzen). Eingeschlossen sind auch Reparaturen, die zu einer wesentlichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen und/oder deren Nutzungsdauer verlängern.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt, deren Erstellung harmonisierten europäischen Regeln folgt und auf vielfältigen Ergebnissen aller verfügbaren, relevanten Datenquellen basiert.

Im Jahr 2015 lag der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt bei 19,9 % und damit fünf Prozentpunkte unterhalb des Ausgangswertes der Zeitreihe von 1991. Der Indikator hat sich sowohl lang- als auch mittelfristig entgegen der angestrebten Richtung entwickelt.

Die Investitionsquote Deutschlands lag im Schnitt der Jahre 2012 bis 2014 mit 20,0 % etwas unter der Investitionsquote für den gesamten OECD-Raum (20,4 %). Die Quoten haben sich jedoch ab dem Jahr 2010 weitgehend angenähert.

Der Blick auf die Zeitreihe offenbart eine wellenförmige Entwicklung der Investitionsquote mit Rückgängen zu Beginn des Jahrtausends und, nach einer leichten Erholung, nochmals im Jahr 2009 infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009. Bis 2011 erholte sich die Investitionstätigkeit und die Bruttoanlageinvestitionen übertrafen wieder das Niveau des Vorkrisenjahres. Nach 2011 stiegen die Bruttoanlageinvestitionen zwei Jahre lang weniger stark als das Bruttoinlandsprodukt, sodass die Investitionsquote auf 19,7 % zurückging. In den Jahren 2014 und 2015 stiegen die Bruttoanlageinvestitionen wieder kräftig und erreichten ein Niveau von nominal knapp 604 Milliarden Euro. Da der Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts im selben Zeitraum etwas geringer ausfiel, erhöhte sich die Investitionsquote leicht auf 19,9 %.

Bei den Bauinvestitionen weist der Bereich der Wohnbauten seit dem Jahr 2010 ein kräftiges nominales Wachstum auf (+ 33,7 %), während die Investitionen im Bereich der Nichtwohnbauten (sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau) im selben Zeitraum weniger stark anstiegen (+ 12,5 %) und im Jahr 2012 sogar rückläufig waren. Die Ausrüstungsinvestitionen in jeweiligen Preisen erhöhten sich zuletzt um 6,1 % (2014) und 4,6 % (2015) zum Vorjahr, konnten jedoch aufgrund des starken Rückgangs im Jahr 2009 (– 22,0 %) das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreichen.

Die stärksten Zuwächse verzeichneten seit 1991 die Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Software und Datenbanken. Zwischen 1991 und 2015 hat sich ihr Volumen mehr als verdoppelt. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung machten im Jahr 2015 bereits 12,9 % der gesamten Bruttoanlageinvestitionen aus. Software und Datenbanken hatten einen Anteil von 4,2 %.

Die Investitionstätigkeit hat sich im Zeitraum von 1991 bis 2015 stark vom Produzierenden Gewerbe hin zu den Dienstleistungsbereichen verlagert. Während 1991 noch 30,9 % der neuen Anlagen von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes getätigt wurden, waren dies 2015 nur noch 24,1 %. Im Jahr 2015 entfielen auf die Dienstleistungsbereiche 74,4 % der Investitionen, 1991 waren es noch 67,5 %. Der größte investierende Bereich war das Grundstücks- und Wohnungswesen. Auf diesen entfielen im Jahr 2015 allein 30,8 % der gesamten neuen Anlagen.

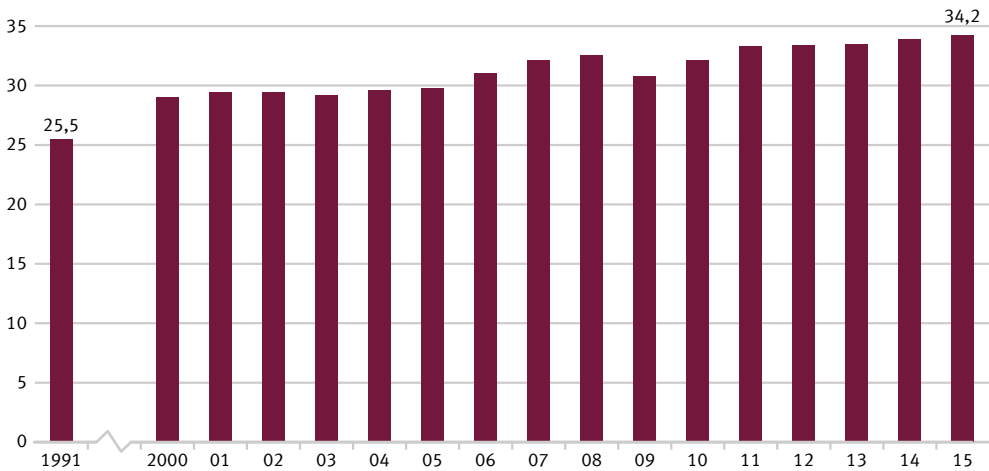
8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – *Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern*

8.4 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner



Bruttoinlandsprodukt je Einwohner preisbereinigt, in 1 000 Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

Vorjahrespreise verkettet, Referenzjahr 2010

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt misst den Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung; als Einwohner gelten dabei alle Personen, die in Deutschland ihren ständigen Wohnsitz haben.

Ziel und Intention des Indikators

Zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und den anderen Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie gibt es vielfältige Beziehungen. So spielen soziale Faktoren wie die Bevölkerungsstruktur, das Arbeitskräfteangebot, das Bildungssystem sowie der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft eine wichtige Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt gilt als wichtiger Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft, folglich ist das Ziel ein stetiges und angemessenes Wachstum.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist Ausdruck der gesamten im Inland entstandenen Wirtschaftsleistung einer Berichtsperiode. Dabei werden vor allem auf Märkten gehandelte sowie staatliche Waren und Dienstleistungen betrachtet. Das BIP wird vierteljährlich und jährlich vom Statistischen Bundesamt nach europaweit harmonisierten Regeln ermittelt. Aufgrund der frühen Rechentermine stehen viele notwendige Basisdaten nicht rechtzeitig zum ersten Veröffentlichungstermin zur Verfügung. Stattdessen beruht die Erstveröffentlichung noch zu einem erheblichen Teil auf Indikatoren und Schätzungen. Fehlende Angaben werden zunächst (hinzu)geschätzt oder fortgeschrieben. Die Datenbasis wird später durch zusätzliche Statistiken verbessert, die sukzessive in die Berechnungen eingehen. Erst nach rund vier Jahren liegen nahezu alle notwendigen Basisstatistiken vollständig vor und die Daten gelten als „endgültig“.

Das BIP und andere Standardgrößen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) bilden einen wichtigen Teil des materiellen Wohlstands ab, nämlich die überwiegend am Markt erwirtschafteten Einkommen und ihre Verwendung. Allerdings ist das BIP nicht als Wohlfahrtsindikator geeignet, da eine Betrachtung des materiellen Wohlstands nicht ausreicht, um Wohlfahrt und Lebensqualität umfassend zu berechnen. Dazu bedarf es weiterer Indikatoren, zum Beispiel zur unentgeltlichen Arbeit in privaten Haushalten, die bei der Berechnung des BIP unberücksichtigt bleiben. Auch die Verteilung von Einkommen (und Vermögen) auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen wird vom BIP nicht abgebildet.

Auch ist das BIP eine reine, in der Regel auf den Zeitraum eines Quartals oder eines Jahres bezogene Stromgröße. Die Veränderung von Bestandsgrößen wird nicht erfasst – mit Ausnahme des Kapitalstocks durch die Berechnung von Investitionen und Abschreibungen. Wirtschaftliche zentrale Größen wie Bestände und Qualitäten des Humankapitals (etwa Bildung, Gesundheit), des Sozialkapitals (etwa Sicherheit, Integration) und des Naturkapitals (etwa Ressourcen, Ökosysteme) bleiben ausgeblendet. Aussagen, ob das BIP und sein Wachstum zur Kapitalerhaltung in einem umfassenden Sinn gedient haben, sind damit unmöglich. Damit kann das BIP keine Aussagen zur Nachhaltigkeit des durch ihn abgebildeten wirtschaftlichen Wachstums machen.

Zwischen 1991 und 2015 hat sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner preisbereinigt um insgesamt 34,1 % erhöht. Nach einem kräftigen Wachstum von durchschnittlich 2,9 % im Zeitraum 2005 bis 2008 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist das BIP je Einwohner im Jahr 2009 in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gegenüber dem Vorjahr um 5,3 % auf 30 800 Euro gesunken. Danach erholte sich die wirtschaftliche Leistung wieder und das BIP überstieg 2011 mit durchschnittlich 33 300 Euro je Einwohner wieder das Niveau von 2008. Zwischen 2011 und 2013 stagnierte das BIP je Einwohner nahezu. Im Jahr 2014 erhöhte es sich wieder um 1,2 % und erreichte nach einem Anstieg von 0,9 % im Jahr 2015 einen Wert von 34 200 Euro je Einwohner. Wird folglich die Entwicklung der letzten fünf Jahre betrachtet, so hat sich der Indikator in eine positive Richtung entwickelt.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

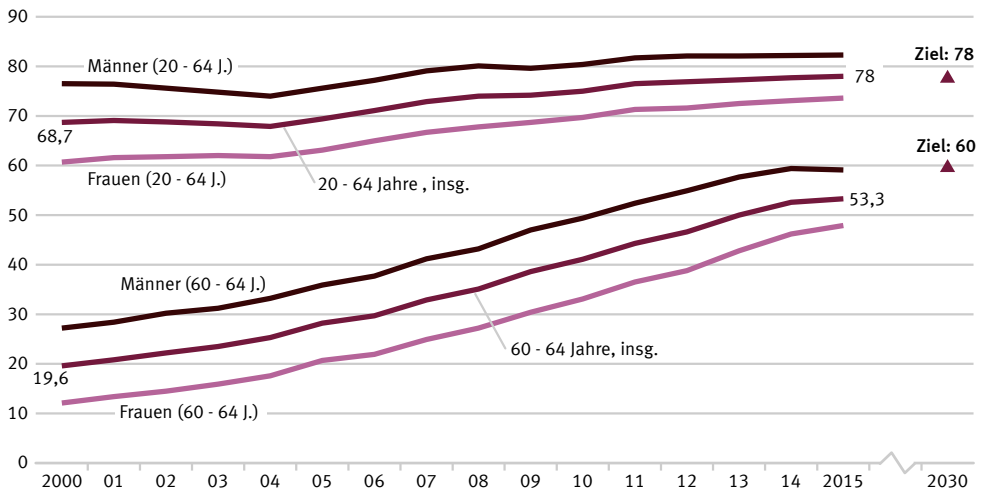
Beschäftigung – Beschäftigungsniveau steigern

8.5.a, b Erwerbstätigenquote

a) Insgesamt (20 – 64 Jahre) ☀️ b) Ältere (60 – 64 Jahre) ☀️

Erwerbstätige

Anteile an der Bevölkerung gleichen Alters, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat

Definition der Indikatoren

Die Indikatoren geben die Anteile der Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren (8.5.a) und im Alter zwischen 60 und 64 Jahren (8.5.b) jeweils gemessen an der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse an.

Ziele und Intention der Indikatoren

Aufgrund des demografischen Wandels kann es langfristig zu einem Mangel an Fachkräften in Deutschland kommen. Gleichzeitig droht eine zunehmende Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale sind daher künftig besser auszus schöpfen. Die Erwerbstätigenquote, das heißt der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20- bis 64-Jährige), soll bis zum Jahr 2030 auf 78 % erhöht werden. Außerdem ist es das Ziel der Bundesregierung, dass bis 2030 die Erwerbstätigenquote der Älteren (60- bis 64-Jährige) 60 % beträgt.



Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Datenquelle der Indikatoren ist die EU-Arbeitskräfteerhebung, die in Deutschland in den Mikrozensus integriert ist. Die Arbeitskräfteerhebung findet unterjährig statt und wird von Eurostat zunächst zu Quartalsergebnissen zusammengefasst und anschließend zu Jahresdurchschnittswerten verdichtet. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch Personen in Gemeinschaftsunterkünften aus. Die erwerbstätige Bevölkerung besteht aus Personen ab 15 Jahren, die während der Referenzwoche mindestens eine Stunde eine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend, zum Beispiel wegen Urlaub oder Krankheit, abwesend waren.

Seit dem Berichtsjahr 2005 werden für die Erwerbstätigenquote Jahresdurchschnittsergebnisse verwendet. In den Jahren davor wurde die Berechnung auf eine repräsentative Berichtswoche pro Jahr basiert. Ab 2011 erfolgten eine Neugestaltung der Frageführung zur besseren Erfassung der Erwerbstätigkeit, sowie die Anpassung des Hochrechnungsfaktors anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Die Ergebnisse sind daher mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Indikatoren geben keinen Aufschluss darüber, wie hoch die Anteile der Vollzeit- beziehungsweise Teilzeiterwerbstätigen sind. Da die Anzahl der Erwerbstätigen durch die Bevölkerung geteilt wird, bleibt bei einem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen offen, ob beispielsweise eine Vollzeitstelle in zwei Teilzeitstellen aufgeteilt wurde oder ob neben der bestehenden (Vollzeit-)Stelle eine weitere (Vollzeit-)Stelle geschaffen wurde.

Die Erwerbstätigenquote insgesamt stieg von 68,7 % im Jahr 2000 um 9,3 Prozentpunkte auf 78,0 % im Jahr 2015, sodass der Zielwert von 78,0 % für 2030 bereits jetzt erreicht ist.

Die Erwerbstätigenquote bei den Älteren nahm von 19,6 % im Jahr 2000 um 33,7 Prozentpunkte auf 53,3 % im Jahr 2015 zu. Die Quote der Männer in dieser Altersgruppe hat sich dabei um 31,9 Prozentpunkte auf 59,1 % mehr als verdoppelt, die der Frauen vervierfachte sich hingegen beinahe: um 35,8 Prozentpunkte auf 47,9 %. Bei einer Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung kann das Ziel von 60 % im Jahr 2030 voraussichtlich erreicht werden.

Die Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern entwickelten sich seit 2000 in dieselbe Richtung, jedoch in unterschiedlichem Umfang. Die Quote stieg bei den Männern im betrachteten Zeitraum um 5,8 Prozentpunkte auf 82,3 %, bei den Frauen dagegen um 12,9 Prozentpunkte auf 73,6 % und damit deutlich stärker, aber auch von einem niedrigeren Niveau aus. Bei einer Bewertung des Anstiegs der Erwerbstätigenquote der Frauen ist zu berücksichtigen, dass die Erhöhung der Quote mit einer deutlichen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung (+ 2,6 Millionen) einherging, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen nur um 0,14 Millionen anstieg.

Bei einer Differenzierung der Erwerbstätigenquote nach Altersgruppen zeigen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen. Bei der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen verminderte sich die Quote von 2000 bis 2015 um 1,2 Prozentpunkte auf 63,6 %. Dies hängt auch damit zusammen, dass sich mit zunehmenden Qualifikationsanforderungen die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in Schule und Universität verlängern und sich dadurch der Eintritt in das Berufsleben verschiebt. Bei den 25- bis 59-Jährigen ist hingegen ein Anstieg auf 82,8 % (+ 6,6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2000) bis zum Jahr 2015 zu beobachten.

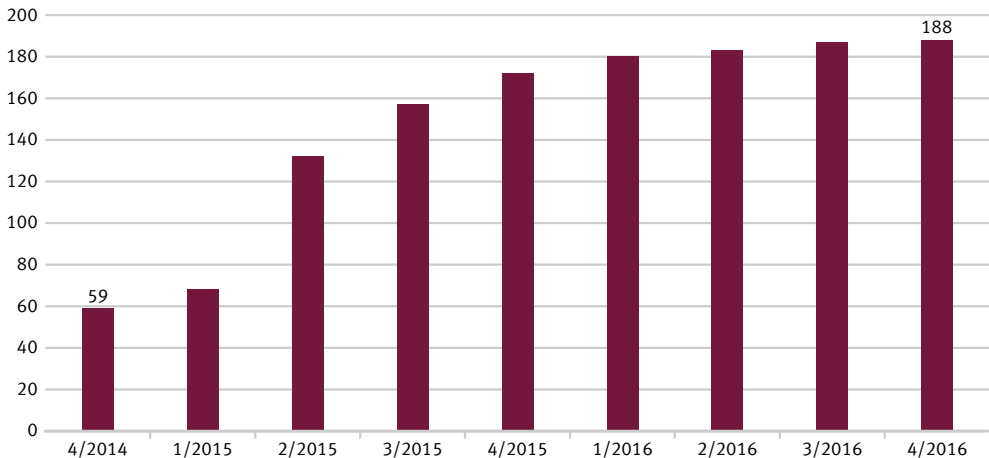
8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Globale Lieferketten – *Menschenwürdige Arbeit weltweit ermöglichen*

8.6 Anzahl der Mitglieder des Textilbündnisses

Bündnis für nachhaltige Textilien

Anzahl der Mitglieder



Quelle: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Anzahl der Mitglieder des Bündnisses für nachhaltige Textilien (Textilbündnis), die soziale und ökologische Bündnisstandards in ihrer gesamten Lieferkette nachweislich einhalten und darüber berichten.

Ziel und Intention des Indikators

Die Multi-Stakeholder-Initiative „Bündnis für nachhaltige Textilien“ wurde 2014 gegründet. Das Textilbündnis strebt an, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Produktionsländern zu verbessern. Daher soll die Anzahl der Mitglieder des Textilbündnisses, die Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen und Einhaltung der sozialen und ökologischen Bündnisstandards in ihrer gesamten Lieferkette nachweislich einführen und darüber berichten, signifikant gesteigert werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Aufbauend auf gemeinsam definierten Bündnisstandards verpflichtet sich jedes Mitglied mit dem Beitritt zum Textilbündnis Maßnahmen für eine kontinuierliche Verbesserung umzusetzen. Hierfür erarbeiten alle Mitglieder individuelle Umsetzungspläne (Roadmaps) bis Ende Januar 2017. Im Frühjahr 2017 erfolgt eine Plausibilitätsprüfung (logischer Abgleich) der Roadmaps durch eine unabhängige Instanz. Ab 2018 müssen die Roadmaps der Mitglieder veröffentlicht werden.

Derzeit bildet der Indikator die Anzahl der Mitglieder des Textilbündnisses ab – unabhängig davon, inwieweit sie die Bündnisstandards bereits einhalten. Als Multi-Stakeholder-Initiative gehören dem Textilbündnis neben Unternehmen auch Verbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Standardorganisationen und die Bundesministerien für Arbeit und Soziales (BMAS), Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an.

In seinem Gründungsjahr 2014 sind dem Textilbündnis 59 Mitglieder beigetreten. Bis zum Oktober 2016 stieg die Anzahl der Mitglieder um 129 auf insgesamt 188 Mitglieder an.

Zusätzlich zu der Anzahl der Mitglieder können die Einzelhandelsumsätze von Mitgliedsunternehmen des Textilbündnisses im Bereich Bekleidung, Textilien (ohne Teppiche) sowie Vorhänge und Gardinen erfasst werden. Einzelhandelsumsätze durch Nicht-Mitglieder des Textilbündnisses mit Waren, die in einem vorgelagerten Schritt der Wertschöpfungskette Mitgliedern des Bündnisses zugerechnet werden, werden dabei naturgemäß nicht berücksichtigt.

Datengrundlage dazu bildet eine Unternehmensregisterauswertung des Statistischen Bundesamtes. Darauf aufbauend wurde der Einzelhandelsumsatz jedes Mitgliedunternehmens mit dem für den jeweiligen Wirtschaftszweig typischen Anteil der oben genannten Warengruppen Bekleidung, Textilien (ohne Teppiche) sowie Vorhänge und Gardinen erhoben.

Im Jahr 2014 betrug der Einzelhandelsumsatz der 22 Unternehmen, die im Gründungsjahr des Textilbündnisses Mitglied wurden, mit den oben genannten Warengruppen rund 53 Millionen Euro. Bis zum Juli 2016 ist die Anzahl der Mitgliedsunternehmen um 105 auf 127 angestiegen. Werden diese 127 Unternehmen betrachtet, so erwirtschafteten sie im Jahr 2014 knapp 11 Milliarden Euro Umsatz mit den Warengruppen Bekleidung, Textilien (ohne Teppiche) sowie Vorhänge und Gardinen.

Eine detailliert abgegrenzte Auswertung nach Warengruppen kann derzeit nicht für die anderen Schritte der Wertschöpfungskette, insbesondere die Produktion, vorgenommen werden. Hier können die Unternehmen lediglich mit ihrem gesamten Umsatz jeweils einem Schwerpunkt zugerechnet werden. Die Unternehmen, die bis Juli 2016 ihren Bündnisbeitritt erklärt haben und der „Herstellung von Textilien“ zugeordnet werden, erwirtschafteten im Jahr 2014 einen Umsatz von rund 160 Millionen Euro. Deutlich höher war der Umsatz derjenigen Unternehmen, die überwiegend im Bereich „Herstellung von Bekleidung (ohne Pelzbekleidung) und Bekleidung aus gewirktem und gestricktem Stoff“ tätig waren. Sie erzielten im Jahr 2014 einen Umsatz von rund 1,8 Milliarden Euro.

9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR

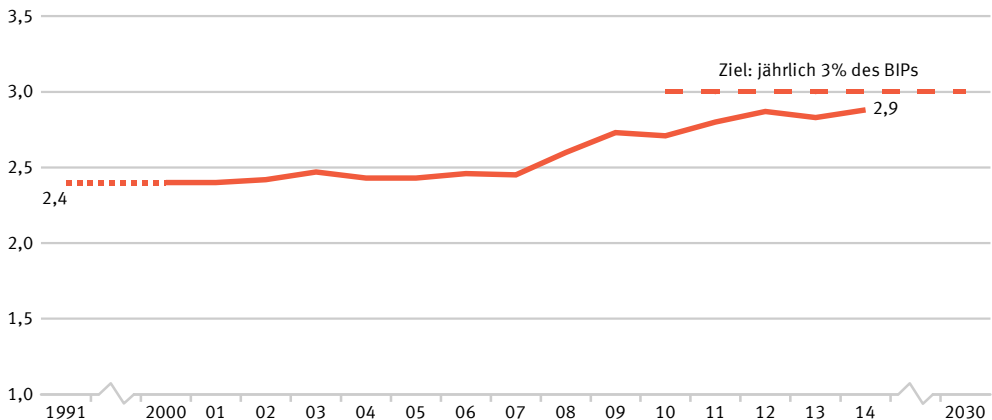
Innovation – Zukunft mit neuen Lösungen gestalten

9.1 Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung



Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Ausgaben in % des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Hochschulen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Ziel und Intention des Indikators

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sind eine wichtige, wenn auch nicht die alleinige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft. Je höher die Ausgaben sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Ziel der Bundesregierung ist daher, dass der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2030 jährlich mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beträgt.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Forschung und Entwicklung sind wissenschaftliche Tätigkeiten und werden definiert als kreative und systematische Tätigkeiten mit dem Ziel der Erweiterung des Wissensstands – einschließlich des Wissens über die Menschheit, Kultur und Gesellschaft – sowie des Entwurfs neuer Anwendungsmöglichkeiten für vorhandenes Wissen. Um Forschung und Entwicklung gegenüber verwandten Tätigkeiten abzugrenzen, wird als Hauptkriterium geprüft, ob ein nennenswertes Weiterentwicklungselement vorhanden ist.

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wird jährlich vom Statistischen Bundesamt ermittelt. Die gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung setzen sich aus den Ausgaben der Sektoren Staat, Hochschulen und Wirtschaft zusammen. Die Erhebungen und Berechnungen folgen den methodischen Empfehlungen des Frascati-Handbuchs der OECD zu Statistiken über Forschung und Entwicklung, wodurch die räumliche Vergleichbarkeit auch international sichergestellt ist.

Im Jahr 2014 lagen die gesamten FuE-Ausgaben in Deutschland bei 84,5 Milliarden Euro. Dies entsprach einem Anteil von 2,9 % am Bruttoinlandsprodukt. Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil in Deutschland um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. In den 1990er Jahren war er zunächst zurückgegangen und überstieg nach einem Tiefpunkt in 1994/95 erst wieder 2002 das Niveau von 1991. Das ursprünglich für 2010 anvisierte Ziel – 3 % Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt – war zu diesem Zeitpunkt nicht erreicht worden, der Anteil lag bei 2,7 %. Auch im Jahr 2014 lag der Anteil noch 0,1 Prozentpunkte unter der jährlichen Zielvorgabe. Bei Fortsetzung der Entwicklung der letzten fünf Jahre ist erst in den nächsten Jahren ein Erreichen der Zielmarke möglich.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland vor den USA mit 2,7 % (2013) und der EU-28-Region mit nur 1,9 %. Japan hingegen liegt mit einem Anteil von 3,5 % deutlich vor Deutschland.

Im Jahr 2014 entfiel der weitaus größte Teil der FuE-Ausgaben mit rund 67 % auf die Wirtschaft, 18 % gaben die Hochschulen aus, weitere 15 % staatliche und private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck. Das Personal in Forschung und Entwicklung umfasste dabei rund 605 000 Vollzeitäquivalente, wobei jeweils nur der im Bereich Forschung und Entwicklung geleistete Anteil der Arbeitszeit berücksichtigt wird. Das Personal ist zu 61 % der Wirtschaft, zu 22 % den Hochschulen und zu 17 % den staatlichen und privaten Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck zuzurechnen.

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN

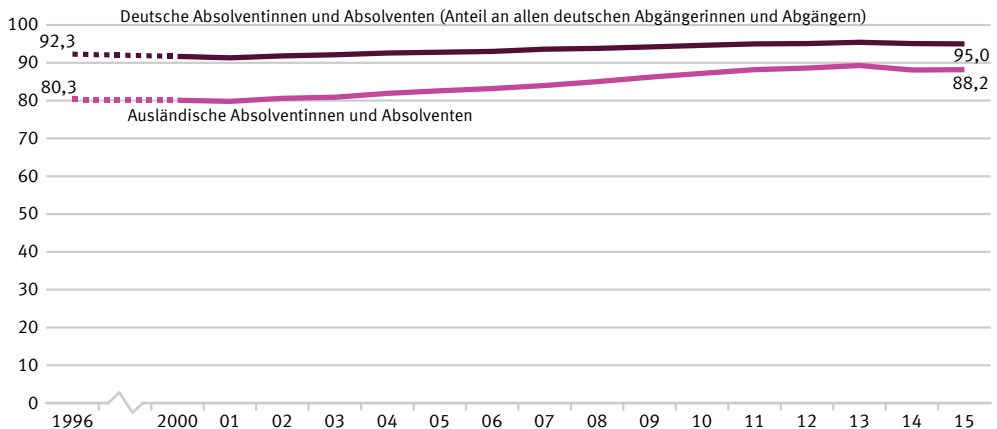
Gleiche Bildungschancen – *Schulische Bildungserfolge von Ausländern in Deutschland*

10.1 Ausländische Schulabsolventinnen und -absolventen



Ausländische Schulabsolventinnen und -absolventen

Anteil an allen ausländischen Abgängerinnen und Abgängern eines Jahres, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt den Anteil ausländischer Schulabsolventinnen und -absolventen in Prozent aller ausländischen Schulabgängerinnen und -abgänger eines Jahrgangs. Als Absolventinnen und Absolventen gelten hierbei Personen, die die allgemeinbildenden Schulen mit mindestens einem Hauptschulabschluss verlassen.

Ziele und Intention des Indikators

Die Integration der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration ist eine ausreichende schulische Qualifizierung, die berufliche Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Ziel der Bundesregierung ist es daher, bis zum Jahr 2030 den Anteil ausländischer Schulabsolventinnen und -absolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, zu erhöhen und den Anteil an die Quote deutscher Schulabsolventinnen und -absolventen anzugleichen.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Datengrundlage des Indikators bilden die Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer. Dabei handelt es sich in der Regel um Totalerhebungen mit Auskunftspflicht. Ihre Zusammenfassung zum Bundesergebnis erfolgt durch das Statistische Bundesamt auf Grundlage des von der Kultusministerkonferenz erstellten Schulartenkatalogs.

Der Erhebungsstichtag ist in der Regel vier Wochen nach dem Beginn des auf den Erhebungszeitraum folgenden Schuljahres. Aufgrund der unterschiedlichen Ferienordnungen in den einzelnen Bundesländern weichen die Erhebungsstichtage der Länder voneinander ab.

Die Aggregierbarkeit der Länderergebnisse zum Bundesergebnis wird durch die unterschiedliche Bildungspolitik der Länder, zum Beispiel bei Versetzungsregeln oder der Einrichtungen von Bildungsgängen im Bereich der beruflichen Schulen beeinträchtigt. Dies kann auch durch formale Regelungen der jeweiligen Zuordnungen nur zum Teil kompensiert werden.

Im Jahr 2015 lag der Anteil der ausländischen Schulabsolventinnen und -absolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht haben, gemessen an allen ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern, bei 88,2 %. Damit hat sich der Anteil gegenüber 1996 um 7,9 Prozentpunkte erhöht. Betrachtet man die geschlechterspezifischen Anteile, so lag der Anteil der ausländischen Absolventinnen an allen ausländischen Abgängerinnen bei 90,3 %, während der Anteil der Absolventen an allen ausländischen Abgängern mit 86,2 % etwas geringer ausfiel.

Der Anteil deutscher Schulabsolventinnen und -absolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erlangt haben, gemessen an allen deutschen Schulabgängerinnen und -abgängern, lag zuletzt bei 95,0 % und ist somit gegenüber 1996 mit 92,3 % weiterhin angestiegen. Infolgedessen hat sich der Abstand zwischen dem Anteil ausländischer Schulabsolventinnen und -absolventen gegenüber den deutschen Schulabsolventinnen und -absolventen nur von 12,0 Prozentpunkten im Jahr 1996 auf 6,8 Prozentpunkte im Jahr 2015 verringert. Ohne diesen Anstieg bei den deutschen Absolventinnen und Absolventen wäre dieser Abstand mit 4,1 Prozentpunkten bereits deutlich geringer.

Betrachtet man die erreichten Abschlüsse, so lässt sich feststellen, dass knapp 32,7 % der ausländischen Schulabsolventinnen und -absolventen allgemeinbildender Schulen des Jahrgangs 2015 einen Hauptschulabschluss erwarben, 49,8 % beendeten die Schule mit einem mittleren Abschluss und 17,5 % erreichten die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife. Bei den deutschen Schulabsolventinnen und -absolventen lagen die entsprechenden Zahlen bei 16,1 %, die einen Hauptschulabschluss erwarben, 46,0 %, die die Schule mit einem mittleren Abschluss beendeten und 37,9 %, die die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife erreichten. Insbesondere bei den höheren Bildungsabschlüssen sind demnach die ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu den deutschen deutlich unterrepräsentiert.

Weitere Informationen zum Thema Schulabsolventinnen und -absolventen bietet auch der Indikator 4.1.a „Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger“.

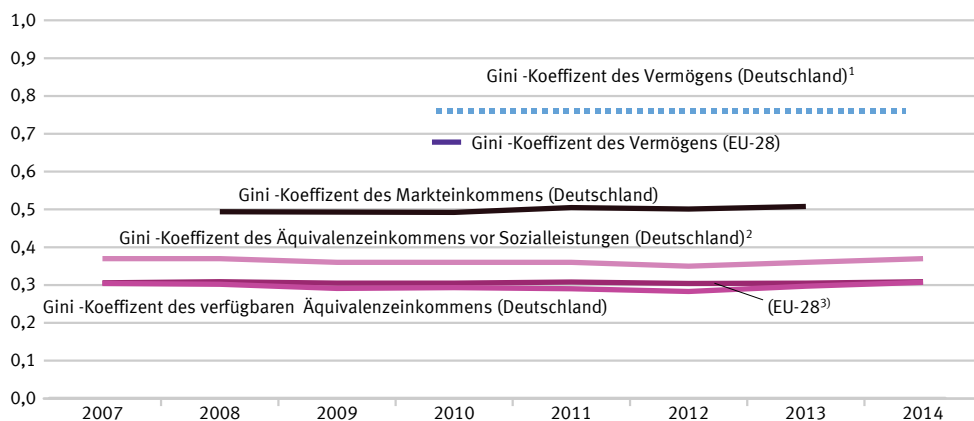
10 WENIGER UNGLEICHHEITEN

Verteilungsgerechtigkeit – Zu große Ungleichheit innerhalb Deutschlands verhindern

10.2 Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung



Verfügbares Äquivalenzeinkommen (Gini-Koeffizient)



1 Zwischenjahre wurden interpoliert.

2 Renten nicht in den Sozialleistungen eingeschlossen.

3 Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens: bis 2009 EU-27, ab 2010 EU-28.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat, Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Definition des Indikators

Der Indikator stellt die Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens pro Person mittels Gini-Koeffizienten dar.

Ziel und Intention des Indikators

Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung ist ein grundsätzlich akzeptierter Bestandteil einer dynamischen Marktwirtschaft. Allerdings muss die Einkommens- und Vermögensspreizung moderat und die soziale Teilhabe aller gewährleistet bleiben. Durch entsprechende Rahmenbedingungen sowie zielgerichtete Umverteilung von Einkommen mittels Steuern und Sozialleistungen soll erreicht werden, dass der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens unterhalb des EU-Durchschnittes liegt.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Ungleichverteilungsmaß. Er nimmt einen Wert zwischen 0 und 1 an. Dabei bedeutet der Wert 0, dass jede Person über exakt das gleiche Einkommen verfügt, während der Wert 1 dafür steht, dass nur eine einzige Person das gesamte Einkommen erhält, und somit die Situation mit maximaler Ungleichverteilung angibt.

Das Äquivalenzeinkommen ist ein Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Mithilfe einer Äquivalenzskala werden die Einkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet, da durch die gemeinsame Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten Einspareffekte auftreten. Somit wird ein Vergleich der Einkommen unabhängig von Haushaltsgröße oder Alter der Haushaltsmitglieder ermöglicht, da das Äquivalenzeinkommen jedem Haushaltsmitglied in gleicher Höhe zugeordnet wird. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ist das Einkommen einschließlich Sozialtransfers eines Haushalts nach Steuern und anderen Abzügen, und somit das Einkommen, das für Ausgaben und Sparen zur Verfügung steht. Abzugsgrenzen davon ist das Äquivalenzeinkommen vor Sozialleistungen, bei dem das verfügbare Einkommen ohne eventuelle Sozialtransfers (zum Beispiel Arbeitslosengeld, Wohnbeihilfe) betrachtet wird, und das Markteinkommen, das sich vor Steuern, Sozialabgaben und Sozialleistungen errechnet.

Die Ausgangsdaten zum Äquivalenzeinkommen stammen aus der europaweit harmonisierten jährlichen Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), die Angaben zur Vermögensverteilung aus dem von der Europäischen Zentralbank unregelmäßig durchgeführten „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS). Dabei wird methodisch kompensiert, dass in freiwilligen Stichprobenerhebungen Haushalte mit hohem Einkommen beziehungsweise großem Vermögen unterrepräsentiert sind. Somit sind sowohl für Einkommen als auch für Vermögen die Werte für Deutschland mit denen für Europa beziehungsweise die Eurozone methodisch vergleichbar. Darüber hinaus liegen keine vergleichbaren, methodisch harmonisierten und gesicherten internationalen Vergleichswerte vor. Da aus EU-SILC noch kein Gini-Koeffizient für das Markteinkommen berechnet wird, wird hierfür auf die Angaben aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zurückgegriffen.

Der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens liegt im Jahr 2014 mit 0,31 klar unter dem Gini-Koeffizienten des Äquivalenzeinkommens vor Sozialleistungen ohne Renten (0,37). Erwartungsgemäß lag der Gini-Koeffizient des Markteinkommens mit 0,51 (2013) höher.

Grundsätzlich tragen in Deutschland also Sozialleistungen, Sozialversicherungen und Steuern erheblich zum Abbau von Ungleichheiten beim verfügbaren Einkommen bei. Allerdings ist das verfügbare Äquivalenzeinkommen in Deutschland dennoch nicht messbar gleichmäßiger verteilt als im europäischen Durchschnitt (EU-28). So entspricht der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens für Deutschland nahezu dem Wert für die Europäische Union (0,31). Auch in den vergangenen Jahren waren die ausgewiesenen Unterschiede zwischen den Gini-Koeffizienten des verfügbaren Äquivalenzeinkommens für Deutschland und Europa eher gering und deuten nicht auf signifikante Unterschiede in der Einkommensverteilung hin.

Vermögen sind mit Blick auf den entsprechenden Gini-Koeffizienten (0,76 im Jahr 2014) in Deutschland wesentlich ungleicher als die Einkommen verteilt. Dabei zeigt sich auch im Zeitablauf kaum eine Veränderung (2010: 0,76). Der Abstand zum europäischen Vergleichswert (Eurozone 0,68 im Jahr 2010) ist deutlich. Allerdings relativieren einige durch den Gini-Koeffizienten nicht abgedeckte Faktoren den Eindruck einer überdurchschnittlich hohen Vermögensungleichheit. So werden bei der Bewertung des Vermögens zukünftige Renten- und Pensionsansprüche nicht mit berücksichtigt. Zudem leben Menschen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wegen des stärker ausgeprägten Mieterschutzes häufiger zur Miete als in der eigenen Immobilie.

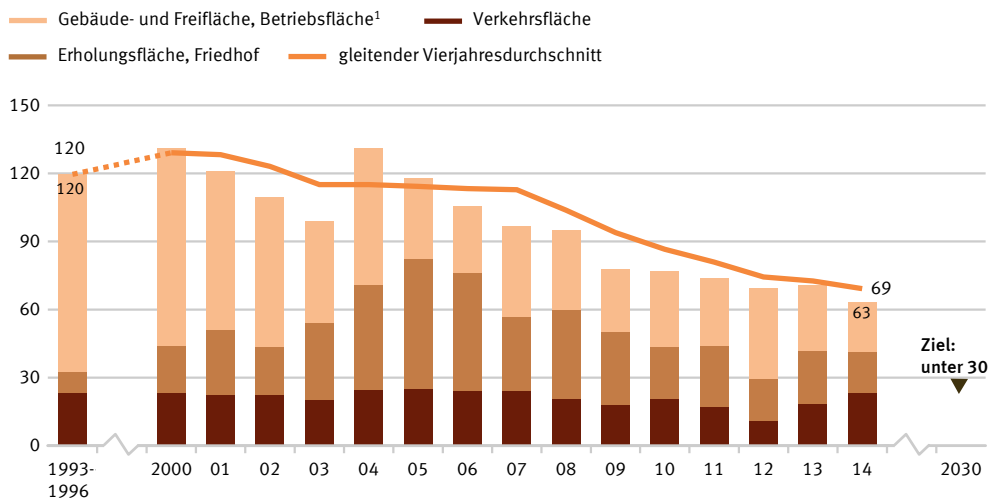
11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung

11.1.a Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche



Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Tag



1 Ohne Abbauland.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt den durchschnittlichen täglichen Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Ziel und Intention des Indikators

Fläche ist eine begrenzte Ressource. Um ihre Nutzung konkurrieren beispielsweise Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung. Die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke soll bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag begrenzt werden



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Siedlungs- und Verkehrsfläche ist nicht gleichzusetzen mit versiegelter Fläche. Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche zählen die Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauand, Verkehrsfläche, Erholungsfläche und Friedhöfe. Der Indikator stellt dabei nicht auf die versiegelte Fläche ab, sondern erfasst auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen wie Gärten, Hofflächen und Verkehrsbegleitgrün sowie Freiflächen wie Parks und Grünanlagen, Kleingärten, Gartenland innerhalb von Ortslagen, Sport- und Freizeitanlagen, Campingplätze sowie Friedhöfe. Nach Berechnungen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder wird der Versiegelungsanteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Länderdurchschnitt auf gut 45 % geschätzt (2013).

Die Datenquelle des Indikators ist die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in den amtlichen Liegenschaftskatastern der Länder. Bedingt durch methodische Umstellungen der amtlichen Liegenschaftskataster ist es in den vergangenen Jahren vermehrt zur Neuordnung von Flächen gekommen, denen keine realen Nutzungsänderungen zu Grunde lagen. Um die hieraus resultierende Verzerrung partiell auszugleichen, wird für die Beurteilung der Entwicklung ein gleitender Durchschnitt jeweils aus den vier zurückliegenden angegebenen Jahren gebildet.

In den Jahren 1992 bis 2014 wurden 8 590 Quadratkilometer Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Somit erhöhte sich gegenüber 1992 die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 21,3 %; dabei stieg die Siedlungsfläche um 29,2 % und die Verkehrsfläche um 9,9 %.

In den letzten Jahren hat sich dieser Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche erkennbar abgeschwächt. 2014 lag der gleitende Vierjahresdurchschnitt für neu in Anspruch genommene Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bei 69 Hektar pro Tag, im Vergleich zu 120 Hektar pro Tag zu Beginn der Zeitreihe. Bei Fortsetzung der durchschnittlichen Entwicklung der letzten fünf Jahre würde das ursprünglich vorgegebene Ziel von 30 Hektar je Tag, das bereits im Jahr 2020 erreicht werden sollte, im Jahr 2030 erreicht.

Die Entwicklung der Siedlungsfläche wurde in den Jahren 2005 bis 2009 vorübergehend durch hohe Zuwächse in der Nutzungskategorie „Erholungsfläche, Friedhof“ dominiert. Dies spiegelt in diesem Ausmaß keine realen Änderungen in der Landschaft wieder und ist unter anderem auf die bereits genannten Umstellungen im Liegenschaftskataster zurückzuführen. Im Jahr 2014 betrug der Anteil der Erholungsflächen und Friedhöfe an der Siedlungs- und Verkehrsfläche 9,8 %. Seit 2012 steigen dagegen die Zuwächse der Verkehrsfläche wieder deutlich an.

Insgesamt machte die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Jahr 2014 mit 48 895 Quadratkilometer rund 13,7 % der gesamten Fläche Deutschlands aus. Die größten Flächenarten in Deutschland sind mit 184 607 Quadratkilometer die Landwirtschaftsfläche (51,7 %) gefolgt von der Waldfläche mit 109 306 Quadratkilometer (30,6 %). Im Vergleichszeitraum 1992 bis 2014 hat sich der Anteil der Waldfläche um 4 770 Quadratkilometer erhöht, während die Landwirtschaftsfläche um 10 505 Quadratkilometer zurückgegangen ist. Somit ist davon auszugehen, dass der Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Wesentlichen zu Lasten von Landwirtschaftsflächen erfolgte.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

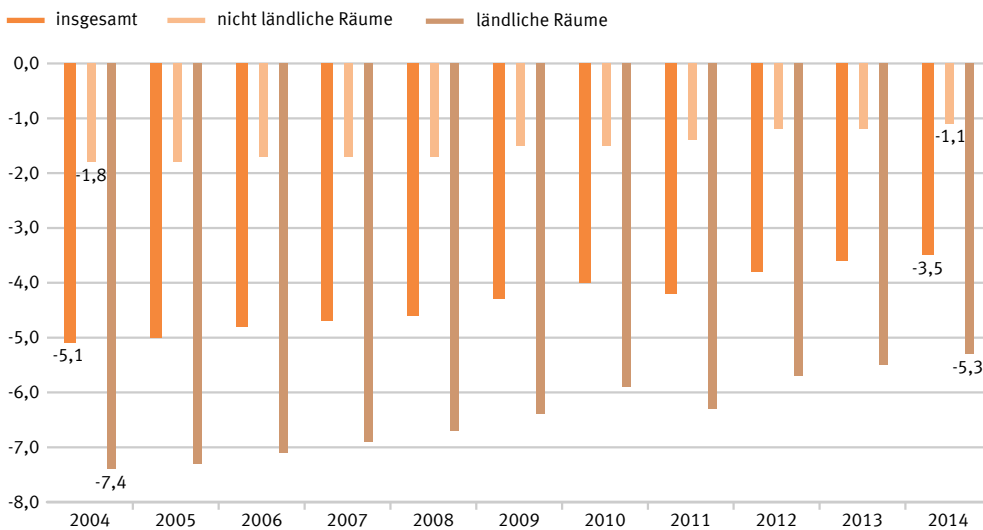
Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung

11.1.b Freiraumverlust



Veränderung der Freiraumfläche je Einwohner

Gleitender Vierjahresdurchschnitt in Quadratmetern pro Jahr



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Definition des Indikators

Der Indikator stellt als gleitender Vierjahresdurchschnitt die jährliche Veränderung der Freiraumfläche in Quadratmetern je Einwohner dar.

Ziel und Intention des Indikators

Freiraumflächen sollen für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung, als Kultur- und Naturlandschaften sowie als Erholungsräume erhalten bleiben. Daher soll der Rückgang der Freiraumflächen je Einwohner reduziert werden. Vermindert sich der Freiraumverlust, so gibt das Hinweise auf einen Erfolg von Maßnahmen, die die Innenentwicklung stärken und so Agrar-, Wald- und Gewässerflächen für die Land- und Forstwirtschaft, den Naturschutz sowie für die Erholung der Bevölkerung schonen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Als Freiraumflächen werden die Landwirtschafts-, Wald-, Abbau- und Haldenflächen sowie Wasserflächen in Form von fließenden und stehenden Gewässern bezeichnet. Es sind somit alle Flächen, die nicht zur Kategorie der Siedlungs- und Verkehrsflächen zählen. Freiraumflächen sind abzugrenzen von Freiflächen und Siedlungsfreiflächen, wie beispielsweise Friedhöfen, Gärten, Parks, Grünanlagen oder Wildgehegen, die zwar unbebaut sind, aber zur Siedlungs- und Verkehrsfläche zählen. Der Indikator Freiraumverlust korrespondiert mit den Indikatoren 11.1.a „Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsflächen“ (in Hektar pro Tag) und 11.1.c „Siedlungsdichte“.

Datengrundlagen des Indikators sind die Bevölkerungszahlen und die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung des Statistischen Bundesamtes. Da zur Berechnung Bevölkerungsdaten auf regionaler Ebene herangezogen werden, gab es durch den Zensus 2011 einen Sprung in den Zeitreihen. Daneben kam es bedingt durch methodische Umstellungen der amtlichen Liegenschaftskataster in den Bundesländern in den vergangenen Jahren vermehrt zur Neuordnung von Flächen. Um diese Effekte zu glätten und den langfristigen Trend erkennbar herauszustellen, wird ein gleitender Vierjahresdurchschnitt abgebildet, der jeweils die vier zurückliegenden Jahre mittelt.

Die Unterscheidung zwischen „ländlich“ und „nicht ländlich“ basiert auf einer Typisierung des Thünen-Instituts. Diese ordnet Landkreisen und kreisfreien Städten – auf Basis von räumlichen Merkmalen wie „Siedlungsdichte“, „Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche“ und „Lage zu den Zentren“ – einen Grad an „Ländlichkeit“ zu.

Im betrachteten Zeitraum verringerte sich der Freiraumverlust pro Kopf im Bundesdurchschnitt. Waren es im gleitenden Vierjahresmittel 2004 noch rund fünf Quadratmeter je Einwohner und Jahr, so sind es im aktuellen Mittel 2014 nur noch etwa 3,5 Quadratmeter. Bei gleicher Tendenz zeigen sich zwischen ländlichen und nicht ländlichen Kreistypen deutliche Unterschiede im Umfang der Veränderung. So reduzierte sich der Freiraumverlust in ländlichen Kreistypen je Einwohner und Jahr von gut sieben auf etwas über fünf Quadratmeter. In den nicht ländlichen Kreistypen ging er von knapp zwei auf rund einen Quadratmeter zurück. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es in nicht ländlichen Kreisen und kreisfreien Städten erheblich weniger Freiräumflächen wie Wälder oder Landwirtschaftsflächen gibt als in ländlichen Räumen. Zudem verläuft die Bevölkerungsentwicklung unterschiedlich und wirkt sich entsprechend auf den Indikator aus: während ländliche Regionen im betrachteten Zeitraum überwiegend einen Rückgang der Bevölkerung verzeichneten, stieg die Einwohnerzahl in nicht ländlichen Regionen insgesamt etwas an.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

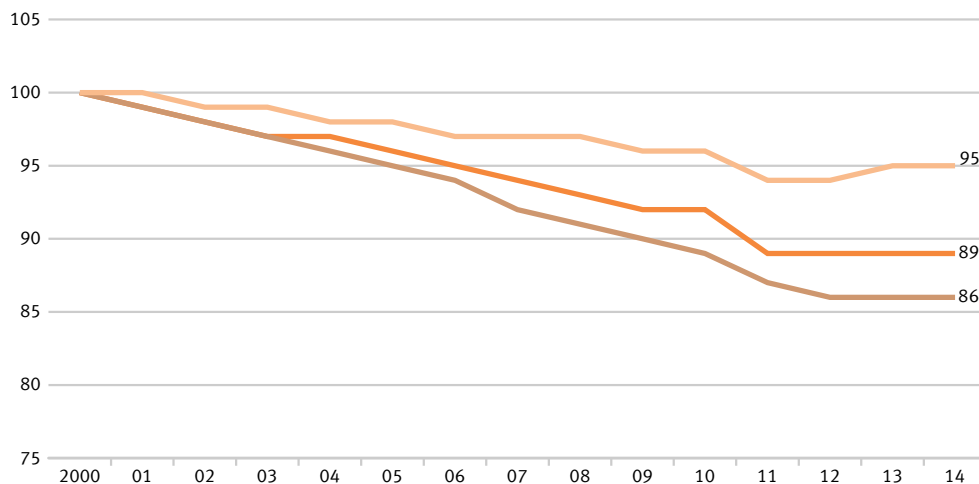
Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung

11.1.c Siedlungsdichte



Einwohner je Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche
Index 2000 = 100

insgesamt nicht ländliche Räume ländliche Räume



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Anzahl der Einwohner je Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Ziel und Intention des Indikators

Der Indikator „Siedlungsdichte“ gibt Hinweise auf die Effizienz der Siedlungsflächennutzung. Ziel der Bundesregierung ist es, durch flächensparende Maßnahmen beim Neubau und bei der Innenentwicklung wie der Reduzierung von Wohnungs- und Gewerbeleerstand sowie Nachverdichtungen und Erhöhung der Baudichte der Verringerung der Siedlungsdichte entgegenzuwirken.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Datengrundlagen des Indikators sind die Bevölkerungszahlen und die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung des Statistischen Bundesamtes. Bei den Bevölkerungsdaten ergab sich durch den Zensus 2011 ein Sprung in den Zeitreihen, weshalb Vergleiche nur bis zum Jahr 2010 und ab dem Jahr 2011 sinnvoll zu interpretieren sind.



Die Unterscheidung zwischen „ländlich“ und „nicht ländlich“ basiert auf einer Typisierung des Thünen-Instituts. Diese ordnet Landkreisen und kreisfreien Städten – auf Basis von räumlichen Merkmalen wie „Siedlungsdichte“, „Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche“ und „Lage zu den Zentren“ – einen Grad an „Ländlichkeit“ zu.

Bei der Siedlungsdichte werden im Gegensatz zur Bevölkerungsdichte die Einwohner allein auf die Siedlungs- und Verkehrsflächen bezogen. Zur Siedlungsfläche zählen dabei neben den Wohnbauflächen auch die Flächen besonderer funktionaler Prägung (beispielsweise Krankenhäuser oder Schulen), Industrie- und Gewerbeflächen und Flächen mit gemischter Nutzung. Somit führt nicht nur eine Veränderung der Einwohnerzahl, sondern auch die der Wohnbauflächen, der Verkehrsflächen oder Gewerbeflächen zu einer Veränderung der Siedlungsdichte.

Die Siedlungsdichte unterscheidet sich zwischen ländlichen und nicht ländlichen Regionen erheblich: Auf einem Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche leben in nicht ländlichen Kreistypen durchschnittlich rund 3 267 Menschen, in ländlichen rund 1 214 (Stand 2014). In Städten werden dabei die Wohnbauflächen oft wesentlich kompakter (und auch mehrstöckiger) bebaut als in ländlichen Regionen, wo eine lockerere Bebauung mit größeren, unversiegelten Flächenanteilen, wie zum Beispiel Hausgärten, vorherrscht.

Von 2000 bis Ende 2010 nahm die Siedlungsdichte sowohl in ländlichen als auch in nicht ländlichen Regionen kontinuierlich ab. Dabei war in nicht ländlichen Regionen, die im Jahr 2000 eine durchschnittliche Siedlungsdichte von 3 432 Einwohner je Quadratkilometer aufwiesen, der absolute Rückgang um 130 auf 3 302 Personen je Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche im Jahr 2010 leicht geringer als in den ländlichen Regionen, wo sich die Siedlungsdichte von 1 415 um 151 auf 1 264 Personen pro Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche reduzierte. Relativ betrachtet lag dieser Rückgang bedingt durch die deutlich geringere Siedlungsdichte in den ländlichen Regionen allerdings mit 11 % deutlich über dem in den nicht ländlichen Regionen mit 4 %.

Seit dem Jahr 2012 sind unterschiedliche Entwicklungen zwischen den ländlichen und den nicht ländlichen Regionen zu beobachten. Während sich der Rückgang in ländlichen Regionen abgeschwächt fortsetzte (auf 1 214 Einwohner je Quadratkilometer), stieg die Siedlungsdichte in den nicht ländlichen Regionen wieder geringfügig auf 3 267 Einwohner je Quadratkilometer an. Die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke lag hier leicht unter dem Bevölkerungszuwachs.

Werden die Entwicklungen von Einwohnern und Siedlungs- und Verkehrsflächen einzeln betrachtet, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen ländlichen und nicht ländlichen Regionen. Zwischen 2000 und 2014 stieg die Siedlungs- und Verkehrsfläche sowohl in ländlichen als auch in nicht ländlichen Regionen an, allerdings mit 12 % beziehungsweise 7 % in unterschiedlichem Umfang.

Nachdem die Bevölkerungszahl in den ländlichen Regionen Anfang des Jahrtausends noch leicht anstieg, verringerte sie sich über den gesamten Zeitraum bis zum Jahr 2010 um rund 2 % und blieb dann bis zum Jahr 2014 nahezu unverändert. In den nicht ländlichen Regionen hingegen stieg die Einwohnerzahl sowohl zwischen den Jahren 2000 und 2010 (insgesamt um knapp 2 %) als auch zwischen 2011 und 2014 (um über 2 %) an. Die Auswirkungen der Inanspruchnahme zusätzlicher Siedlungs- und Verkehrsflächen wurden deshalb in ländlichen Regionen durch den Rückgang der Bevölkerungszahl verstärkt.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

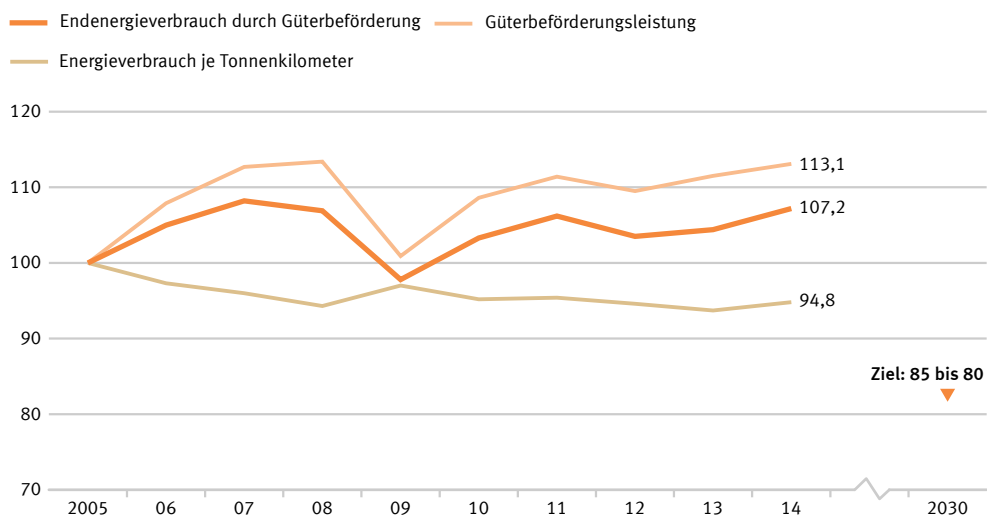
Mobilität – *Mobilität sichern – Umwelt schonen*

11.2.a Endenergieverbrauch im Güterverkehr



Endenergieverbrauch im Güterverkehr

2005 = 100



Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Institut für Energie- und Umweltforschung

Definition des Indikators

Der Endenergieverbrauch im Gütertransport stellt den Energieverbrauch für den Transport von Gütern im Inland in der Binnenschifffahrt, im Eisenbahn- und im Straßengüterverkehr dar.

Ziel und Intention des Indikators

Der Verkehr bringt eine Reihe von Problemen mit sich. So beeinträchtigen etwa Lärm und Luftschadstoffe die Lebensqualität insbesondere in Städten und verkehrsbedingte Emissionen tragen zum Klimawandel bei. Der Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen steht in engem Zusammenhang mit der im Verkehr verbrauchten Energie. Daher soll der Endenergieverbrauch im Güterverkehr bis zum Jahr 2030 um 15 bis 20 % sinken.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Daten zum Energieverbrauch im Inland werden der TREMOD-Datenbank des Instituts für Energie- und Umweltforschung entnommen. TREMOD (Transport Emission Estimation Model) ist ein Modell zur Bewertung von Verkehrsemissionen. Die Daten enthalten die Treibstoffverbräuche



innerhalb Deutschlands unabhängig vom Ort der Betankungen (nach dem sogenannten Verbrauchskonzept). Endenergie bezieht sich auf den direkt im Verkehr genutzten Teil der Energie, lässt also die Umwandlungsverluste während der Herstellung der Kraftstoffe sowie eventuelle Leitungsverluste unberücksichtigt.

Die Beförderungsleistungen zur Berechnung des spezifischen Energieverbrauchs werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur berechnet. Im Straßengüterverkehr werden die Transporte mit Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen Nutzlast berücksichtigt. Der Güterverkehr über den Luftweg wird hingegen nicht einbezogen, da er vernachlässigbar gering ist.

Der Indikator zum Endenergieverbrauch im Güterverkehr bezieht sich definitionsgemäß auf den Verbrauch im Inland. Die Einflüsse der zunehmenden Auslandsverflechtung der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Globalisierung werden nur unzureichend widergegeben. Dadurch bleiben Verkehrsströme und die damit einhergehenden Energieverbräuche, die durch deutsche Exporte und Importe entstehen, unberücksichtigt.

Neben dem Energieverbrauch wird ergänzend auch die Energieeffizienz dargestellt, also der Energieverbrauch je Tonnenkilometer. Die Anzahl der Tonnenkilometer gibt Aufschluss darüber, inwieweit sich die Beförderungsintensität, also die Strecke je transportierter Tonne, ändert.

Der Endenergieverbrauch in der Güterbeförderung ist im Jahr 2014 gegenüber 2005 – entgegen der angestrebten Senkung der bisherigen Nachhaltigkeitsstrategie – um 7,2 % angestiegen. Dieser starke Anstieg ist vor allem dem Gütertransport auf der Straße zuzuschreiben. Der Endenergieverbrauch im Straßengüterverkehr hat in diesem Zeitraum um 8,8 % zugenommen, während bei der Bahn und der Binnenschifffahrt der Verbrauch deutlich reduziert wurde (– 5,9 % beziehungsweise – 12,7 %).

Im gleichen Zeitraum hat sich die Güterbeförderungsleistung um 13,1 % erhöht. Bei vergleichbarem Energieverbrauch in den Jahren 2005 und 2014 konnte eine deutliche Effizienzsteigerung um 5,2 % in diesem Zeitraum erreicht werden.

Während der Wirtschaftskrise von 2009 ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit knapp 20 % besonders stark zurückgegangen. Dieser starke Einbruch wirkte sich insbesondere auf den Verkehrssektor aus, da dieser unmittelbar auf die Zu- und Abnahme der Warenproduktion reagiert. Die daraus resultierende geringere Auslastung der Transportkapazitäten erklärt den leichten Anstieg des durchschnittlichen Energieverbrauchs je Tonnenkilometer, obwohl der Energieverbrauch insgesamt während der Krisenjahre stark zurückging.

Neben den eher kurzfristigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2009 beeinflussten im Betrachtungszeitraum 2005 bis 2014 auch langfristige Effekte die Entwicklung des Endenergieverbrauchs im Gütertransport. So hat sich die Anzahl der Fertigungsschritte je Unternehmen verringert, was in der Regel mit einem erhöhten Transportaufkommen verbunden ist, da die Unternehmen verstärkt Vorprodukte von Zulieferern aus dem In- und Ausland beziehen. Darüber hinaus wuchs die durchschnittliche Entfernung zwischen dem Produktionsort der Güter und dem Ort ihrer Verwendung an, was den Transportaufwand zusätzlich steigerte. Diesen Effekten steht ein Wandel der Nachfragestruktur hin zu weniger materialintensiven Gütern gegenüber (zum Beispiel steigende Nachfrage nach Dienstleistungen). Die daraus resultierende Veränderung bei der Zusammensetzung des Güteraufkommens milderte den Anstieg des transportbedingten Energieverbrauchs ab.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

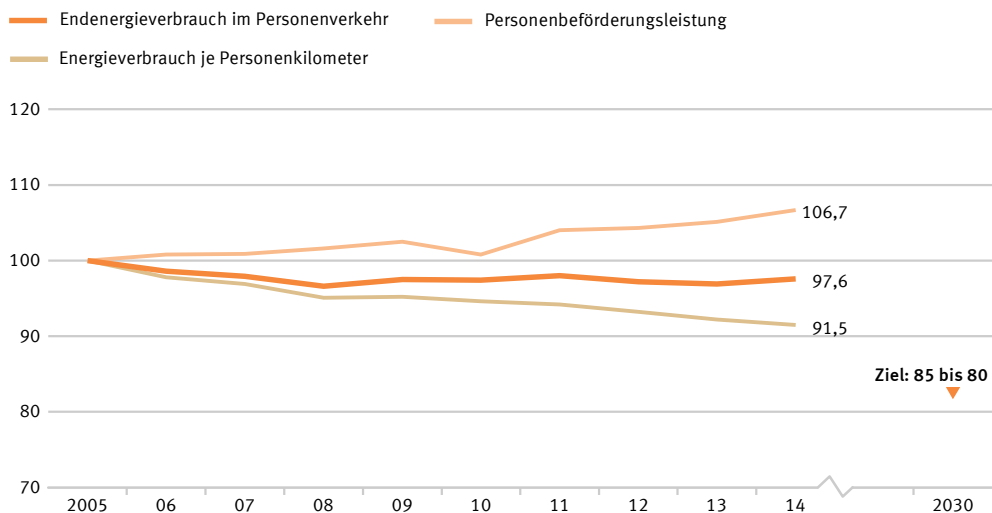
Mobilität – *Mobilität sichern – Umwelt schonen*

11.2.b Endenergieverbrauch im Personenverkehr



Endenergieverbrauch im Personenverkehr

2005 = 100



Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Institut für Energie- und Umweltforschung

Definition des Indikators

Der Endenergieverbrauch im Personenverkehr stellt den Energieverbrauch durch die Beförderung von Personen mit der Bahn, im Luft- und Straßenverkehr (öffentlicher und Individualverkehr) im Inland dar.

Ziel und Intention des Indikators

Der Verkehr bringt eine Reihe von Herausforderungen mit sich. So beeinträchtigen etwa Lärm und Luftschadstoffe die Lebensqualität insbesondere in Städten und verkehrsbedingte Emissionen tragen zum Klimawandel bei. Der Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen steht im Zusammenhang mit der im Verkehr verbrauchten Energie. Daher soll der Endenergieverbrauch im Personenverkehr bis zum Jahr 2030 um 15 bis 20 % sinken.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Daten zum Endenergieverbrauch im Inland werden der TREMOD-Datenbank des Instituts für Energie- und Umweltforschung entnommen. TREMOD (Transport Emission Estimation Model) ist ein Modell zur Bewertung von Verkehrsemissionen. Die Daten enthalten die Kraftstoffverbräuche im Zusammenhang mit dem Personenverkehr innerhalb Deutschlands – unabhängig vom Ort der Betankung, nach dem Verbrauchskonzept. Endenergie bezieht sich auf den direkt im Verkehr genutzten Teil der Energie, lässt also die Umwandlungsverluste während der Herstellung der Kraftstoffe sowie eventuelle Leitungsverluste unberücksichtigt.

Die Personenbeförderungsleistung gibt die Anzahl der zurückgelegten Personenkilometer an. Sie wird zur Berechnung des spezifischen Energieverbrauchs verwendet und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur berechnet. Im Luftverkehr werden nur die Inlandsflüge (nationaler Luftverkehr) berücksichtigt. Internationale Flüge innerhalb des Bundesgebietes bleiben unberücksichtigt. Die Beförderung von Personen in der Schifffahrt werden nicht mit einbezogen.

Gut 30 % des gesamten Endenergieverbrauches sind dem Verkehr zuzurechnen. Einsparungen beim Endenergieverbrauch im Personenverkehr wirken sich daher merklich auf den gesamten Energieverbrauch in Deutschland aus. Die Anzahl der Personenkilometer gibt Aufschluss darüber, inwieweit sich die Beförderungsintensität (Strecke je Fahr- beziehungsweise Fluggastzahlen) ändert. Ergänzend wird neben dem Endenergieverbrauch auch die Energieeffizienz im Personenverkehr, gemessen als Energieverbrauch je Personenkilometer, betrachtet.

Im Zeitraum 2005 bis 2014 verringerte sich der Endenergieverbrauch in der Personenbeförderung insgesamt um 2,4 %. Wird der spätere Verlauf seit 2008 analysiert, stieg der Indikatorwert leicht um 1 % an.

Obwohl sich die Anzahl der zurückgelegten Personenkilometer zwischen 2005 und 2014 um 6,7 % erhöht hat, sank der Energieverbrauch im gleichen Zeitraum, bezogen auf alle Verkehrsträger, um 8,5 % auf 1,48 Megajoule pro Personenkilometer. Somit wurde die Effizienz im Personenverkehr merklich gesteigert. Ein besonders großer Anteil der Effizienzsteigerung ist den Eisenbahnen zuzurechnen. Hier stieg die Beförderungsleistung um 18,4 %, während der Endenergieverbrauch um 12,7 % gesenkt werden konnte. Dies entspricht einer Effizienzsteigerung um 26,3 %. Auch im Luftverkehr konnte eine deutliche Effizienzsteigerung um 15,6 % gegenüber dem Jahr 2005 erzielt werden. Eine leichte Effizienzsteigerung konnte zuletzt im motorisierten Individualverkehr auf Grund der gestiegenen Transportleistung erreicht werden, auch wenn der Energieverbrauch hier konstant blieb.

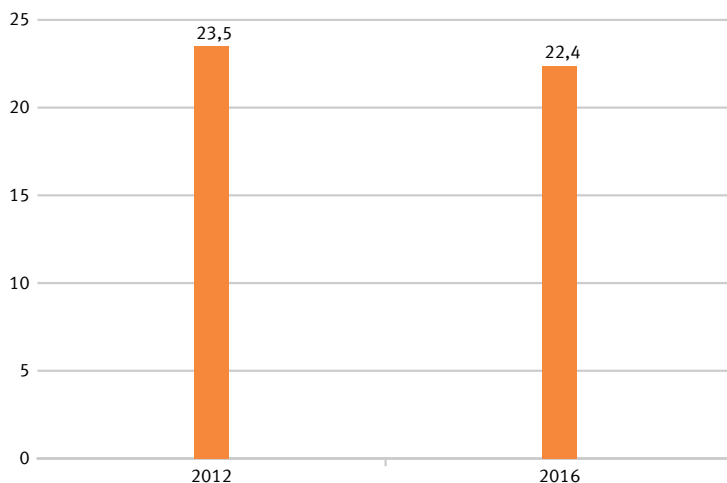
Der motorisierte Individualverkehr mit Pkw und Zweirädern hatte im Jahr 2014 einen Anteil von 83,9 % an der gesamten Personenbeförderungsleistung. Er lässt sich in verschiedene Kategorien unterteilen. Der Freizeitverkehr hatte im Jahr 2014 mit 35,5 % den größten Anteil, dicht gefolgt vom Berufsverkehr (Pendler und Geschäftsfahrten) mit 34,3 %. Der Einkaufsverkehr hatte einen Anteil von 17,6 %. Die verschiedenen Fahrtzwecke haben sich seit 2005 unterschiedlich entwickelt. Insbesondere die beruflich bedingten Fahrten haben deutlich zugenommen (+ 13,5 %), während die Urlaubsfahrten abgenommen haben.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

Mobilität – *Mobilität sichern – Umwelt schonen*

11.2.c Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum in Minuten



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Definition des Indikators

Der Indikator weist die bevölkerungsgewichtete durchschnittliche Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum aus.

Ziel und Intention des Indikators

Mobilität ist ein wichtiger Faktor, um Menschen soziale Teilhabe zu ermöglichen. Entsprechend sollten Raum und Verkehr so gestaltet werden, dass für die gesamte Bevölkerung gute Mobilitätsangebote und eine entsprechende Anbindung an Mittel- oder Oberzentren vorhanden sind. Ziel der Bundesregierung ist es daher, die durchschnittliche Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum zu verringern.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der Indikator wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung berechnet. Als öffentliche Verkehrsmittel werden Verkehrsangebote definiert, die jedermann nach Entrichtung der jeweiligen Gebühren zur Benutzung zur Verfügung stehen. Flexible Bedienformen wie zum Beispiel Anrufbusse, die ohne feste Haltestellen und Fahrpläne auf Anforderung verkehren, werden also nicht berücksichtigt.

Als Datengrundlage dienen Fahrplandaten der Deutschen Bahn, von Verkehrsverbänden sowie zahlreiche weitere Fahrpläne. Aus den Fahrplandaten wurden für etwa 250 000 Haltestellen die Fahrzeiten in das nächste Mittel- beziehungsweise Oberzentrum während der morgendlichen Hauptverkehrszeit ermittelt. Dieser Zeitraum ist in den beiden Berichtsjahren unterschiedlich definiert. Wurden 2012 Verbindungen mit einer Ankunftszeit zwischen sechs und neun Uhr berücksichtigt, waren es 2016 solche mit einer Ankunftszeit zwischen acht und zwölf Uhr.

Auch weil noch nicht alle Nahverkehrspläne vollständig in die verwendete Datenbank integriert wurden, sind die Werte für 2012 und 2016 nicht ohne Einschränkungen vergleichbar. Die Häufigkeit eines Verkehrsangebotes ins nächstgelegene Mittel- beziehungsweise Oberzentrum bleibt zudem ebenso außer Betracht wie die Wegezeit zur beziehungsweise von der Haltestelle. Zudem basiert dieser Indikator auf den Fahrplandaten – somit bleiben Verspätungen oder auch Ausfälle unberücksichtigt.

Die Einstufung eines Ortes als Mittel- oder Oberzentrum bestimmt sich nach der Ausstattung des Ortes mit Versorgungsangeboten an Waren, Dienstleistungen und Infrastruktur, die in den umgebenden Unterzentren nicht zur Verfügung stehen. Hierzu zählen unter anderem Fachärzte, Krankenhäuser, kulturelle Angebote sowie weiterführende Schulen und Hochschulen.

In jedem Mittel- beziehungsweise Oberzentrum, insbesondere in Großstädten, wurde nur ein Zielpunkt (Stadtzentrum) bestimmt. Die Zielhaltestellen wurden im Umkreis von einem Kilometer um den Zielpunkt gewählt und die schnellste Verbindung von der Starthaltestelle dorthin gesucht. Mit Hilfe kleinräumiger Bevölkerungsdaten des Statistischen Bundesamtes wurde dann ein bevölkerungsgewichteter Mittelwert der Reisezeit für Deutschland ermittelt.

Die vorliegenden Indikatorenwerte für 2012 und 2016 zeigen, dass sich die bevölkerungsgewichtete durchschnittliche Reisezeit zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum in diesem Zeitraum von 23,5 auf 22,4 Minuten verkürzt hat. Dies entspricht einer Verringerung um 4,7 %. Inwieweit die bereits beschriebenen methodischen Änderungen oder die Neuausweisung von Mittelzentren hierfür mitverantwortlich sind, lässt sich nicht ermitteln. Allerdings ist die Zahl der Mittel- oder Oberzentren von 1 010 im Jahr 2012 auf 1 069 angestiegen.

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN

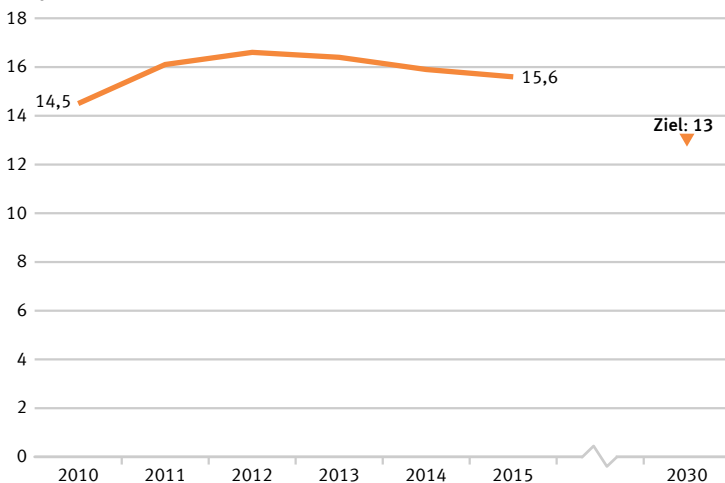
Wohnen – *Bezahlbarer Wohnraum für alle*

11.3 Überlastung durch Wohnkosten



Anteil der Personen in Haushalten, die mehr als 40 % des verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben

in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt den Anteil der Personen, die in Haushalten leben, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen ausgeben. Ausgaben für Wohnen sind dabei Nettokaltmiete, Nebenkosten, Energiekosten und Ausgaben für Wasserversorgung sowie bei Wohneigentum werterhaltende Investitionen und Zinszahlungen für Kredite.

Ziel und Intention des Indikators

Hohe Wohnkosten führen dazu, dass Haushalte in ihren übrigen Konsumentscheidungen eingeschränkt werden. Ausgaben für Wohnen von mehr als 40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens werden als Überlastung angesehen. Der Anteil der Personen, die in Haushalten leben, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen ausgeben, soll deshalb bis zum Jahr 2030 auf 13 % gesenkt werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Ausgangsdaten des Indikators stammen aus der europaweit harmonisierten Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Der Indikator setzt die Ausgaben für Wohnen in Relation zum verfügbaren Haushaltseinkommen. Sollte ein Haushalt Wohngeld oder vergleichbare Sozialleistungen wie Leistungen für Unterkunft und Heizung der Grundsicherung erhalten, so werden diese bei der Berechnung des Indikators mitberücksichtigt. Diese Sozialleistungen werden nicht dem Einkommen zugeschlagen, sondern von den Wohnkosten abgezogen, so dass die Wohnkostenbelastung von Haushalten, die auf wohnungsbezogene Sozialleistungen angewiesen sind, reduziert wird beziehungsweise gegen Null geht.

Der Kauf einer selbstgenutzten Immobilie wird nicht zu den Ausgaben für Wohnen gezählt. Auch weitere Ausgaben für Maßnahmen, die den Wert einer Immobilie steigern, sollen nicht berücksichtigt werden. Allerdings ist eine Abgrenzung von den werterhaltenden Ausgaben, die zu den Ausgaben für Wohnen zählen, nicht immer eindeutig möglich. Hierfür muss teilweise auf vereinfachende Annahmen zurückgegriffen werden. Auch berücksichtigt der Indikator keine zusätzlichen mit dem Wohnort verbundenen Ausgaben. So werden beispielsweise Ausgaben für Fahrten vom Wohnort zur Arbeitsstelle nicht berücksichtigt, obwohl gegebenenfalls nur aufgrund des arbeitsplatzfernen Wohnens die Schwelle von 40 % unterschritten wird.

Durch die Festlegung des Schwellenwertes „40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens“ gibt der Indikator keinen Hinweis auf die durchschnittlichen Wohnkosten. Wenn sich Cluster in der Nähe dieser Grenze ergeben, können diese im Zeitablauf bereits durch eine geringfügige Änderung der Relation aus Einkommen und Ausgaben für Wohnen zu größeren Veränderungen des Indikators führen.

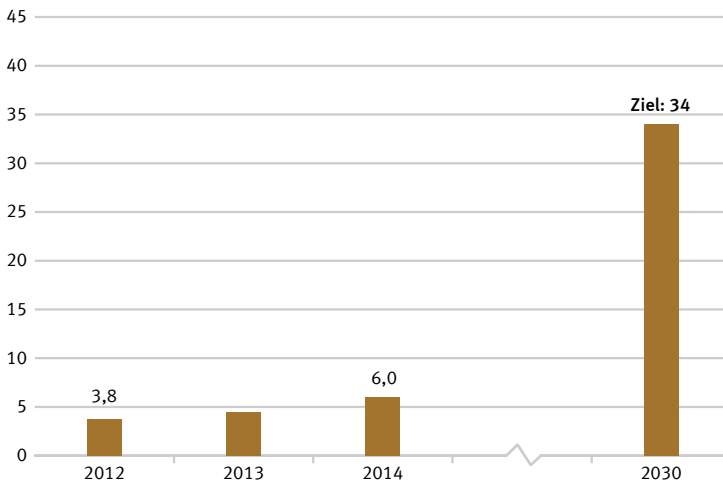
Der Indikator stieg von 14,5 % im Jahr 2010 auf recht konstante 16 % im Zeitraum 2011 bis 2013 an. Im Jahr 2014 ging er leicht auf 15,9 % zurück, im Jahr 2015 lag der Indikator bei 15,6 %. Bedingt durch statistische Unsicherheiten kann dies allerdings nicht als signifikante Veränderung angesehen werden, sondern stellt vielmehr ein Verharren auf ähnlichem Niveau dar. Ob eine Bewegung in Richtung des gesteckten Ziels stattfindet, lässt sich anhand der derzeitigen Entwicklung mithin nicht erkennen.

Bezüglich der eigentlichen Wohnsituation und des verfügbaren Einkommens besitzt der Indikator nur eingeschränkte Aussagekraft. Schließlich werden durch die Berechnungsweise auch einkommensstarke Haushalte mit hohen Ausgaben für Wohnen als überlastet angezeigt. Allerdings ergeben die Daten, dass deutlich mehr Haushalte mit geringerem Einkommen über der 40 % Schwelle liegen. Auch eine gesonderte Betrachtung der armutsgefährdeten Bevölkerung, also derjenigen Personen, die über weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung verfügen, zeigt, dass der Anteil der durch Wohnkosten überlasteten Personen stark mit dem Einkommen zusammenhängt. Unter den Armutsgefährdeten stieg der Anteil der durch Wohnkosten überlasteten Personen von 42,2 % (2010) auf 51,9 % (2015) an. Bei den Personen, die als nicht armutsgefährdet gelten, nahm der Anteil der durch Wohnkosten überlasteten dagegen insbesondere in den letzten zwei Jahren ab (2010: 9,4 %, 2015: 8,4 %).

Nachhaltiger Konsum – *Konsum umwelt- und sozialverträglich gestalten*

12.1.a Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen

Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen
in %



Alle Daten vorläufig.

Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung, Kraftfahrt-Bundesamt, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft, Verkehrsclub Deutschland, Umweltbundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator misst den Marktanteil von Produkten mit freiwilligen oder verpflichtenden Umweltzeichen, deren Vergabegrundlagen von staatlichen Organen festgelegt werden.

Ziel und Intention des Indikators

Private Haushalte können direkt und indirekt nachhaltig konsumieren. Einerseits beeinflusst ihre Einkaufsentscheidung ihre eigene Umweltbilanz, denn energieeffiziente Fahrzeuge oder gedämmte Häuser benötigen bei der Nutzung weniger Energie und verursachen einen geringeren Ausstoß von Treibhausgasen. Andererseits können die Verbraucher Produkte erwerben, die auf besonders nachhaltige Weise hergestellt wurden. Ziel der Bundesregierung ist es daher, den Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen bis 2030 auf 34 % zu erhöhen.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der Indikator setzt sich aus den Marktanteilen von Produkten mit einem der Umweltzeichen EU-Ecolabel, EU-Bio-Siegel, Blauer Engel oder der jeweils höchsten Klasse des EU-Energieverbrauchskennzeichens zusammen. Die EU-Energieverbrauchskennzeichnung adressiert primär Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen, während die anderen drei Produktkennzeichen auch andere Umweltbelastungen wie Pestizideinsatz und gefährliche Abwässer berücksichtigen. Der Indikator soll abbilden, ob umweltfreundliche Produktvarianten konventionelle Produktvarianten im Markt ersetzen. Betrachtet wird dabei nur eine Auswahl an Produktgruppen, unter anderem weil nur begrenzt Daten zu Umsätzen von Produkten mit Nachhaltigkeitskennzeichen verfügbar sind. Zudem würde die Einbeziehung von bestimmten Produktgruppen zu Doppelzählungen führen, da sie mehrere Nachhaltigkeitskennzeichen zugleich tragen.

Für den Indikator werden Haushaltsgeräte wie Kühlgeräte, Waschmaschinen, Fernsehgeräte und Staubsauger betrachtet. Weiterhin werden Leuchtmittel, Bio-Lebensmittel, Hygienepapier, Wasch- und Reinigungsmittel und Autos erfasst. Da die Märkte der einzelnen Produktgruppen unterschiedlich groß sind, werden die Marktanteile mit dem Umsatzvolumen des jeweiligen Gesamtmarktes gewichtet. Dies soll sicherstellen, dass hohe Marktanteile in kleinen Nischenmärkten den Indikator nicht verzerren. Außerdem können auf diese Weise die Ausgaben für umweltfreundliche Produkte in Beziehung zu den Gesamtausgaben der privaten Haushalte gesetzt werden.

Eine Gewichtung der Marktanteile nach Umweltrelevanz der jeweiligen Produktgruppen ist nicht möglich, da die Umweltkennzeichen verschiedene Kategorien (Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen, Materialbedarf) adressieren, die nicht gegeneinander aufgerechnet werden können. Daher lässt sich auch eine allumfassende Bewertung über mehrere Umweltkategorien im Sinne eines Umweltfußabdrucks der Produktgruppen nicht darstellen. Dadurch dass der Indikator nur die neu in Verkehr gebrachten Güter in Relation zum Gesamtmarkt erfasst, berücksichtigt er keine Rebound-Effekte. Er beschreibt zudem den Marktanteil auf Basis von Umsätzen. Bedingt durch Preisunterschiede zwischen Produkten mit und ohne den entsprechenden Umweltsiegeln lässt er folglich keine Rückschlüsse auf deren Anzahl zu. Auch kann eine Änderung des Indikatorwertes auf Preisänderungen bei einer Produktgruppe zurückzuführen sein.

Als Quellen für die Berechnung des Indikators werden Daten der Gesellschaft für Konsumforschung, des Kraftfahrtbundesamtes, der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft, des Verkehrsclubs Deutschland und des Umweltbundesamtes verwendet. Letzteres berechnet die Indikatorwerte jährlich ab dem Berichtsjahr 2012.

Zwischen 2012 und 2014 stieg der Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen von 3,8 % auf 6,0 %. Das entspricht einem Umsatz von insgesamt 16,8 Milliarden Euro im Jahr 2014. Aufgrund der kurzen Zeitreihe kann eine Bewertung der Zielerreichung derzeit nicht vorgenommen werden.

Die Festlegung der Energieverbrauchsklassen wird in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Union dem aktuellen technischen Stand angepasst. Auch gelten für die entsprechenden Geräte, beispielsweise Kühlschränke, Backöfen oder Wäschetrockner, gesetzliche Mindestanforderungen für Neuware. Dies wird generell zu einer weiteren Verbreitung von energiesparenden Produkten beitragen, kann aber auch indirekt, über Anpassung von Vergabekriterien, den Indikator beeinflussen.

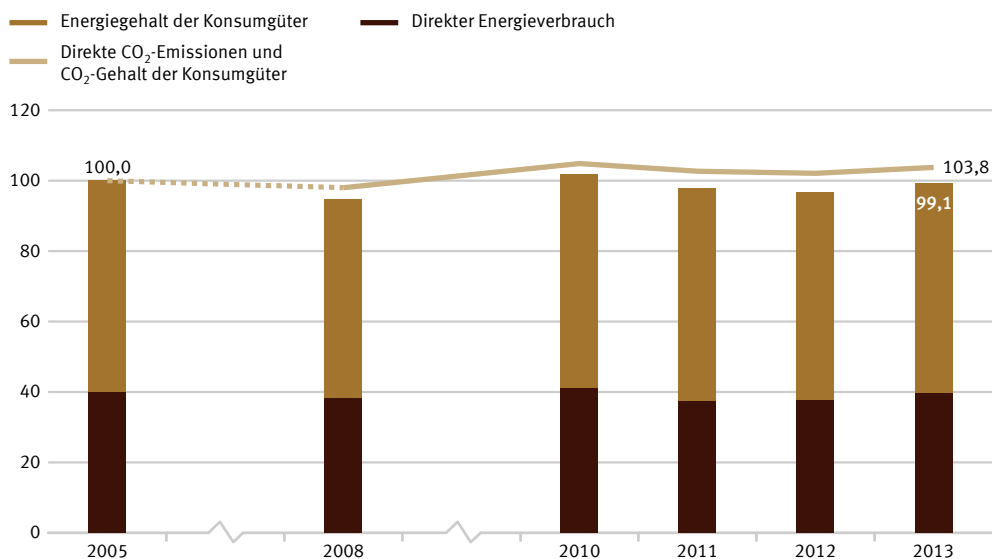
Nachhaltiger Konsum – Konsum umwelt- und sozialverträglich gestalten

12.1.b Energieverbrauch und CO₂-Emissionen des Konsums



Energieverbrauch und CO₂-Emissionen der privaten Haushalte

2005 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator gibt die Entwicklung des direkten und indirekten Energieverbrauchs der privaten Haushalte an und stellt so die Beanspruchung von Energie durch Konsumaktivitäten der privaten Haushalte dar.

Ziel und Intention des Indikators

Private Haushalte haben einen wesentlichen Anteil am Energieverbrauch einer Volkswirtschaft sowie an den eng mit dem Energieverbrauch zusammenhängenden Kohlendioxidemissionen. Der Energieverbrauch des Konsums erstreckt sich jedoch nicht nur auf das Inland, sondern auch auf die Produktion importierter Güter im Ausland. Der Indikator gibt daher zusätzlich Aufschluss über die globale Umweltinanspruchnahme durch Konsumaktivitäten. Mit einer Minderung des Energieverbrauchs werden Ressourcen im In- und Ausland eingespart und klimaschädliche Kohlendioxidemissionen vermindert. Ziel der Bundesregierung ist es daher, den Energieverbrauch des Konsums kontinuierlich abzusenken.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Daten stammen aus den Berechnungen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes auf Basis der Energiebilanzen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen und auf Basis der Emissionsberichterstattung des Umweltbundesamtes.

Haushalte verbrauchen direkt Energie, etwa zum Heizen oder durch den Verbrauch von Kraftstoffen im Straßenverkehr. Außer diesem direkten Energieverbrauch werden erhebliche Energieverbräuche bei der Herstellung von Gütern für den privaten Konsum verursacht. Dieser indirekte Energieverbrauch fällt im In- und Ausland, sowohl bei den unmittelbaren Herstellern der Konsumgüter als auch bei deren Zulieferern an. Beide Formen werden mit dem vorliegenden Indikator erfasst.

Gleiches gilt für die informativ als Index dargestellten Emissionen von Kohlendioxid (CO₂): Neben den direkten Emissionen der privaten Haushalte aus der Verbrennung von Brenn- und Kraftstoffen entstehen noch weitaus größere Mengen an Emissionen indirekt bei der Produktion der Konsumgüter. Die vorliegende Kennzahl umfasst sowohl direkte als auch indirekte Emissionen.

Der Blick auf die Zeitreihe offenbart eine wellenförmige Entwicklung des Energieverbrauchs der Konsumaktivitäten der privaten Haushalte mit einem leichten Anstieg um 1,9 % vom Jahr 2005 bis 2010. Zwischen 2010 und 2012 sank der Energieverbrauch der privaten Haushalte stetig um insgesamt 5,1 %. Im Jahr 2013 hingegen stieg der Verbrauch gegenüber dem Vorjahr wieder um 2,6 % an, sodass der Wert des Indikators im Jahr 2013 gegenüber 2005 insgesamt um 0,9 % abnahm. Eine kontinuierliche Abnahme ist derzeit jedoch nicht zu beobachten.

Im Jahr 2013 machte der direkte Energieverbrauch der privaten Haushalte 40,1 % des gesamten Energieverbrauchs der Haushalte aus. Davon entfielen auf Brennstoffe einschließlich Strom und Fernwärme 64,7 % und auf Kraftstoffe 35,3 %. Den größeren Teil des gesamten Energieverbrauchs bildete mit 59,9 % der indirekte Energieverbrauch in Verbindung mit der Herstellung der Konsumgüter im In- und Ausland. Der Energiegehalt der Konsumgüter sank zwischen 2005 und 2013 mit 1,0 % etwas stärker als der direkte Energieverbrauch.

Der Energieverbrauch wird unterschieden nach den Bedarfsebenen Wohnen, Mobilität, Ernährung, sonstige Produkte und Dienstleistungen. Die meiste Energie wird im Bereich Wohnen, im Verkehr und der Ernährung verbraucht. Der Bereich Wohnen bildet dabei im Jahr 2013 mit insgesamt rund 3 696 Petajoule (37,6 % des Gesamtverbrauchs der privaten Haushalte) den größten Verbrauchsbereich. Die Verluste, die bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme für die privaten Haushalte anfallen, sind hierin als indirekter Verbrauch enthalten.

Die Entwicklung der energiebedingten CO₂-Emissionen weist einen ähnlichen Verlauf wie der Energieverbrauch auf. Im Jahr 2013 betragen die CO₂-Emissionen der privaten Haushalte einschließlich des Emissionsgehalts der Konsumgüter sowie der Emissionen aus der Verbrennung von Biomasse 668 Millionen Tonnen und sind somit gegenüber 2005 um 3,8 % gestiegen. Bei der Verbrennung von Brenn- und Kraftstoffen fielen 34,0 % der Emissionen an, die verbleibenden 66,0 % bei der Herstellung der Konsumgüter. Zwischen 2005 und 2013 sanken die direkten CO₂-Emissionen um 2,2 %, der Emissionsgehalt der Konsumgüter stieg hingegen um 7,2 %.

Dieser Indikator weist Querbezüge zu den Indikatoren 7.1.a, b „Endenergieproduktivität und Primärenergieverbrauch“, 7.2.a „Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch“ sowie 11.2.a, b „Endenergieverbrauch im Güter- und Personenverkehr“ auf.

12 VERANTWORTUNGSVOLLE KONSUM- UND PRODUKTIONSMUSTER

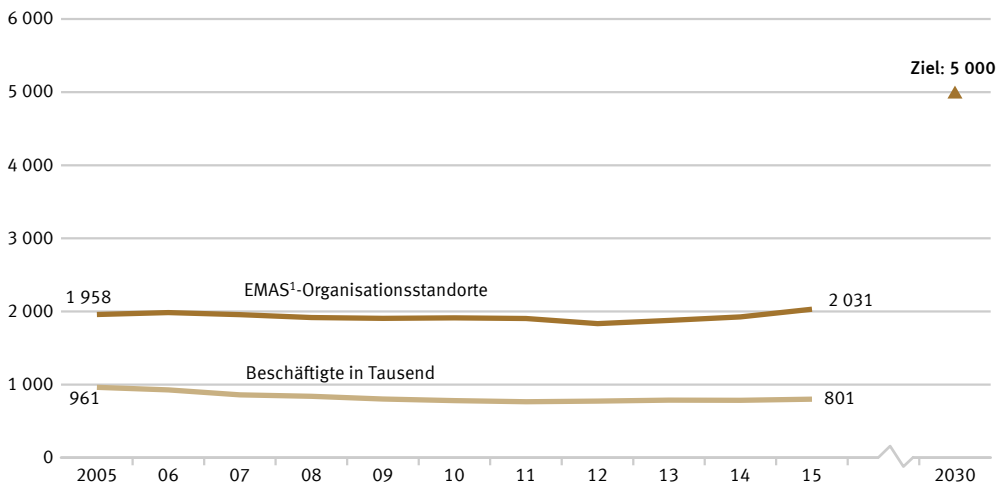
Nachhaltige Produktion – Anteil nachhaltiger Produktion stetig erhöhen

12.2 Umweltmanagement EMAS



Einsatz des Umweltmanagementsystems EMAS in Deutschland

Anzahl der in Deutschland registrierten Organisationsstandorte sowie deren Beschäftigte



1 Eco-Management and Audit Scheme

Quelle: Deutscher Industrie und Handelskammertag e.V., Geschäftsstelle des Umweltgutachterausschusses, Umweltbundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Anzahl der in Deutschland für das Umweltmanagementsystem EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) registrierten Organisationsstandorte in Deutschland.

Ziel und Intention des Indikators

Klimawandel, Energiewende und Ressourcenknappheit stellen Unternehmen vor neue Herausforderungen mit der Folge, dass sie ihre betriebswirtschaftlichen Abläufe, Strukturen und Produkte entsprechend umwelt- und ressourcenschonend gestalten müssen. Das Umweltmanagementsystem EMAS bietet ein Konzept für einen systematischen betrieblichen Umweltschutz und ist mit dem Anspruch verbunden, die Umweltleistung des Organisationsstandortes stetig zu verbessern. Deshalb lautet das Ziel, bis zum Jahr 2030 insgesamt 5 000 Organisationsstandorte für das Umweltmanagement EMAS auszuweisen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

EMAS ist ein freiwilliges Instrument der Europäischen Union, das Unternehmen und Organisationen jeder Größe und Branche dabei unterstützt, ihre Umweltleistung kontinuierlich zu verbessern. Mit EMAS ist eine Umweltberichtspflicht (sogenannte Umwelterklärung) verbunden, die die wesentlichen Umweltauswirkungen des betreffenden Unternehmens beinhaltet und verpflichtende Datenbereitstellung in den Themenfeldern Energie und Materialeffizienz, Emissionen, Wasser, Abfall und Flächenverbrauch/biologische Vielfalt fordert. Die internen Dokumente sowie die Umwelterklärung werden von unabhängigen, staatlich zugelassenen Umweltgutachtern geprüft. Organisationen, die die Überprüfung erfolgreich bestehen und bei denen keine Umweltrechtsverstöße und Beschwerden vorliegen, werden in das EMAS-Register eingetragen. Die Prüfung ist regelmäßig (spätestens alle drei Jahre) zu wiederholen. Für die Qualitätssicherung ist der Umweltgutachterausschuss zuständig. Die Umwelterklärung muss von den Organisationen jährlich – seit 2010 von kleinen und mittleren Unternehmen auf Antrag zweijährlich – aktualisiert werden. EMAS-Organisationen und Standorte werden durch die zuständige Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer registriert und in einer öffentlich zugänglichen Datenbank beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag gespeichert. Daten mit einheitlicher Erhebungsmethodik liegen ab dem Jahr 2005 vor.

Methodisch ist zu beachten, dass im EMAS-Register die Anzahl der Registrierungen abgebildet wird. Teilnehmenden Organisationen steht es frei, unter einer Organisationsregistrierung mehrere Standorte aufzunehmen (Sammelregistrierung) oder Standorte einzeln registrieren zu lassen. Einige Unternehmen nehmen auch mit ausländischen Standorten an EMAS teil und haben diese ebenfalls in Deutschland registrieren lassen. Sie befinden sich ebenfalls im EMAS-Register, was zur Folge haben kann, dass die Anzahl der geführten EMAS-Standorte und Beschäftigten bezogen auf Deutschland als zu hoch ausgewiesen werden können. Statistische Daten liegen sowohl zur Anzahl der registrierten Organisationen als auch zur Anzahl der Standorte vor, unabhängig davon, ob sie Bestandteil einer Organisationsregistrierung oder als selbständige Standorte registriert sind.

Im Jahr 2015 waren in Deutschland 2 031 EMAS-Standorte registriert. Dies entspricht einer Erhöhung um 3,7 % gegenüber 2005. Betrachtet man die Entwicklung der letzten fünf Jahre, so hat sich der Indikator im Durchschnitt schwach in Richtung des Ziels entwickelt. Bei gleichbleibender Entwicklung würde das Ziel für 2030 dennoch verfehlt werden.

2010 trat eine neue Verordnung der Europäischen Gemeinschaft, kurz EMAS III, in Kraft. Die Angaben zu den wesentlichen Umweltaspekten in der Umwelterklärung wurden in Form von standardisierten Kennzahlen für die oben bezeichneten Themenfelder konkretisiert. Die Spezifikationen wurden von einigen Akteuren als Verschärfung interpretiert. Zugleich beinhaltet EMAS III Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Die 2 031 im Jahr 2015 registrierten EMAS-Standorte in Deutschland gehörten insgesamt 1 216 Organisationen an, welche auf das Bundesgebiet sehr unterschiedlich verteilt waren. Die meisten waren in Baden-Württemberg (422) und Bayern (269) angesiedelt, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (114). In Mecklenburg-Vorpommern gab es dagegen nur fünf Organisationen. Nach Wirtschaftszweigen verteilt waren 38 % der Organisationen dem Verarbeitenden Gewerbe, 11 % der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen und 10 % dem Gastgewerbe zuzuordnen.

Die Anzahl der Beschäftigten in den registrierten Organisationen betrug im Jahr 2015 insgesamt 800 635 Personen. Dies entsprach einem Rückgang von 16,7 % gegenüber 2005.

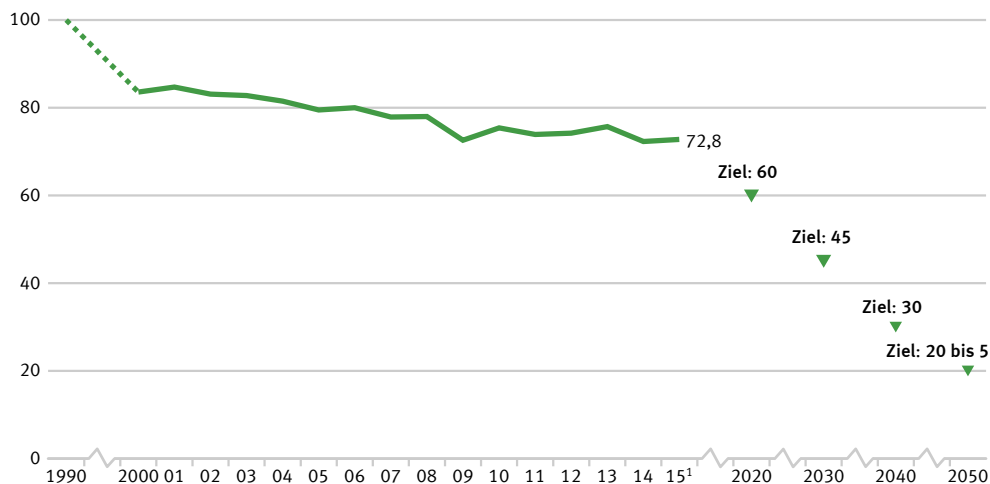
13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

Klimaschutz – Treibhausgase reduzieren

13.1.a Treibhausgasemissionen



Treibhausgasemissionen in CO₂-Äquivalenten 1990 = 100



Treibhausgase = Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O), Schwefelhexafluorid (SF₆), Stickstofftrifluorid (NF₃), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC) und perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC).
1 vorläufige Zeitnahprognose.

Quelle: Umweltbundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Emissionen folgender Treibhausgase (Stoffe oder Stoffgruppen) in CO₂-Äquivalenten: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O), Stickstofftrifluorid (NF₃), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆).

Ziel und Intention des Indikators

Die globale Durchschnittstemperatur auf der Erdoberfläche steigt aufgrund der zunehmenden Konzentration von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen in der Atmosphäre kontinuierlich an, mit bereits heute nachweisbaren Folgen für das Klimasystem. Ziel der Bundesregierung ist es daher, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen in Deutschland um mindestens 40 % gegenüber 1990 zu senken. Weitere Ziele sind die Reduktion um mindestens 55 % bis 2030, um mindestens 70 % bis 2040 sowie um 80 bis 95 % bis 2050 – jeweils gegenüber 1990.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Um die verschiedenen Treibhausgase zu einem Index zusammenfassen zu können, werden sie jeweils in „CO₂-Äquivalenten“ ausgedrückt, das heißt in die Menge CO₂ umgerechnet, die eine vergleichbare Wirkung auf die globale Erwärmung hat.

Die Daten werden jährlich durch das Umweltbundesamt im Rahmen der Berichterstattung unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll zur Verfügung gestellt. Die Emissionsermittlung und -berichterstattung unterliegt einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Die Berechnung erfolgt nach dem Verursacher- und Territorialkonzept, das heißt für alle Treibhausgase und Luftschadstoffe wurden die wichtigsten Emissionsquellen innerhalb Deutschlands ermittelt. Für diese Quellen wurde untersucht, wie hoch die Emissionen unter welchen Bedingungen sind. Daraus ergibt sich ein spezifischer Emissionsfaktor, der durch Multiplikation mit den Aktivitätsdaten einer Quelle die Emissionsmenge ergibt.

Zu beachten ist, dass der Indikator gemäß Kyoto-Protokoll nicht die Kohlendioxid-Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft ausweist. Auch die Seeschifffahrt und der internationale Flugverkehr werden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.

Betrachtet man die Entwicklung der letzten fünf Jahre, so hat sich der Indikator nicht stabil entwickelt. Im Jahr 2011 sanken die Emissionswerte von Treibhausgasen um 2,0 %, um im Jahr 2013 wieder auf das Niveau von 2010 zu steigen. 2014 nahmen sie wiederum mit 4,6 % deutlich ab und stiegen im Jahr 2015 nur geringfügig. Langfristig zeigt sich nach der Zeitnahprognose des Umweltbundesamtes im Jahr 2015 ein Rückgang um insgesamt 27,2 % gegenüber 1990. Bei Fortsetzung der Entwicklung der letzten fünf Jahre ist das Ziel für 2020 – eine Reduktion um 40 % gegenüber 1990 – nicht absehbar.

Den weitaus größten Anteil am gesamten Ausstoß von Treibhausgasen hatte 2014 das Kohlendioxid mit 87,9 %, im Jahr 1990 waren es 84,2 %. Methan trug zuletzt mit 6,2 %, Distickstoffoxid mit 4,3 %, die teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffe mit 1,2 % und Schwefelhexafluorid mit 0,4 % zu den Treibhausgasen bei. Der mit Abstand größte Teil der CO₂-Emissionen entsteht in der Gewinnung von Strom und Wärme. Methan und Distickstoffoxid entweichen hauptsächlich in der landwirtschaftlichen Produktion.

Der Indikator weist viele Querbezüge auf, zum Beispiel zu den Indikatoren 3.2, 7.2. oder 11.2.

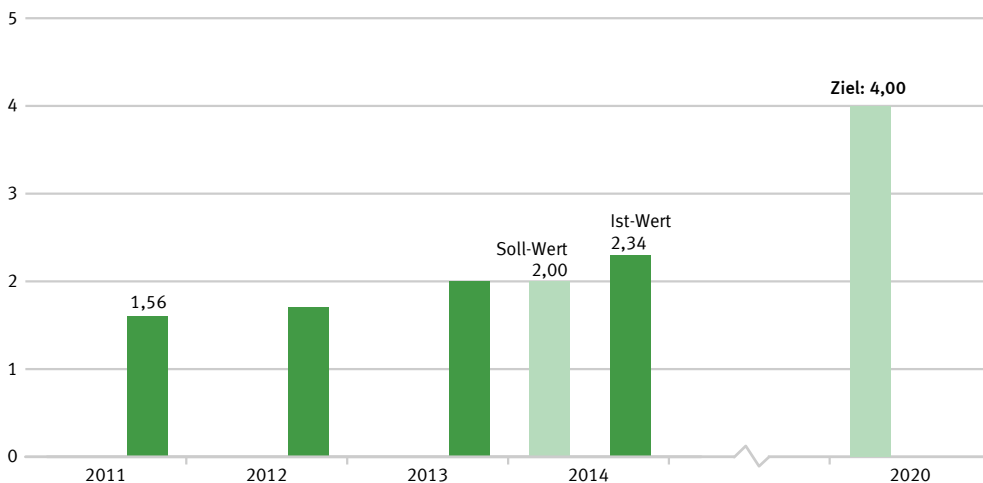
13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

Klimaschutz – *Deutscher Beitrag internationale Klimafinanzierung*

13.1.b Internationale Klimafinanzierung zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel



Deutsche Zahlungen vorrangig an Entwicklungs- und Schwellenländer zur Klimafinanzierung in Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Definition des Indikators

Der Indikator umfasst die Finanzierung von Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen, zur Anpassung an den Klimawandel, zum Erhalt der Biodiversität sowie von REDD+ -Projekten (Projekte zur Minderung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) vorrangig in Entwicklungs- und Schwellenländern aus deutschen Haushaltsmitteln einschließlich der Schenkungselemente von Entwicklungskrediten, die Haushaltsmittel enthalten.

Ziel und Intention des Indikators

Absicht der Bundesregierung ist es, ihre internationale Klimafinanzierung bis 2020 bezogen auf den Sollwert von zwei Milliarden Euro des Jahres 2014 zu verdoppeln. Mit der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen haben sich die Industrieländer verpflichtet, Entwicklungs- und Schwellenländer in finanzieller Form, durch Kapazitätsaufbau und Technologieentwicklung bei Maßnahmen zur Emissionsminderung und zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Daten des Indikators sind der Berichterstattung an die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen entnommen. Datenquelle der EU-weit jährlich erhobenen Daten ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das in diesem Kontext auch über die Klimafinanzierung anderer Bundesministerien berichtet. Dabei werden für bilaterale Klimafinanzierung im Allgemeinen Zusagen, für multilaterale Klimafinanzierung und Beiträge zu Energie- und Klimafonds werden Auszahlungen zugrunde gelegt. Seit 2011 werden in der Entwicklungszusammenarbeit die Rio-Marker des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verwendet, um Klimaprojekte zu identifizieren. Der Indikator beinhaltet auch die den bilateralen Gebern anteilig zuzurechnende Klimafinanzierung, die sich aus deren Beiträgen zu multilateralen Fonds bei Entwicklungsbanken ergibt. Sofern die Klimafinanzierung schwerpunktmäßig Entwicklungsländern zugutekommt, ist diese Teil der öffentlichen Entwicklungsausgaben (siehe Indikator 17.1).

Die rein monetäre Betrachtung der Klimafinanzierung erlaubt keine Schlüsse auf die Wirkung der finanzierten Projekte. Eine Wirkungseinschätzung wie viele Tonnen Kohlendioxidemissionen durch Minderungsmaßnahmen zukünftig eingespart werden oder wie viele Personen von Anpassungsprojekten profitieren können, wird durch das BMZ, basierend auf den Mitteln der technischen und finanziellen Zusammenarbeit des BMZ, versucht. Dabei werden sowohl direkte (zum Beispiel der Ausbau von erneuerbaren Energien) als auch indirekte Maßnahmen (zum Beispiel Politikberatung) berücksichtigt. Eine genaue Qualitätseinschätzung der Methodik zur Wirkungsmessung ist aufgrund der vorliegenden Informationen nicht möglich. Da jedoch das Wirkungsmonitoring auf Finanzierungszusagen und somit auch auf einer ex-ante Einschätzung der Wirkung von Projekten beruht, kann der Indikator zu Überschätzungen führen. So wird zum Beispiel bei Beratung zur verbesserten Anpassungsplanung von einer indirekten Wirkung ausgegangen und grundsätzlich angenommen, dass die gesamte Bevölkerung einer Region oder eines Landes erreicht wird.

In 2014 wurden aus Haushaltsmitteln von Deutschland 2,34 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung zur Reduzierung von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel zugesagt beziehungsweise bereitgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Klimafinanzierung 1,95 Milliarden Euro betrug, ist eine Steigerung um 20 % zu verzeichnen. 37 % der Klimafinanzierungsmittel flossen im Jahr 2014 in Minderungsmaßnahmen und 42 % in die Anpassung. Mit den verbleibenden 21 % wurden REDD+ sowie Biodiversitätsprojekte finanziert. Da letztere auch minderungs- oder anpassungsrelevant sind, ergibt sich in Summe dass 2014 mehr Mittel für Anpassungsmaßnahmen (53 %) aufgewendet wurden als für Minderungsmaßnahmen (47 %).

Mit den Mitteln der technischen und finanziellen Zusammenarbeit des BMZ trägt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit – nach Aussage des BMZ – zur direkten Minderung von rund 413 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten während der voraussichtlichen durchschnittlichen Wirkungsdauer der Anlagen von 20 Jahren bei. Indirekt, das heißt über andere Akteure, die nicht im direkten Einflussbereich des Projekts liegen, könnte sogar zu einer Minderung von bis zu sechs Gigatonnen CO₂-Äquivalenten beigetragen werden. In den Entwicklungs- und Schwellenländern konnten durch Anpassungsmaßnahmen 2,3 Millionen Menschen direkt erreicht werden. Indirekt, schätzt das BMZ, dürften noch deutlich mehr Menschen (rund 300 Millionen) von den Maßnahmen begünstigt worden sein.

Neben der öffentlichen Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln stellen die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Entwicklungsgesellschaft auch klimabezogene Kredite aus Marktmitteln bereit. Diese stellen die „mobilisierte öffentliche Klimafinanzierung“ dar und sind nicht im Indikator enthalten. Im Jahr 2014 umfassten die so mobilisierten Ressourcen 2,79 Milliarden Euro im Vergleich zu 1,47 Milliarden Euro im Vorjahr.

14 LEBEN UNTER WASSER

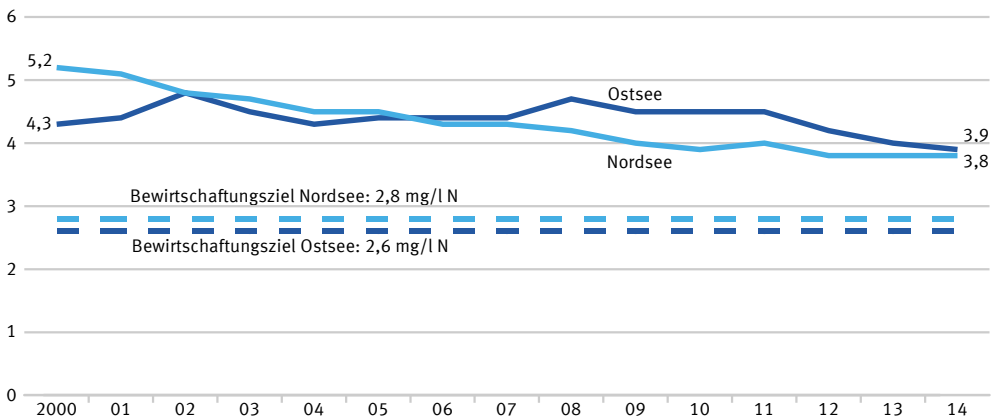
Meere schützen – Meere und Meeresressourcen schützen und nachhaltig nutzen

14.1a Nährstoffeintrag in Küsten- und Meeresgewässer – Stickstoffeintrag über die Zuflüsse in Ost- und Nordsee

Ostsee  Nordsee 

Gesamtstickstoffeintrag in Nord-/Ostsee über ausgewählte deutsche Zuflüsse

Konzentration in mg/l (gleitender Durchschnitt der vergangenen 5 Jahre)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Umweltbundesamt nach Angaben der Länder bzw. Flussgebietsgemeinschaften

Definition der Indikatoren

Die Indikatoren bilden den gleitenden Fünfjahresdurchschnitt der Stickstoffeinträge in Milligramm (mg) Stickstoff pro Liter (l) Wasserabfluss über die Flüsse Eider, Elbe, Ems und Weser in die Nordsee sowie Peene, Trave und Warnow in die Ostsee ab.

Ziele und Intention der Indikatoren

Hohe Konzentrationen von Stickstoff in den Meeren können zu Eutrophierungseffekten wie Sauerstoffmangel, zum Verlust an Biodiversität und zur Zerstörung von Fisch-Aufzugsgebieten führen. Daher soll der Eintrag von Stickstoff unter 2,8 mg Stickstoff pro Liter Abfluss für die in die Nordsee einmündenden Flüsse und unter 2,6 mg Stickstoff pro Liter für die in die Ostsee einmündenden Flüsse liegen. Dies entspricht den im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vereinbarten Bewirtschaftungszielen der im Jahr 2016 novellierte Oberflächengewässerverordnung.



Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Berechnungsgrundlage für die Indikatoren bilden Messdaten zu Stickstoffkonzentrationen und Wasserabfluss der Flüsse Eider, Elbe, Ems, Peene, Trave, Warnow und Weser, die das Umweltbundesamt nach Angaben der Länder und Flussgebietsgemeinschaften zusammenstellt. Hieraus errechnet sich die Stickstofffracht, die diese Flüsse in die Nord- beziehungsweise Ostsee einbringen. Da bei der Berechnung der beiden Indikatoren jeweils die Wasserabflussmenge und die Stickstofffrachten der Flüsse aggregiert und anschließend ins Verhältnis zueinander gesetzt werden, ist der Wert nicht zu verwechseln mit der durchschnittlichen Stickstoffkonzentration dieser Flüsse. Vielmehr stellt es ein gewichtetes Mittel dar. Ein weiterer Stoff, der über Flüsse in Nord- und Ostsee eingebracht wird und dort zur Eutrophierung führt, ist Phosphor. Dieser wird durch den Indikator 6.1.a „Gesamt-Phosphor in Fließgewässern“ abgedeckt.

Damit einzelne Schadensereignisse wie Hochwasser, die punktuell zu sehr hohen Stickstoffeinträgen führen, die Darstellung der Entwicklung nicht verzerren, werden die Werte als gleitender Fünfjahresdurchschnitt, der die fünf vergangenen Jahre einbezieht, betrachtet.

Unberücksichtigt bleiben bei dieser Betrachtung Stickstoffeinträge kleinerer Zuflüsse sowie die Einträge aus Deutschland in Nord- und Ostsee über Flüsse, die nicht in Deutschland münden (wie beispielsweise Rhein und Oder). Der hier zu Grunde gelegte Stickstoffeintrag in die Ostsee aus Peene, Trave und Warnow repräsentierte im Jahr 2014 rund 30 % der deutschen Einträge in die Ostsee über Flüsse und unbeobachtete Küsteneinzugsgebiete.

Peene, Trave und Warnow weisen sehr unterschiedliche Konzentrationen an Stickstoff auf. Während im Jahr 2014 der Fünfjahresdurchschnitt der Konzentration in der Warnow bei 3,1 mg/l lag, lag die Konzentration in der Peene bei 4,0 mg/l und in der Trave bei 5,2 mg/l. Auch die Entwicklung der Stickstoffkonzentration dieser Flüsse hat sich in den vergangenen Jahren unterschiedlich gezeigt. Im Jahr 2000 wiesen die Warnow mit 3,9 mg/l noch eine höhere und die Trave mit 6,6 mg/l noch eine deutlich höhere Konzentration auf. Entgegengesetzt zeigte sich die Entwicklung bei der Peene. Ihre Stickstoffkonzentration stieg im Vergleich zum Fünfjahresmittel 2000 mit 3,9 mg/l leicht an.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei den vier ausgewählten Nordseezuflüssen. Hier gab es bei allen vier betrachteten Flüssen einen kontinuierlichen Rückgang der Stickstoffkonzentrationen. Die Werte von Elbe und Weser reduzierten sich im Vergleich von 2000 gegenüber 2014 im Schnitt der jeweils fünf vergangenen Jahre von 4,9 beziehungsweise 5,3 mg/l auf 3,6 beziehungsweise 3,8 mg/l. Auch bei der Ems, zu deren Wassereinzugsgebiet Regionen mit intensiver Tierhaltung gehören, zeigte sich eine Reduktion von 7,6 auf 6,0 mg/l. Sie wies damit im Fünfjahresdurchschnitt aller betrachteten Flüsse sowohl im Jahr 2000 als auch im Jahr 2014 die höchste Stickstoffkonzentration auf.

Im Vergleich zum Fünfjahresdurchschnitt 2000 verringerte sich die Stickstoffkonzentration in der Eider von 6,3 mg/l auf 2,4 mg/l im Fünfjahresdurchschnitt 2014. Somit wies sie nicht nur den höchsten Rückgang der betrachteten sieben Flüsse auf, sie war zudem der einzige unter ihnen, dessen Fünfjahresdurchschnitt 2014 das entsprechende Bewirtschaftungsziel eingehalten hat. Insgesamt ist damit allerdings derzeit eine dauerhafte und flächendeckende Einhaltung der Zielwerte noch nicht erreicht.

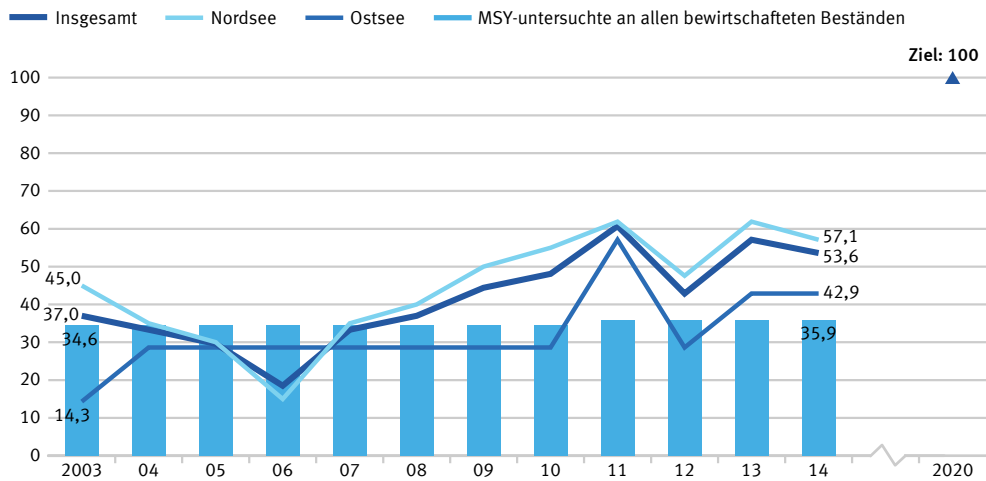
14 LEBEN UNTER WASSER

Meere schützen – Meere und Meeresressourcen schützen und nachhaltig nutzen

14.1.b Anteil der nachhaltig befischten Fischbestände in Nord- und Ostsee



Anteil der nachhaltig befischten Fischbestände in Nord- und Ostsee an allen MSY-untersuchten Beständen
in %



Quelle: International Council for the Exploration of the Sea

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der nachhaltig bewirtschafteten Fischbestände an der Zahl der bewirtschafteten Fischbestände in Nord- und Ostsee an. Dies erfolgt nach dem Maximum Sustainable Yield-Ansatz (MSY-Ansatz), dem Ansatz des höchstmöglichen Dauerertrags.

Ziel und Intention des Indikators

Die biologische Vielfalt ist die Grundlage für das Leben der Menschen. Nur wenn das Naturkapital – etwa in Form von Fischbeständen in Nord- und Ostsee – geschützt und erhalten wird, kann es auch künftigen Generationen von Menschen lebenswichtige Ökosystemleistungen erbringen.

Das Ziel des Indikators ist es, den Erreichungsgrad des in der Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik festgelegten Ziels zu beschreiben, nach dem bis 2020 alle wirtschaftlich genutzten Fischbestände nach dem MSY-Ansatz nachhaltig zu bewirtschaften sind.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Nicht alle Fischbestände werden in Bezug auf ihre nachhaltige Bewirtschaftung untersucht. Daher ist die Zahl der Fischbestände, die nach dem MSY-Ansatz nachhaltig bewirtschaftet wird, auch immer in Relation zu den Fischbeständen insgesamt zu sehen. Eine Ausweitung der Untersuchungen auf möglichst viele Bestände wird zwar angestrebt, bedingt durch die hohen Kosten dieser Untersuchungen ist aber davon auszugehen, dass eine Erfassung sämtlicher, auch ökonomisch wenig relevanter beziehungsweise wenig befischter Bestände nicht realistisch ist.

Ein Bestand gilt dann als „nachhaltig bewirtschaftet“, wenn die tatsächliche Fangmenge pro Jahr und Fischbestand den wissenschaftlichen Ratschlag basierend auf dem MSY-Ansatz nicht überschreiten, beziehungsweise den Vorgaben eines langfristigen Managementplanes, der dem MSY-Ansatz folgend als nachhaltig bewertet ist, entspricht. Als „Fischbestand“ wird dabei eine eigenständig reproduzierende Population einer Fischart bezeichnet. Eine spezifische Art kann somit mehrere Bestände und je nach Bestand auch unterschiedliche Richtwerte für die Anlandungsmenge aufweisen. In der Regel wird jedem Bestand, entsprechend seiner vorherigen Entwicklung, ein Richtwert zugewiesen.

Die Richtwerte für die bewirtschafteten Bestände werden durch den Internationalen Rat für Meeresforschung (International Council for the Exploration of the Sea) berechnet.

Die jährliche Berechnung der nachhaltigen Fangmengen nach dem MSY-Ansatz basiert auf stochastischen Vorhersagen, die auf Berechnungen zur historischen Bestandsentwicklung aufsetzen. Informationen zu angelandeten Fischmengen basieren auf gemeldeten Fängen. Daraus gezogene Stichproben geben Aufschluss über die demografischen Parameter des Bestandes, wie Alter und Größe. Als weitere wichtige Informationsquelle, um einen Bestand abschätzen zu können, dienen fischereunabhängige, wissenschaftliche Erhebungen auf Forschungsschiffen.

Wirtschaftlich genutzt werden nach derzeitigen Schätzungen in der Nordsee 58 und in der Ostsee 20 Fischbestände. Die Zahl der nach dem MSY-Ansatz untersuchten Bestände beträgt momentan für die Ostsee 7; für die Nordsee werden ab dem Jahr 2011 insgesamt 21 Bestände berücksichtigt (Vorjahre: 20 Bestände). Damit werden knapp ein Drittel aller bewirtschafteten Bestände vollständig analytisch auf nachhaltige Bewirtschaftung untersucht. Alle anderen Bestände, für die derzeit noch keine ausreichenden Daten zur Verfügung stehen, bleiben bei diesem Indikator derzeit noch unberücksichtigt.

Der Anteil der nach dem höchstmöglichen Dauerertrag nachhaltig befischten Bestände an der Zahl der nach dem MSY-Ansatz untersuchten Bestände belief sich im Jahr 2014 für Nord- und Ostsee insgesamt auf 53,6 %. Für die Nordsee betrug dieser Anteil 57,1 % und für die Ostsee 42,9 %.

Betrachtet man die Entwicklung zwischen den Jahren 2009 und 2014, ist der Verlauf insgesamt positiv. Im Jahr 2012 war der Anteil nachhaltig bewirtschafteter Fischbestände jedoch geringer als im Vorjahr. Die Einschätzung dieses Indikators ist allerdings schwierig, da er nicht nur durch die Entwicklung der Bestände, sondern auch durch die Auswahl der zu betrachtenden Bestände beeinflusst wird. Zusätzlich gelten die empfohlenen Anlandemengen staatenübergreifend und können nur indirekt durch die Bemühungen eines Staates erfüllt werden.

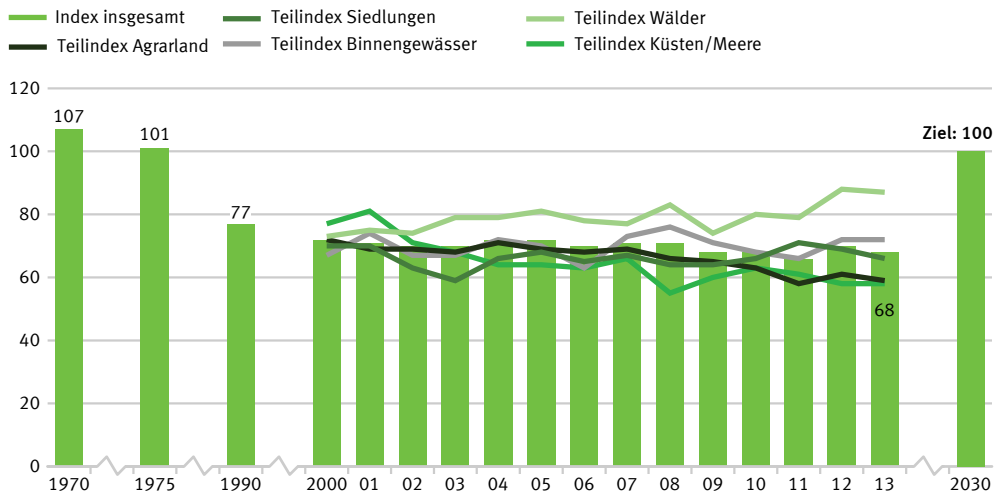
15 LEBEN AN LAND

Artenvielfalt – Arten erhalten – Lebensräume schützen

15.1 Artenvielfalt und Landschaftsqualität



Artenvielfalt und Landschaftsqualität Index 2030 = 100



Der Teilindikator zu den Alpen ist derzeit über die gesamte Datenreihe ausgesetzt. Die historischen Werte für 1970 und 1975 sind rekonstruiert. Die Zielwerte für die Teilindikatoren und den Gesamtindikator sollen bis zum Jahr 2020 überprüft werden.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz, April 2016

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Bestandsentwicklung für 51 ausgewählte Vogelarten in Form eines Index.

Ziel und Intention des Indikators

Eine große Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen. Um die Artenvielfalt und gleichzeitig die Lebensqualität des Menschen zu erhalten ist das vorläufige Ziel der Bundesregierung ein Indexwert von 100 bis zum Jahr 2030 – ursprünglich sollte dieser Zielwert bereits bis 2015 erreicht werden. Es ist vorgesehen, bis zum Jahr 2020 die Höhe dieses Zielwertes zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der Berechnung des Indikators liegt die Entwicklung der Bestände von 51 Vogelarten zu Grunde, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren: Je zehn Arten für die Teilindikatoren zu Agrarland, zu Siedlungen, zu Binnengewässern, zu Küsten und Meeren sowie elf Arten für Wälder. Aufgrund einer unsicheren Datenlage wird derzeit der Lebensraum Alpen nicht berücksichtigt.

Ein Expertengremium hat für jede Vogelart – ursprünglich für das Jahr 2015 – Bestandszielwerte festgelegt. Die Bestandsgröße je Art wird jährlich aus den Ergebnissen von Programmen des Vogelmonitorings vom Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamts für Naturschutz (BfN) berechnet und in Relation zur Größe des festgelegten Zielwerts gesetzt. Die historischen Werte für 1970 und 1975 sind rekonstruiert.

Aus dem Grad der Zielerreichung wird jährlich ein Wert für die Teilindikatoren und den Gesamtindikator berechnet. Die Zielwerte für die Teilindikatoren und den Gesamtindikator wurden vorläufig unverändert auf das Zieljahr 2030 übertragen. Die Höhe dieser Zielwerte soll bis zum Jahr 2020 überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Neben Vögeln sind auch andere Arten an eine reichhaltig gegliederte Landschaft mit intakten, nachhaltig genutzten Lebensräumen gebunden, sodass der Indikator indirekt auch die Entwicklung zahlreicher weiterer Arten in der Landschaft und die Nachhaltigkeit der Landnutzung abbildet.

Der Wert des Indikators für Artenvielfalt und Landschaftsqualität lag im Jahr 1990 deutlich unter den Werten, die für die Jahre 1970 und 1975 rekonstruiert wurden. In den letzten zehn Berichtsjahren (2003 bis 2013) hat sich der Wert des Indikators weiter verschlechtert. Im Jahr 2013 lag er bei nur 68 % des Zielwerts. Bei gleichbleibender Entwicklung ist eine Zielerreichung im Jahr 2030 nicht absehbar.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre (von 2003 bis 2013) haben sich die Teilindikatoren für die einzelnen Lebensraumtypen allerdings unterschiedlich entwickelt. Die Teilindikatoren des Agrarlandes (2013: 59,2 % des Zielwertes) sowie der Küsten und Meere (2013: 58,2 % des Zielwertes) zeigten in diesem Zeitraum einen Abwärtstrend, der sich auch deutlich auf den Gesamtindikator auswirkt. Der Verlauf der Teilindikatoren für Wälder, Siedlungen und Binnengewässer war im Vergleichszeitraum uneinheitlich.

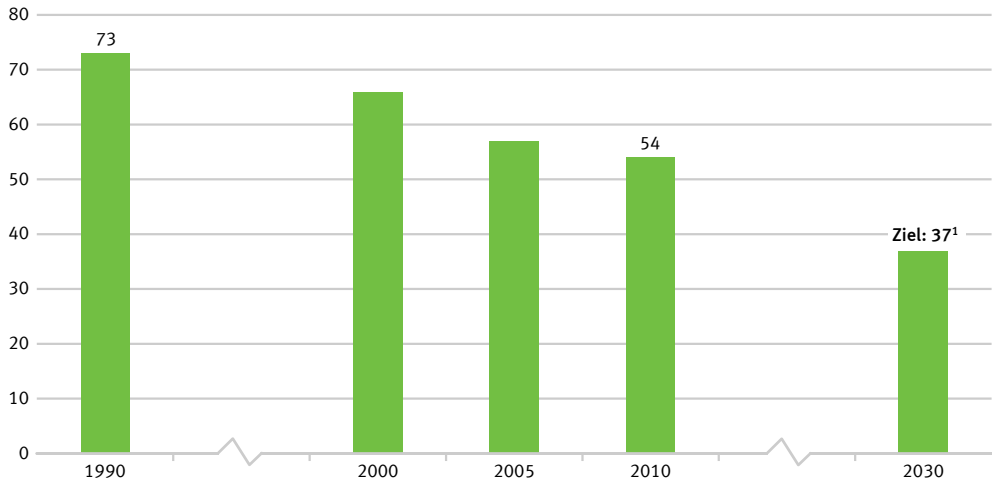
Bis auf die Teilindikatoren für Wälder und Binnengewässer blieben alle Teilindikatoren auch deutlich hinter den Vergleichswerten für das Jahr 1990 zurück. Bei der Artenvielfalt und Landschaftsqualität der Wälder sah es im Vergleich zu den anderen Lebensraumtypen zuletzt deutlich besser aus: 2013 wurde hier mit 86,9 Prozent des Zielwerts der im Vergleich zu den anderen Teilindikatoren höchste Wert erreicht.

Ökosysteme – Ökosysteme schützen, Ökosystemleistungen erhalten und Lebensräume bewahren

15.2 Eutrophierung der Ökosysteme

Ökosysteme mit Überschreitung der Belastungsgrenzen für Eutrophierung durch Stickstoffeinträge

Anteil der bewerteten Fläche empfindlicher Ökosysteme, in %



¹ Der Zielwert von 37 % entspricht einer Senkung des Flächenanteils um 35 % gegenüber 2005.

Quelle: Europäische Umweltagentur

Definition des Indikators

Der Indikator stellt den Anteil der Fläche empfindlicher Ökosysteme dar, bei der die ökologischen Belastungsgrenzen (Critical Loads) durch atmosphärische Stickstoffeinträge überschritten wurden, gemessen an der gesamten bewerteten Fläche empfindlicher Ökosysteme.

Ziel und Intention des Indikators

Die ökologischen Belastungsgrenzen sind ein Maß für die Empfindlichkeit eines Ökosystems gegenüber dem Eintrag eines Schadstoffs. Liegen die Einträge von Luftschadstoffen über den Critical Loads, kann es langfristig zur Schädigung der Struktur und Funktion von Ökosystemen kommen. Fast die Hälfte der Farn- und Blütenpflanzen, die in Deutschland in der Roten Liste aufgeführt sind, sind durch Nährstoffeinträge gefährdet. Bis zum Jahr 2030 soll der Flächenanteil mit erhöhtem Stickstoffeintrag um 35 % gegenüber 2005 reduziert werden. Dies entspricht einer Senkung auf 37 % der Fläche aller Ökosysteme.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Stickstoff, der gebunden in Ammoniak und Stickoxiden in die Atmosphäre gelangt, wird gasförmig, in Regen gelöst, oder als Bestandteil des Feinstaubes in empfindliche Ökosysteme eingetragen. Als Ökosysteme werden dabei Wälder, natürliches Grünland, Moore, Sümpfe und Heiden betrachtet.

Zur Bewertung der Stickstoffeinträge werden ökosystemspezifische Belastungsgrenzen ermittelt, deren Überschreitung nach heutigem Wissensstand Strukturen und Funktionen sowie die Artengemeinschaften eines Ökosystems langfristig schädigen kann. Ökologische Belastungsgrenzen sind somit ein Maß für die Empfindlichkeit eines Ökosystems und erlauben eine räumlich differenzierte Gegenüberstellung der Belastbarkeit von Ökosystemen mit aktuellen atmosphärischen Stickstoffeinträgen. Insgesamt werden auf diese Weise etwa elf Millionen Hektar, das heißt nahezu ein Drittel der Fläche Deutschlands, bewertet. Auswirkungen eines übermäßigen Stickstoffeintrages treten oft erst einige Jahre später auf. Ebenso sind positive Effekte aufgrund geminderten Eintrages erst nach längerer Zeit zu erkennen.

Die Eutrophierung von Ökosystemen steht in Beziehung zu den Indikatoren 2.1.a „Stickstoffüberschuss“, 3.2.a „Emissionen von Luftschadstoffen“, 6.1.b „Nitrat im Grundwasser“ und 14.1.a „Stickstoffeintrag über die Zuflüsse in Ost- und Nordsee“.

Der Indikator wird derzeit vom Coordination Centre for Effects (CCE) im Abstand mehrerer Jahre auf zwei Datenquellen aufbauend errechnet. Dies sind die vom European Monitoring and Evaluation Programme (EMEP) erstellte Zeitreihe der Stickstoffeinträge in Deutschland sowie die national berechnete und durch das Umweltbundesamt bereit gestellte Critical Loads. Grundlagen zur Ermittlung der Belastungsgrenzen sind unter anderem die Bodenübersichtskarte Deutschlands, die Karte der mittleren jährlichen Sickerwasserrate aus dem Boden, die Karte der Landnutzungsverteilung sowie Klimadaten Deutschlands.

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland auf 54 % der Fläche aller bewerteten empfindlichen Ökosysteme die Belastungsgrenzen für schädlichen Stickstoffeintrag überschritten. Besonders hoch sind hier Überschreitungen in Teilen Norddeutschlands, da hier durch die Landwirtschaft große Mengen reaktiver Stickstoffverbindungen freigesetzt werden.

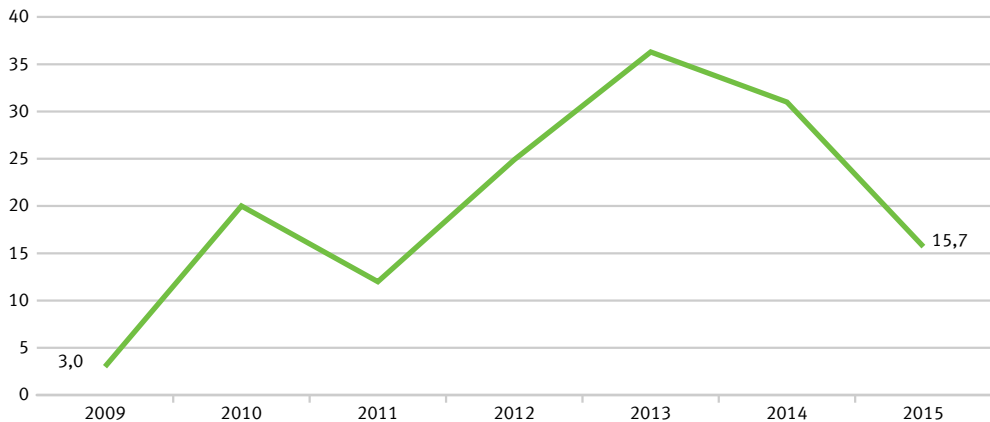
Zwischen 1990 und 2010 konnte der Anteil der Flächen, auf denen die Belastungsgrenzen für Stickstoff überschritten wurden, um 19 Prozentpunkte gesenkt werden. Dies ist insbesondere auf den Rückgang der Emissionen durch Verkleinerung der Viehbestände nach der Wiedervereinigung und Luftreinhaltemaßnahmen zurückzuführen. Sollte die Reduktion von Stickstoffeinträgen der vergangenen Berichtsjahre fortgeführt werden, kann das angestrebte Ziel von höchstens 37 % belasteter Fläche im Jahr 2030 erreicht werden.

Wälder – Entwaldungen vermeiden

15.3 Erhalt bzw. Wiederaufbau von Wäldern in Entwicklungsländern unter dem REDD+-Regelwerk



Zahlungen an Entwicklungs- und Schwellenländer für den nachgewiesenen Erhalt bzw. Wiederaufbau von Wäldern unter dem REDD+-Regelwerk
in Millionen Euro



Finanzierungsbeiträge vor 2013 sind in Antizipation des REDD+-Regelwerks erfolgt.

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Auszahlungen Deutschlands an Entwicklungs- und Schwellenländer für den nachgewiesenen Erhalt beziehungsweise Wiederaufbau von Wäldern unter dem REDD+-Regelwerk.

Ziel und Intention des Indikators

Die Vermeidung von Entwaldung und Walddegradierung (Schädigung), eine nachhaltige Waldbewirtschaftung sowie der Wiederaufbau von Wäldern und Aufforstung tragen mittelbar und unmittelbar zur Minderung des CO₂-Ausstoßes und zur Speicherung von Kohlenstoff bei. Das REDD+-Regelwerk sieht vor, dass ergebnisbasierte Zahlungen für messbare und nachgewiesene CO₂-Emissionsminderungen geleistet werden. Ziel ist es, diese Zahlungen von Deutschland an Entwicklungs- und Schwellenländer bis 2030 zu steigern.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die „Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern“ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation, REDD+) ist ein Finanzierungsinstrument zum Schutz von Wäldern und ihrer Biodiversität, welches von der internationalen Gemeinschaft entwickelt wurde. REDD+ belohnt Regierungen und lokale Gemeinschaften finanziell dafür, dass sie die Entwaldung und damit Emissionen nachweislich reduzieren. Die ausgezahlten Beträge orientieren sich dabei am Umfang der reduzierten Emissionen beziehungsweise des gespeicherten Kohlenstoffes. REDD+-Gelder werden nur ausgezahlt, wenn die Entwaldung nachweislich reduziert wurde – sie sind also ergebnisbasiert. Folglich können sich Schwankungen des Indikators im Zeitverlauf ergeben, obwohl das Niveau der zugesagten Zahlungen über die Jahre gleich bleibt.

Der Indikator umfasst nur einen Teil der öffentlichen Entwicklungsausgaben für den Erhalt, die nachhaltige Bewirtschaftung und den Wiederaufbau von Wäldern, da die Bundesregierung sich nicht nur im Rahmen von REDD+, sondern auch über andere Programme und Initiativen für nachhaltige Waldentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern einsetzt.

Zahlungen unter dem REDD+-Regelwerk sind auch Bestandteil der Klimafinanzierung (Indikator 13.1.b), da vor allem der Erhalt von Wäldern der Verringerung von Emissionen dient.

Datenquellen für den Indikator sind die Finanzberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Die Daten werden seit 2008 jährlich erfasst.

Im Betrachtungszeitraum 2009 bis 2015 entwickelte sich der Indikator sehr ungleichmäßig. Nach einem starken Anstieg von 3,0 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 20,0 Millionen Euro im Jahr 2010 sanken die Zahlungen im Jahr 2011 auf 12,0 Millionen Euro, um anschließend auf den bisherigen Höchstwert von 36,3 Millionen Euro im Jahr 2013 zu steigen. In den darauf folgenden Jahren gingen die Zahlungen zurück und lagen im Jahr 2015 mit 15,7 Millionen Euro unter dem Niveau von 2010. Von diesem Betrag flossen 12,4 Millionen Euro an multilaterale Programme und 3,3 Millionen Euro an bilaterale Programme. In der Entwicklung des Indikators ist seit 2010 kein eindeutiger Trend erkennbar. Nach einem starken Zuwachs der Zahlungen bis zum Jahr 2013 haben sie sich im Jahr 2015 auf einem Niveau zwischen den Werten der Jahre 2010 und 2011 befunden.

16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

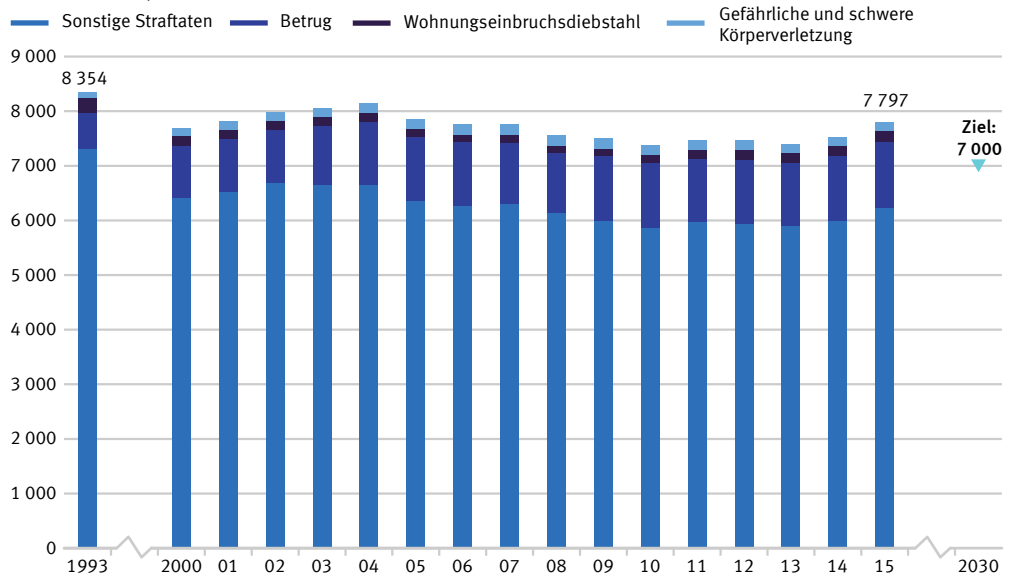
Kriminalität – *Persönliche Sicherheit weiter erhöhen*

16.1 Straftaten



Straftaten

Erfasste Fälle je 100 000 Einwohner



Quelle: Bundeskriminalamt, Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Anzahl der Straftaten, die der Polizei angezeigt werden, je 100 000 Einwohner.

Ziel und Intention des Indikators

Ein sicheres Umfeld, in dem die Bürger ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Deshalb soll die Anzahl der erfassten Straftaten je 100 000 Einwohner bis zum Jahr 2030 auf unter 7 000 sinken.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Der Indikator erfasst alle in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Straftaten. Dies sind bei der Polizei angezeigte und durch sie endbearbeitete Straftaten, solange es sich nicht um Staatsschutzdelikte, Verkehrsdelikte (mit Ausnahme der Verstöße gegen §§ 315, 315b Strafgesetzbuch und § 22a Straßenverkehrsgesetz) oder Verstöße gegen strafrechtliche Landesgesetze (mit Ausnahme der einschlägigen Vorschriften in den Landesdatenschutzgesetzen) handelt. Straftaten, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland begangen wurden sind ebenso wenig



enthalten wie Delikte, die nicht zum Aufgabenbereich der Polizei gehören (zum Beispiel Finanz- und Steuerdelikte) beziehungsweise unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und ausschließlich von ihr bearbeitet werden (zum Beispiel Aussagedelikte).

Die PKS-Veröffentlichungen werden jährlich auf der Basis der vorliegenden Daten in den Landeskriminalämtern und dem Bundeskriminalamt erstellt. Zur Berechnung der Straftaten je 100 000 Einwohner werden für die gesamte Zeitreihe die (zurückgerechneten) Bevölkerungszahlen auf Grundlage des Zensus 2011 verwendet. Dies ermöglicht zeitliche Vergleiche ab 1993, allerdings ergeben sich dadurch Differenzen im Vergleich zu den veröffentlichten Daten der PKS vor 2013. Veränderungen in der PKS lassen nicht immer auf tatsächliche Veränderungen in der Realität schließen, denn die Statistik erfasst nur das sogenannte Hellfeld – also die der Polizei offiziell bekannt gewordene Kriminalität. Aufgrund fehlender statistischer Daten kann das sogenannte Dunkelfeld – die der Polizei offiziell nicht bekannt gewordene Kriminalität – in der PKS nicht abgebildet werden. Wenn sich zum Beispiel das Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder die Verfolgungsintensität der Polizei ändert, kann sich die Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld verschieben, ohne dass damit eine Änderung des Umfangs der tatsächlichen Kriminalität verbunden sein muss.

Die Anzahl der Straftaten lag 2015 bei 7 797 je 100 000 Einwohner und nahm zwischen 1993 und 2015 um insgesamt 6,7 % ab. Dabei handelte es sich jedoch nicht um eine kontinuierliche Entwicklung. So kam es beispielsweise von 2000 bis 2004 zwischenzeitlich zu einem Anstieg, dem ein leichter Rückgang bis 2010 folgte. Die große Zahl der Menschen, die im Jahr 2015 als Flüchtlinge und Schutzsuchende nach Deutschland gekommen ist, spiegelt sich auch in der PKS wider. So sind im Jahr 2015 ausländerrechtliche Verstöße (zum Beispiel illegale Einreise) im Vergleich zu 2014 um 157,5 % angestiegen. Diese machten 6,4 % aller Straftaten aus. Rechnet man den starken Anstieg der ausländerrechtlichen Straftaten heraus, liegt die Gesamtzahl der polizeilich registrierten Straftaten im Jahr 2015 in etwa auf dem Niveau der Vorjahre.

Im Jahr 2015 lag die Anzahl der Straftaten bei insgesamt 6,3 Millionen. Betrachtet man unterschiedliche Teilbereiche, so entfielen 2,6 % der durch die Polizei registrierten Delikte auf den Wohnungseinbruchsdiebstahl, 15,3 % auf Fälle von Betrug und 2,0 % auf gefährliche und schwere Körperverletzung. Während der Wohnungseinbruchsdiebstahl zwischen 1993 und 2015 um 26,4 % zurückging, nahmen die Betrugsfälle um 82,9 % und die Fälle von gefährlicher sowie schwerer Körperverletzung um 45,1 % zu. Richtet man den Blick ausschließlich auf die Entwicklung der letzten fünf betrachteten Jahre, so weichen diese von der geschilderten Tendenz ab. Bei Wohnungseinbrüchen war zwischen 2010 und 2015 wieder ein Anstieg von insgesamt 37,7 % zu verzeichnen, während die Fälle von Betrug hingegen um 0,2 % zurückgingen. Auch die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung gingen zwischen 2010 und 2015 um insgesamt 10,9 % zurück.

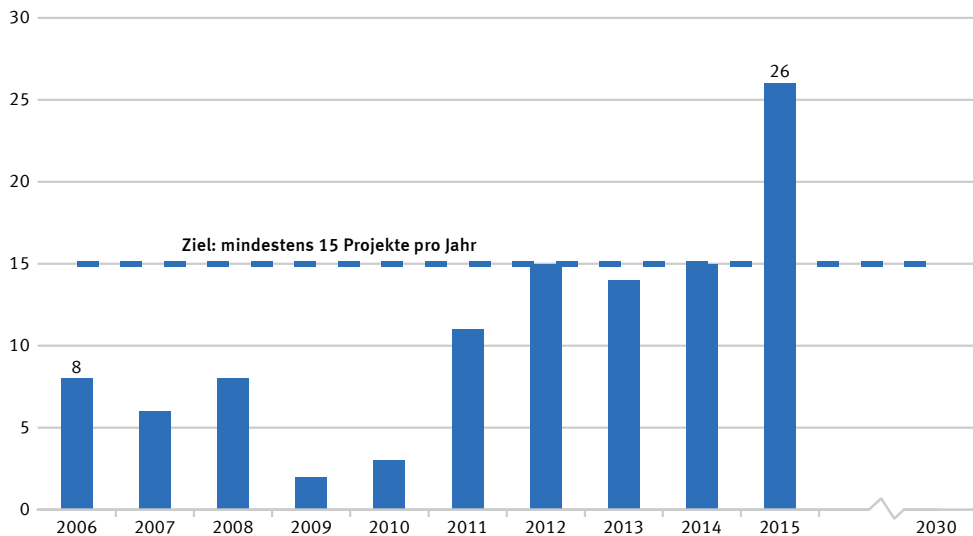
Im Jahr 2015 betrug die Aufklärungsquote aller durch die Polizei registrierten Delikte 56,3 % und lag damit in etwa auf Vorjahresniveau. Dabei gibt es deutliche Unterschiede je nach Art der Straftat. So lag die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchsdiebstahl lediglich bei 15,2 %. Bei Betrugsdelikten wurden dagegen 76,4 % und bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung 82,3 % aller Straftaten aufgeklärt. Die vergleichsweise geringe Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchsdiebstahl hängt mit einer hohen Anzeigebereitschaft bei nur vergleichsweise selten vorliegenden konkreten Anhaltspunkten zur Täterschaft zusammen. Dies steht in deutlichem Gegensatz zur Situation bei Betrugs- und Körperverletzungsdelikten. Diese Straftaten weisen eine hohe Aufklärungsquote auf, weil der Polizei die Tatverdächtigen meist bereits bei der Anzeigenerstattung bekannt werden.

Frieden und Sicherheit – *Praktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Proliferation, insbesondere von Kleinwaffen ergreifen*

16.2 Anzahl der in betroffenen Weltregionen durchgeführten Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen durch Deutschland



Anzahl der in betroffenen Weltregionen durchgeführten Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen durch Deutschland



Quelle: Auswärtiges Amt

Definition des Indikators

Der Indikator zeigt die Anzahl der in Afrika, Osteuropa, Lateinamerika und Asien mit deutscher finanzieller Unterstützung durchgeführten Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen.

Ziel und Intention des Indikators

Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden – dies betont die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in ihrer Präambel. Mit den vom Indikator erfassten Maßnahmen leistet Deutschland in einem konkreten Teilbereich einen Beitrag zur Friedenssicherung. Ziel ist, dass jährlich mindestens 15 Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen durch Deutschland durchgeführt werden.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Für die Realisierung von Projekten im Bereich Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen ist in Deutschland das Auswärtige Amt zuständig. Neben dem Engagement innerhalb der Vereinten Nationen, der Gruppe interessierter Staaten und der Europäischen Union ist Deutschland auch bilateral – zum Beispiel in einem Projekt zur Stärkung der nationalen Kleinwaffenkommission in Cote d'Ivoire – aktiv. Die Durchführung der bilateralen Projekte übernehmen die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH oder Nichtregierungsorganisationen. Dabei sagt die Beteiligung an einem Projekt nichts über seinen Umfang oder Erfolg aus.

Auf der Basis des analysierten prioritären Bedarfs und des von Regionalorganisationen und Partnerländern geäußerten Interesses werden die Projekte in den genannten Regionen vergeben. Weltweiter Schwerpunkt ist dabei die Sahel-Zone, wo die Verbesserung der Kleinwaffenkontrolle unter anderem durch die Stärkung von Regionalorganisationen erfolgt, wie zum Beispiel die Afrikanische Union. Die Durchführung der Projekte wird dort von Nichtregierungsorganisationen übernommen. In der Balkanregion werden insbesondere die Vernichtung von Überschüssen und die Sicherung der offiziellen Lagerbestände zur Eindämmung der Proliferation (Weiterverbreitung) von Kleinwaffen verfolgt. Hier arbeitet Deutschland überwiegend mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zusammen. In Lateinamerika und Asien werden einzelne Projekte mit Hinblick auf die Regulierung privater Sicherheitsdienste und zur Universalisierung des internationalen Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) finanziert.

Zu beachten ist, dass die Finanzierung der Projekte nicht allein durch das Auswärtige Amt erfolgt. Teilweise werden die Projekte auch mit Drittmitteln finanziert. Damit berücksichtigt der Indikator nicht den Umfang der deutschen Beteiligung an diesen Projekten. Darüber hinaus ist zu beachten, dass der Indikator den Gesamtbestand der Projekte im jeweiligen Jahr abbildet, was zur Folge haben kann, dass Projekte mit mehrjähriger Laufzeit mehrfach gezählt werden.

Im Zeitraum 2006 bis 2015 stieg die Anzahl der pro Jahr bearbeiteten Projekte von acht auf 26. Das Ziel, dass sich Deutschland jährlich in mindestens 15 Projekten engagiert, wurde bereits im Jahr 2012 erfüllt. Nach einem Rückgang im Jahr 2013 entsprach die Anzahl der Projekte im Jahr 2015 wieder der Zielvorgabe von 15. Die Entwicklung des Indikators lässt in der längerfristigen Betrachtung einen positiven Trend erkennen.

Gute Regierungsführung – *Korruptionsbekämpfung*

16.3.a, b Corruption Perception Index in Deutschland sowie in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

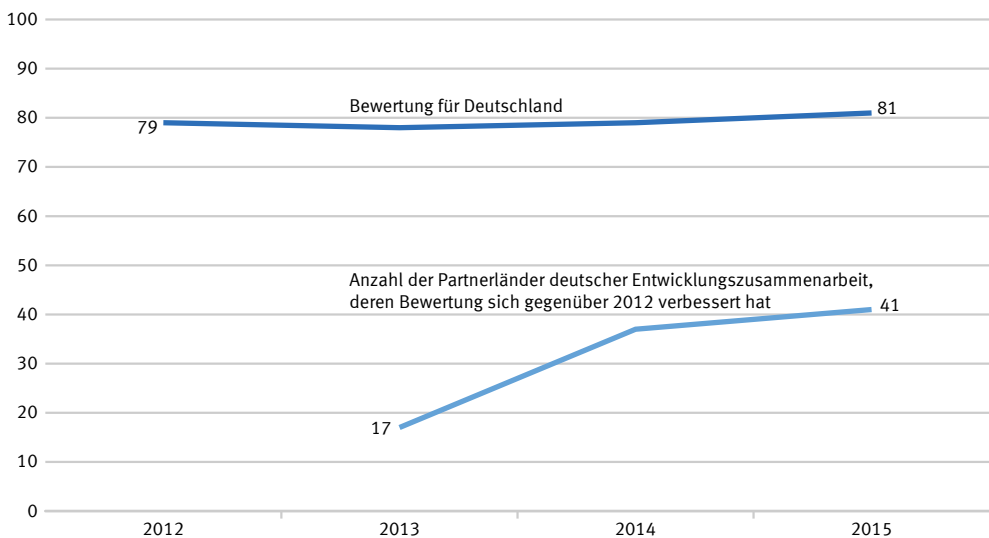
CPI Deutschland



Partnerländer



Korruptionswahrnehmungsindex



Quelle: Transparency International

Definition der Indikatoren

Die Indikatoren geben den Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International für Deutschland (16.3.a) sowie die Anzahl der Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, deren CPI sich im Vergleich zum Jahr 2012 verbessert hat (16.3.b), wieder. Der CPI misst, wie stark Korruption im öffentlichen Sektor in einem Land wahrgenommen wird.

Ziele und Intentionen der Indikatoren

Bis 2030 wird eine weitere Verbesserung des CPI für Deutschland angestrebt. Zudem soll sich auch der CPI der Mehrzahl der Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verbessern. Basisjahr ist dabei jeweils das Jahr 2012.



Inhalt und Entwicklung der Indikatoren

Der CPI ist ein Kompositindikator, der auf unterschiedlichen Experten- sowie Unternehmensbefragungen zur Wahrnehmung von Korruption im öffentlichen Sektor basiert. Abhängig von der jeweiligen Befragung können unterschiedliche Verständnisse von Korruption zu Grunde liegen und die Quellen für die Berechnung im Zeitablauf wechseln. In den Index werden Länder mit einbezogen, zu denen mindestens drei ausgewählte Befragungen vorliegen. Somit ist der CPI die am meisten Länder umfassendste Übersichtsstudie zur wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor.

Das Joint Research Centre der Europäischen Kommission weist in seiner Analyse des CPI darauf hin, dass bei der Interpretation der Ergebnisse die jeweilige statistische Signifikanz der Veränderung mitbetrachtet werden sollte und selbst bei statistisch signifikanten Unterschieden die Ergebnisse dieses Indikators mit Vorsicht zu interpretieren seien.

Deutschland hat sich im Vergleich zum Jahr 2012 von 79 Punkten auf 81 Punkte im Jahr 2015 verbessert und befindet sich damit zusammen mit Großbritannien und Luxemburg auf dem zehnten Platz des Rankings. Dabei ist diese Veränderung gegenüber 2014 nicht als statistisch signifikant (bei einem Signifikanzniveau von 5%) anzusehen.

Auch das Statistische Bundesamt erhebt im Rahmen der Zufriedenheitsbefragung zu behördlichen Dienstleistungen Daten zum Thema Korruption. Nach dieser hatten im Jahr 2015 4,7 % der Bevölkerung während ihres Kontakts mit öffentlichen Einrichtungen den Eindruck, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bestechlich waren. Bei der entsprechenden Umfrage unter Unternehmen hatten 3,6 % der Unternehmen den Eindruck, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bestechlich waren.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst alle der Polizei bekannt gewordenen strafrechtlichen Sachverhalte. Im Jahr 2015 wurden 1 076 Fälle von Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung sowie Bestechlichkeit und Bestechung im öffentlichen Sektor erfasst. Zudem werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik auch Fälle von Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr sowie sogenannte Begleitdelikte der Korruption wie zum Beispiel Betrugs- und Untreuehandlungen, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen, Strafreitelung, Falschbeurkundung im Amt und Verletzung des Dienstgeheimnisses ausgewiesen.

In Bezug auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit haben sich im Jahr 2015 im Vergleich zum Jahr 2012 insgesamt 41 der 82 durch den CPI bewerteten Partnerländer verbessert. Die Anzahl der sich positiv entwickelnden Partnerländer ist im betrachteten Zeitraum jedes Jahr gestiegen. Eine statistisch signifikante Verbesserung (bei einem Signifikanzniveau von 5 %) wies in 2015 gegenüber 2012 jedoch nur ein Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf, im Vergleich dazu sind es 2014 sechs Partnerländer gewesen.

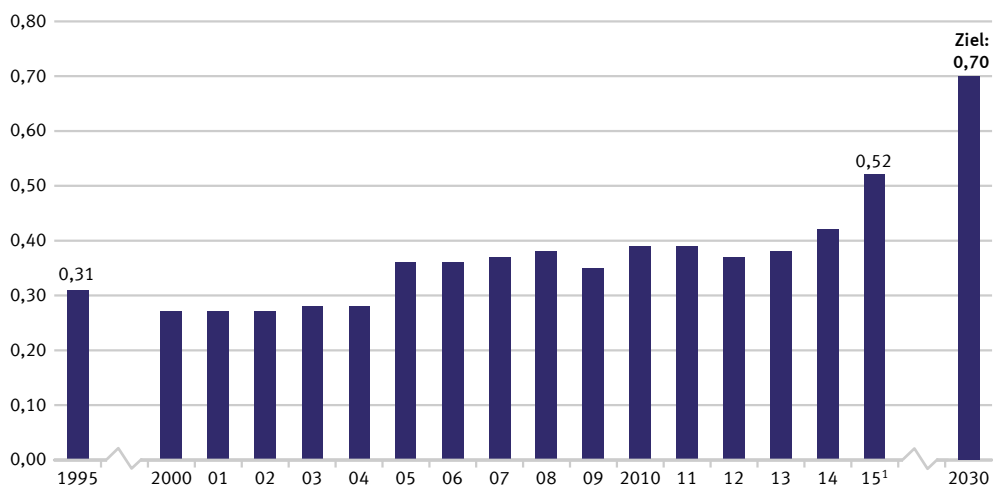
17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

Entwicklungszusammenarbeit – *Nachhaltige Entwicklung unterstützen*

17.1 Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen



Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen in %



1 Vorläufige Daten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Definition des Indikators

Der Indikator erfasst die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE).

Ziel und Intention des Indikators

Mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit tragen die Industrienationen dazu bei, die weltweite Armut zu mindern, den Frieden zu sichern, humanitäre Notlagen zu lindern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, will die Bundesregierung das ursprünglich bereits für 2015 festgelegte Ziel, den Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen auf 0,7 % zu steigern, bis zum Jahr 2030 erreichen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Datengrundlage des Indikators sind die Statistiken der Leistungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom Statistischen Bundesamt erstellt werden.

Die Anrechenbarkeit einer Leistung als ODA ist durch die entsprechenden Richtlinien des Entwicklungsausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert. Zur ODA zählen vor allem Ausgaben für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern, humanitäre Hilfe sowie Beiträge für Entwicklungszusammenarbeit an multilaterale Institutionen wie zum Beispiel Vereinte Nationen, Europäische Union (EU), Weltbank oder regionale Entwicklungsbanken. Daneben sind auch Ausgaben für bestimmte Friedensmissionen, der Erlass von Schulden sowie bestimmte Ausgaben für Entwicklung im Geberland, etwa Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungs- und Schwellenländern oder Ausgaben für entwicklungsspezifische Forschung, als ODA anrechenbar. Im Jahr 2015 fand eine Anpassung der Berechnungsgrundlage der deutschen ODA statt, durch die die Kosten für Unterbringung, Versorgung und Bildung von Flüchtlingen stärker berücksichtigt wurden. Derzeit erarbeitet eine unabhängige Expertengruppe für den DAC Vorschläge, die Methoden zur Erhebung von Ausgaben für Geflüchtete, soweit prinzipiell ODA-fähig, besser vergleichbar zu machen.

Die OECD beziehungsweise der DAC definiert auch die Liste der ODA-fähigen Entwicklungs- und Schwellenländer. Diese umfasst zum einen die am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) sowie weitere Länder mit niedrigem und mittlerem Bruttonationaleinkommen pro Kopf. Ausgeschlossen sind Mitglieder der G7 und Russland, der EU sowie EU-Beitrittskandidaten mit festem Beitrittsdatum. Die Liste wird dreijährlich aktualisiert. Veränderungen des Indikators können sich also auch dadurch ergeben, dass einzelne oder mehrere Länder in die Liste eintreten beziehungsweise aus ihnen herausfallen.

Im Jahr 2014 lag der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am deutschen BNE bei 0,42 %, nach vorläufigen Werten ist er im Jahr 2015 auf 0,52 % gestiegen. Die Netto-ODA-Leistungen betragen 2015 rund 16,0 Milliarden Euro (vorläufiger Wert), dies bedeutet eine Steigerung um 29,5 % im Vergleich zum Vorjahr (12,5 Milliarden Euro).

Im internationalen Vergleich war Deutschland 2014 absolut gesehen der drittgrößte Geber von ODA-Mitteln hinter den USA und Großbritannien. Bezogen auf das BNE entspricht die von Deutschland 2014 erreichte Quote von 0,42 % exakt dem Durchschnittswert der EU-Mitglieder des OECD-Entwicklungsausschusses. Relativ gesehen liegt Deutschland damit als zehntgrößter Geber nur im Mittelfeld. Das internationale Ziel von 0,7 % erreichten im Jahr 2014 Schweden, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und Großbritannien. Entsprechende Daten zu Gebervergleichen für das Jahr 2015 liegen noch nicht vor.

Neben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden auch von privater Seite, zum Beispiel durch Kirchen, Stiftungen und Verbände, Beiträge geleistet. Diese private Entwicklungszusammenarbeit, die nicht ODA-anrechenbar ist, belief sich 2015 auf 1,24 Milliarden Euro, was einem Anteil von 0,04 % am Bruttonationaleinkommen entsprach. Private Direktinvestitionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern beliefen sich 2015 auf 15,0 Milliarden Euro (vorläufiger Wert).

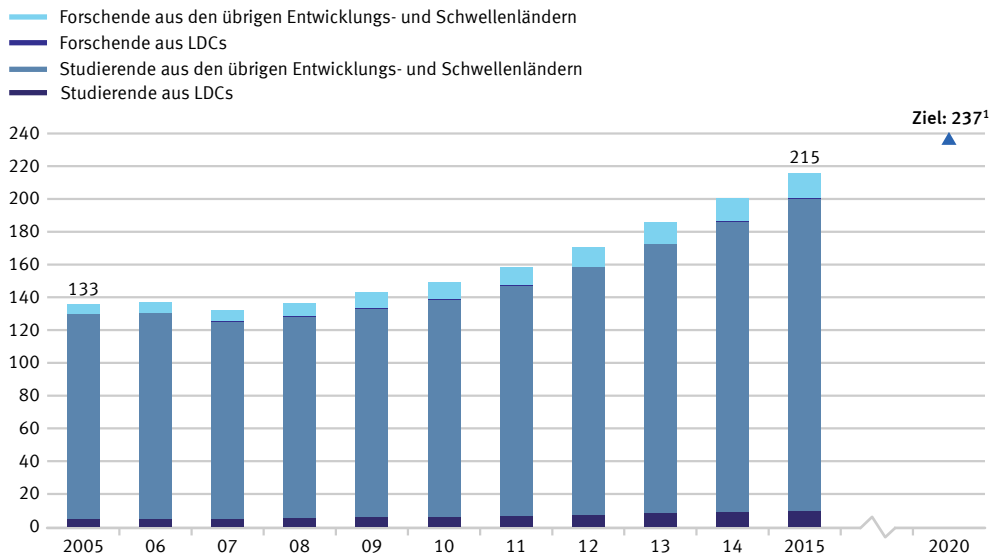
17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

Wissenstransfer insbesondere im technischen Bereich – *Wissen international vermitteln*

17.2 Anzahl der Studierenden und Forschenden aus Entwicklungsländern sowie LDCs pro Jahr



Studierende und Forschende aus Entwicklungs- und Schwellenländern in Deutschland in Tausend



¹ Das Ziel entspricht einer Steigerung der Anzahl der Studierenden und Forschenden um 10 % gegenüber 2015 in 2020. LDCs (Least Developed Countries): am wenigsten entwickelte Länder.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator erfasst die Anzahl der Studierenden und Forschenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern pro Jahr beziehungsweise Semester. Hierbei wird die Anzahl der Studierenden und Forschenden aus den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDCs) gesondert ausgewiesen.

Ziel und Intention des Indikators

Wissen ist nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im globalen Maßstab ein zentraler Treiber nachhaltiger Entwicklung. Die Stärkung des internationalen Wissensaustauschs durch Deutschland ist hierfür eine wichtige Maßnahme. Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, die Summe der Studierenden und Forschenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern von 2015 bis 2020 um 10 % zu steigern und die Anzahl anschließend zu verstetigen.



Inhalt und Entwicklung des Indikators

Datengrundlage des Indikators ist sowohl die Studierendenstatistik als auch die Statistik des Hochschulpersonals des Statistischen Bundesamtes. Beides sind Vollerhebungen auf der Basis der Verwaltungsdaten der Hochschulen. Der Indikator umfasst die Studierenden im Wintersemester des jeweiligen Jahres. Die Forschenden werden hingegen zum Stichtag 1. Dezember erhoben. Unter Forschenden wird hierbei das haupt- und nebenberufliche wissenschaftliche Personal an deutschen Hochschulen (ohne studentische Hilfskräfte) verstanden. Promotionsstudierende, die als Studierende an einer Hochschule immatrikuliert sind und zugleich als wissenschaftliches Personal arbeiten, können zu Doppelzählungen im Indikator führen.

Die Gesamtzahl aller Studierenden und Forschenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern an deutschen Hochschulen im Jahr 2015 betrug 215 258. Mit 93,0 % machten dabei die Studierenden den weitaus größeren Anteil am Wert des Indikators aus.

Im Wintersemester 2015/16 waren 200 149 Studierende aus Entwicklungs- und Schwellenländern an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Das entspricht 7,3 % aller Immatrikulierten. Die Anzahl der Studierenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern ist seit 2005 (126 672 Studierende) stetig gestiegen – nur im Krisenjahr 2007 gab es einen Rückgang. Der Anstieg im Wintersemester 2015/16 im Vergleich zum Vorjahr (186 012 Studierende im Wintersemester 2014/15) lag bei 7,6 %. Im Wintersemester 2015/16 kamen 9 746 Studierende aus LDCs und somit 5,4 % mehr als im Vorjahr.

Von den 200 149 Studierenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die im Wintersemester 2015/16 an deutschen Hochschulen immatrikuliert waren, kamen 36 530 aus der Türkei, 34 643 aus China sowie 13 740 Studierende aus Indien. Insgesamt waren 43,8 % davon Studentinnen. Während aus den europäischen Entwicklungs- und Schwellenländern mit 48,7 % etwa gleich viele Frauen und Männer in Deutschland studieren, kommen aus Ozeanien etwa ein Viertel Studentinnen (25,2 %). Auch unter den Studierenden aus LDCs betrug der Frauenanteil etwa ein Viertel (24,2 %).

Im Jahr 2015 waren 15 109 Forscherinnen und Forscher aus Entwicklungs- und Schwellenländern Teil des wissenschaftlichen Personals an deutschen Hochschulen. Damit machten diese einen Anteil von 3,9 % am gesamten wissenschaftlichen Personal an deutschen Hochschulen aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Anzahl um 5,4 % gestiegen, seit 2005 hat sie sich mehr als verdoppelt. 517 Forschende kamen im Jahr 2015 aus LDCs (0,1 % des gesamten wissenschaftlichen Personals). Im Vorjahr waren es 500 Forschende. Dies entspricht einem Zuwachs von 3,4 %.

Insgesamt steigt die Anzahl der aus Entwicklungs- und Schwellenländern stammenden Studierenden und Forschenden seit dem Jahr 2007 kontinuierlich an. Bei Fortsetzung dieser bisherigen Entwicklung könnte das Ziel für das Jahr 2020 erreicht werden.

17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE

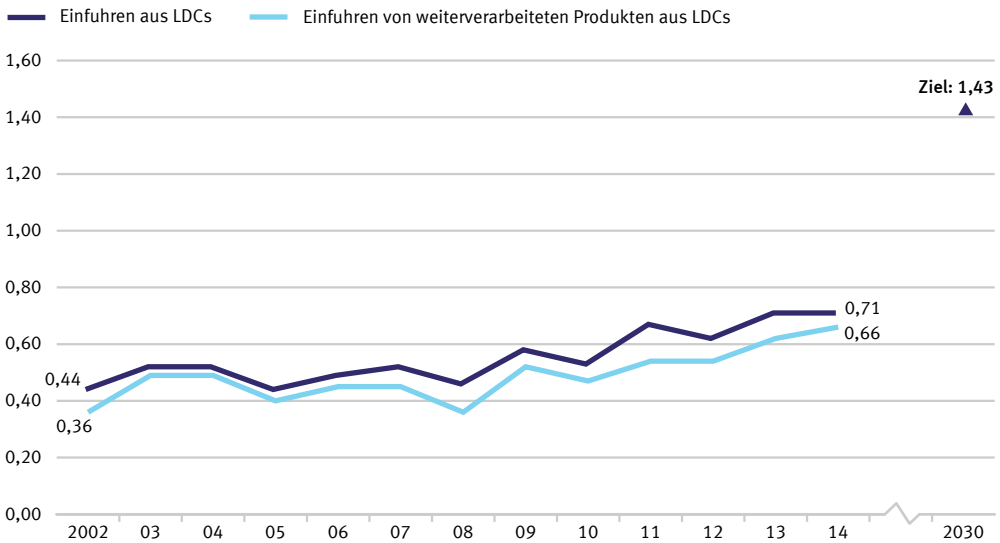
Märkte öffnen – *Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern*

17.3 Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern



Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs)

Anteil an den gesamten Einfuhren nach Deutschland, in %



LDCs = Least Developed Countries

Quelle: Statistisches Bundesamt

Definition des Indikators

Der Indikator gibt den Anteil der Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDCs) an den gesamten Einfuhren nach Deutschland (in Euro gemessen) an.

Ziel und Intention des Indikators

Für eine globale nachhaltige Entwicklung ist es wichtig, die Handelschancen der Entwicklungs- und Schwellenländer zu verbessern. Entwicklungs- und Schwellenländer benötigen ein offenes und faires Handelssystem, um sowohl Rohstoffe als auch verarbeitete Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten. Die Bundesregierung hat daher als Ziel festgelegt, dass sich der Anteil der Einfuhren aus LDCs zwischen den Jahren 2014 und 2030 verdoppeln soll.

Inhalt und Entwicklung des Indikators

Die Angaben zu Einfuhren nach Deutschland werden von der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes zusammengestellt. Dabei wird neben dem Herkunftsland der importierten Waren, deren Wert und Gewicht auch die Art der Ware detailliert erfasst.



Zusätzlich zu den gesamten Einfuhren werden auch die Einfuhren weiterverarbeiteter Produkte separat dargestellt. Hierunter sind alle Waren gefasst, die in der Gliederung nach Warengruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW) nicht als „Rohstoffe“ eingestuft werden. Entsprechend sind aus der Natur gewonnene, nicht oder kaum bearbeitete Waren, die als Ausgangsstoffe für die Erzeugung industrieller Waren dienen, wie Erdöl, Erze, Rundholz oder pflanzliche Spinnstoffe, ausgeschlossen. Dagegen zählen etwa Getreide, Gemüse, lebende Tiere, Fleisch und Milch zu den weiterverarbeiteten Produkten.

Die Einordnung der verschiedenen Länder als LDC wird anhand der Liste der Empfänger öffentlicher Entwicklungsgelder des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgenommen. Es werden die im jeweiligen Jahr gültigen Einstufungen verwendet. Ändert sich also der Status eines Landes, so wirkt sich das auf den Indikator aus, auch wenn der Wert der Einfuhren aus diesem Land unverändert bleibt. Für die Entwicklung des Indikators im dargestellten Zeitraum sind Statusänderungen der Länder allerdings kaum von Relevanz.

Für Wert und Entwicklung des Indikators können verschiedene Faktoren eine Rolle spielen, etwa Technologietransfers oder Zolländerungen, aber auch die politische Stabilität eines Landes oder die Infrastruktur. Durch die Fokussierung auf weiterverarbeitete Produkte soll zumindest in gewissem Umfang der Frage Rechnung getragen werden, ob Deutschland aus den LDCs hauptsächlich die Ausgangsstoffe für industriell erzeugte Produkte bezieht oder ob die LDCs selbst am Fertigungsprozess und dessen Wertschöpfung teilhaben. Dies bildet der Indikator allerdings nur partiell ab, da der Export von weiterverarbeiteten Produkten aus einem LDC keinen Rückschluss erlaubt, in welchem Maße ein LDC an der Wertschöpfung dieser exportierten Waren beteiligt war. Umgekehrt können allerdings LDCs auch an der Wertschöpfungskette von Waren beteiligt sein, die Deutschland letztendlich aus einem Land importiert, das selbst kein LDC ist.

Bedingt durch Reimporte sind auch Mehrfachzählungen in Zähler und Nenner des Indikators nicht auszuschließen. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Importe aus LDCs im Verhältnis zu den gesamten deutschen Importen betrachtet werden. Somit hängt der Wert des Indikators nicht nur von der absoluten Höhe der Importe aus LDCs ab, sondern auch vom Wert aller Importe.

Der Anteil der Einfuhren aus LDCs an den gesamten Einfuhren nach Deutschland lag 2014 bei 0,71 % oder 6,5 Milliarden Euro. Dies bedeutet eine Steigerung um fast zwei Drittel gegenüber 2002, als der Anteil noch bei 0,44 % lag. Die positive Entwicklung zeigte sich allerdings erst in den Jahren seit 2008. Der Anteil der Einfuhren von weiterverarbeiteten Produkten aus LDCs stieg zwischen 2002 und 2014 noch stärker an (+85 %). Er liegt nun bei 0,66 % der gesamten Einfuhren nach Deutschland (2002: 0,36 %), dies entspricht einem Wert von rund 6,0 Milliarden Euro.

Eine genauere Betrachtung der unterschiedlichen Herkunftsländer zeigt, dass 2014 fast drei Viertel der Einfuhren aus LDCs aus Bangladesch (58,63 %) oder Kambodscha (14,74 %) stammten. Dies ist vorrangig auf die dortige Produktion von Bekleidung zurückzuführen.

Werden nicht nur die LDCs, sondern alle Entwicklungs- und Schwellenländer betrachtet, so betrug im Jahr 2014 ihr Anteil an den gesamten Einfuhren nach Deutschland 20,39 %, der Anteil weiterverarbeiteter Güter am gesamten Import lag bei 17,72 % (nach 13,67 % beziehungsweise 12,17 % im Jahr 2002). Somit machen die Einfuhren aus LDCs sowohl an allen Gütern als auch an den weiterverarbeiteten nur einen sehr kleinen Teil der Einfuhren aus Entwicklungs- und Schwellenländern aus. Wie oben ersichtlich hat ihr Anteil an den gesamten Einfuhren jedoch im Zeitverlauf stärker zugenommen. Unter allen Entwicklungsländern spielt China die größte Rolle. Allein der Anteil der Importe aus diesem Land an allen deutschen Importen betrug 8,77 % beziehungsweise 8,73 % für die weiterverarbeiteten Güter.

Übersicht zum Status der Indikatoren

Um sich einen schnellen Überblick zum Status der einzelnen Indikatoren zu verschaffen, wird im Bericht bei jedem Indikator sofern möglich eines von vier möglichen „Wettersymbolen“ abgebildet. Diese Kennzeichnung ist keine politische Bewertung und auch keine Prognose. Stattdessen bieten die Symbole eine erste Einschätzung der Entwicklung, ersetzen aber nicht die erläuternden Texte sowie weitere Analysen und Hintergrundinformationen. Die Art und Weise, wie die Symbole den einzelnen Indikatoren zugeordnet werden, hängt von der Formulierung des jeweiligen Ziels ab.

In den meisten Fällen soll ein Indikator einen konkreten absoluten oder relativen Zielwert in einem Zieljahr erreichen (zum Beispiel Indikator 3.1.a). Bei einer solchen Zielformulierung wird zunächst anhand der letzten sechs Datenpunkte der Durchschnitt der letzten fünf jährlichen Veränderungen ermittelt. Dieser Wert wird für die zukünftige jährliche Entwicklung bis zum Zieljahr unterstellt. Auf dieser Entwicklung aufbauend wird ein hypothetischer Zielwert ermittelt und mit dem vorgegebenen Zielwert des Indikators verglichen. Basierend auf der resultierenden Differenz der beiden Werte wird dem Indikator eines der folgenden Symbole zugewiesen:



Bei Fortsetzung der Entwicklung beträgt die Abweichung vom Zielwert weniger als 5 % der Differenz zwischen Zielwert und aktuellem Wert;



Bei Fortsetzung der Entwicklung würde das Ziel voraussichtlich um mindestens 5 %, aber maximal um 20 % der Differenz zwischen Zielwert und aktuellem Wert verfehlt;



Der Indikator entwickelt sich zwar in die gewünschte Richtung auf das Ziel zu, bei Fortsetzung der Entwicklung würde das Ziel im Zieljahr aber um mehr als 20 % verfehlt;



Der Indikator entwickelt sich nicht in die gewünschte Richtung und somit vergrößert sich der Abstand zum Ziel.

Liegen nicht für jedes Jahr Daten vor, so werden nach Möglichkeit die letzten sechs Zeitpunkte, zu denen gesicherte Daten existieren, für die Berechnung der durchschnittlichen Veränderung verwendet. Wenn weniger als vier verwendbare Zeitpunkte zur Verfügung stehen, wird von einer Berechnung abgesehen.

Falls kein exakter Zielwert, sondern ein Zielintervall vorgegeben ist (zum Beispiel Indikator 11.1.a), so wird zur Bestimmung des Status die schwächste Zielforderung angenommen, die sich aus dem Zielintervall ergibt. Falls für einen Indikator mehrere Zielwerte vorgegeben sind, die in unterschiedlichen Jahren erreicht werden sollen (zum Beispiel Indikator 4.2.b), so wird für die Bestimmung des Status jeweils das nächste zukünftige Zieljahr verwendet.

Auf diese Systematik aufbauend werden zwei Sonderfälle behandelt. Soll ein Ziel- oder Grenzwert nicht zukünftig erreicht sondern jedes Jahr eingehalten werden (zum Beispiel Indikator 6.2), so werden für die Bewertung zwei Informationen kombiniert, und zwar vorrangig der zuletzt erreichte Wert sowie untergeordnet der Durchschnitt der letzten fünf Veränderungen.















Wurde der Zielwert oder ein besserer Wert im letzten Jahr erreicht und deutet die durchschnittliche Veränderung nicht in Richtung einer Verschlechterung, so wird eine Sonne dargestellt. Wurde der Zielwert oder ein besserer Wert im letzten Jahr erreicht, aber die durchschnittliche Veränderung deutet in Richtung einer Verschlechterung, so führt der Indikator weiterhin eine Sonne jedoch leicht verdeckt durch eine Wolke. Falls der Zielwert nicht erreicht wurde, aber die durchschnittliche Entwicklung in Richtung des Ziels zeigt, wird nur eine Wolke dargestellt. Ist der Zielwert verfehlt und der Indikator hat sich im Durchschnitt der letzten Veränderungen nicht in Richtung des Ziels bewegt, wird das Symbol „Gewitter“ gezeigt. Dieses Verfahren wird auch dann angewandt, wenn ein Indikator zwar einen konkreten Zielwert für ein genaues Zieljahr erreichen soll, diesen aber bereits vorher erreicht hat, da für diese Fälle das Standardverfahren keine richtungssicheren Aussagen treffen kann.

Wenn für einen Indikator nur eine Richtung vorgegeben ist, in die er sich entwickeln soll, aber kein konkreter Zielwert (zum Beispiel Indikator 1.1.a), dann werden für die Bewertung zwei Informationen kombiniert, und zwar vorrangig der Durchschnitt der letzten fünf Veränderungen und untergeordnet die letzte jährliche Veränderung. Deuten sowohl der Durchschnittswert als auch die letzte jährliche Veränderung in die richtige Richtung, so wird eine Sonne dargestellt. Zielt die durchschnittliche Entwicklung in die richtige Richtung, im letzten Jahr ergab sich jedoch eine Entwicklung in die falsche Richtung oder gar keine Veränderung, so wird die Sonne um eine Wolke ergänzt. Zielt umgekehrt der Durchschnittswert in die falsche Richtung oder zeigt eine Stagnation an, im letzten Jahr zeigte sich jedoch eine Wende in die gewünschte Richtung, so wird eine Wolke gezeigt. Deuten weder Durchschnittswert noch die letzte Veränderung in die richtige Richtung, wird ein Gewitter dargestellt.

Falls für einen einzelnen Indikator mehrere Ziele vorgegeben sind, die zugleich erfüllt werden sollen (zum Beispiel Indikator 10.1), so wird die Entwicklung für jedes der Ziele bewertet. Das Wettersymbol für den Indikator folgt dann der negativsten Einzelbewertung.

























In der Übersichtstabelle sind jeweils auch die Bewertungen eines Indikators nach Stand der vorhergehenden Jahre angegeben. Daran lässt sich ablesen, ob das Wettersymbol für einen Indikator in den vergangenen Jahren stabil oder eher volatil war.

STATUSÜBERSICHT

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren			Aktuelle Bewertung
1 Keine Armut						
<i>Armut – Armut begrenzen</i>						
1.1.a	Materielle Deprivation	Indikator soll unter dem Niveau der EU liegen	Keine Bewertung möglich	2013 	2014 	2015 
1.1.b	Erhebliche materielle Deprivation	Indikator soll unter dem Niveau der EU liegen	Keine Bewertung möglich	2013 	2014 	2015 
2 Kein Hunger						
<i>Landwirtschaft – In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren</i>						
2.1.a	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	Verringerung bis auf 70 kg/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche bis 2028 – 2032 (Durchschnittswert der Jahre)	2009 	2010 	2011 	2012 
2.1.b	Ökologischer Landbau	Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf 20 % in den nächsten Jahren	2012 	2013 	2014 	2015 

















Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
3 Gesundheit und Wohlergehen							
Gesundheit und Ernährung – Länger gesund leben							
3.1.a	Vorzeitige Sterblichkeit (Frauen)	Rückgang auf 100 Fälle pro 100 000 bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
3.1.b	Vorzeitige Sterblichkeit (Männer)	Rückgang auf 190 Fälle pro 100 000 bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
3.1.c	Raucherquote von Jugendlichen	Absenkung auf unter 7 % bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
3.1.d	Raucherquote von Erwachsenen	Absenkung auf unter 19 % bis 2030	2010 	2011 	2012 	2013 	
3.1.e	Adipositasquote von Jugendlichen	Anteil der Jugendlichen mit Adipositas soll nicht weiter ansteigen	Keine Bewertung möglich				
3.1.f	Adipositasquote von Erwachsenen	Anteil der Erwachsenen mit Adipositas soll nicht weiter ansteigen	2010 	2011 	2012 	2013 	

STATUSÜBERSICHT

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
Luftbelastung – Gesunde Umwelt erhalten							
3.2.a	Emissionen von Luftschadstoffen	Verringerung um 45 % gegenüber 2005 bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
3.2.b	Feinstaubexposition	Richtwert von 20 µg pro m ³ Luft soll möglichst flächendeckend bis 2030 erreicht werden	2011 	2012 	2013 	2014 	
4 Hochwertige Bildung							
Bildung – Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern							
4.1.a	Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger	Verringerung des Anteils auf unter 10 % bis 2020	2012 	2013 	2014 	2015 	
4.1.b	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss	Steigerung des Anteils auf 42 % bis 2020	2012 	2013 	2014 	2015 	
Perspektiven für Familien – Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern							
4.2.a	Ganztagsbetreuung für Kinder 0- bis 2-Jährige	Anstieg auf 35 % bis 2030	2013 	2014 	2015 	2016 	
4.2.b	Ganztagsbetreuung für Kinder 3- bis 5-Jährige	Anstieg auf 60 % bis 2020 und auf 70 % bis 2030	2013 	2014 	2015 	2016 	

















Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
5 Geschlechter-Gleichstellung							
Gleichstellung – Gleichstellung in der Gesellschaft fördern							
5.1.a	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Verringerung des Abstandes auf 10 % bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
5.1.b	Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft	30 % Frauen in Aufsichtsräten der börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen bis 2030	Keine Bewertung möglich				
Gleichstellung – Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen global stärken							
5.1.c	Berufliche Qualifizierung von Mädchen und Frauen durch deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit	Sukzessive Steigerung um ein Drittel gegenüber 2015 bis 2030	Keine Bewertung möglich				
6 Sauberes Wasser und Sanitärversorgung							
Gewässerqualität – Minderung der stofflichen Belastung von Gewässern							
6.1.a	Phosphor in Fließgewässern	Einhaltung der gewässertypischen Orientierungswerte an allen Messstellen bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
6.1.b	Nitrat im Grundwasser	Einhaltung des 50 mg/l Nitrat Schwellenwertes an allen Messstellen bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
Trinkwasser und Sanitärversorgung – Besserer Zugang zu Trinkwasser und Sanitärversorgung weltweit, höhere (sichere) Qualität							
6.2	Entwicklungszusammenarbeit für Trinkwasser- und Sanitärversorgung	Jährlich sollen bis 2030 10 Millionen Menschen Zugang zu Trinkwasser erhalten	Keine Bewertung möglich			2015 	

STATUSÜBERSICHT

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
7 Bezahlbare und saubere Energie							
Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen							
7.1.a	Endenergieproduktivität	Jährliche Steigerung um 2,1 % im Zeitraum 2008 – 2050	2012 	2013 	2014 	2015 	
7.1.b	Primärenergieverbrauch	Senkung um 20 % bis 2020 und um 50 % bis 2050 gegenüber 2008	2012 	2013 	2014 	2015 	
Erneuerbare Energien – Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen							
7.2.a	Erneuerbare Energien am Brutto-Endenergieverbrauch	Anstieg des Anteils am Brutto-Endenergieverbrauch auf 18 % bis 2020, auf 30 % bis 2030 und auf 60 % bis 2050	2012 	2013 	2014 	2015 	
7.2.b	Strom aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch	Anstieg des Anteils am Bruttostromverbrauch auf mindestens 35 % bis 2020, auf mindestens 50 % bis 2030, auf mindestens 65 % bis 2040 und auf mindestens 80 % bis 2050	2012 	2013 	2014 	2015 	














Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum							
Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen							
8.1	Gesamtrohstoffproduktivität	Beibehaltung des Trends der Jahre 2000 – 2010 bis 2030	2008 	2009 	2010 	2011 	
Staatsverschuldung – Staatsfinanzen konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen							
8.2.a	Staatsdefizit	Jährliches Staatsdefizit kleiner als 3 % des BIP	2012 	2013 	2014 	2015 	
8.2.b	Strukturelles Defizit	Strukturell ausgeglichener Staatshaushalt, gesamtstaatliches strukturelles Defizit von max. 0,5 % des BIP	2012 	2013 	2014 	2015 	
8.2.c	Schuldenstand	Schuldenstandsquote max. 60 % des BIP	2012 	2013 	2014 	2015 	
Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge – Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten							
8.3	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP	Angemessene Entwicklung des Anteils	2012 	2013 	2014 	2015 	
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern							
8.4	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum	2012 	2013 	2014 	2015 	
Beschäftigung – Beschäftigungsniveau steigern							
8.5.a	Erwerbstätigenquote insgesamt (20 bis 64 Jahre)	Erhöhung auf 78 % bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
8.5.b	Erwerbstätigenquote Ältere (60 bis 64 Jahre)	Erhöhung auf 60 % bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
Globale Lieferketten – Menschenwürdige Arbeit weltweit ermöglichen							
8.6	Mitglieder des Textilbündnisses	Signifikante Steigerung der Anzahl bis 2030	Keine Bewertung möglich				




STATUSÜBERSICHT

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
9 Industrie, Innovation und Infrastruktur							
Innovation – Zukunft mit neuen Lösungen gestalten							
9.1	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Jährlich mindestens 3 % des BIP bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
10 Weniger Ungleichheiten							
Gleiche Bildungschancen – Schulische Bildungserfolge von Ausländern in Deutschland							
10.1	Ausländische Schulabsolventinnen und Schulabsolventen	Erhöhung des Anteils der ausländischen Schulabgänger mit mindestens Hauptschulabschluss bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
		Angleichung an die Quote deutscher Schulabgänger bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
Verteilungsgerechtigkeit – Zu große Ungleichheit innerhalb Deutschlands verhindern							
10.2	Einkommensverteilung	Gini- Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens unterhalb des EU-Durchschnittwertes bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	









Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
11 Nachhaltige Städte und Gemeinden							
Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung							
11.1.a	Siedlungs- und Verkehrsfläche	Senkung des Anstieges auf unter 30 ha pro Tag bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
11.1.b	Freiraumverlust	Reduzierung des Rückgangs der Freiraumflächen je Einwohner	2011 	2012 	2013 	2014 	
11.1.c	Siedlungsdichte	Keine Verringerung der Siedlungsdichte	2011 	2012 	2013 	2014 	
Mobilität – Mobilität sichern – Umwelt schonen							
11.2.a	Endenergieverbrauch im Güterverkehr	Senkung um 15 bis 20 % bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
11.2.b	Endenergieverbrauch im Personenverkehr	Senkung um 15 bis 20 % bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	
11.2.c	Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren	Verringerung der durchschnittlichen Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln	Keine Bewertung möglich				
Wohnen – Bezahlbarer Wohnraum für alle							
11.3	Überlastung durch Wohnkosten	Senkung des Anteils der Bevölkerung, der in Haushalten lebt, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen ausgeben, auf 13 % bis 2030	Keine Bewertung möglich	2013 	2014 	2015 	

STATUSÜBERSICHT

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster							
Nachhaltiger Konsum – Konsum umwelt- und sozialverträglich gestalten							
12.1.a	Produkte mit staatlichen Umweltzeichen	Steigerung des Marktanteils auf 34 % bis 2030	Keine Bewertung möglich				
12.1.b	Energieverbrauch und CO ₂ -Emissionen des Konsums	Kontinuierliche Abnahme des Energieverbrauchs	2010 	2011 	2012 	2013 	
Nachhaltige Produktion – Anteil nachhaltiger Produktion stetig erhöhen							
12.2	Umweltmanagement EMAS	5 000 Organisationsstandorte bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
13 Maßnahmen zum Klimaschutz							
Klimaschutz – Treibhausgase reduzieren							
13.1.a	Treibhausgasemissionen	Reduzierung um mindestens 40 % bis 2020, um mindestens 55 % bis 2030, um mindestens 70 % bis 2040 und um 80 bis 95 % bis 2050 jeweils gegenüber 1990	2012 	2013 	2014 	2015 	
Klimaschutz – Deutscher Beitrag internationale Klimafinanzierung							
13.1.b	Internationale Klimafinanzierung zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel	Verdopplung der Finanzierung bis 2020 gegenüber 2014	Keine Bewertung möglich			2014 	













Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
14 Leben unter Wasser							
Meere schützen – Meere und Meeresressourcen schützen und nachhaltig nutzen							
14.1.a	Nährstoffeinträge in Küsten- und Meeresgewässer	Einhaltung des guten Zustands nach Oberflächengewässerverordnung					
14.1.aa	Stickstoffeintrag über die Zuflüsse in die Ostsee	Jahresmittelwerte für Gesamtstickstoff sollen unter 2,6 mg/l liegen	2011 	2012 	2013 	2014 	
14.1.ab	Stickstoffeintrag über die Zuflüsse in die Nordsee	Jahresmittelwerte für Gesamtstickstoff sollen unter 2,8 mg/l liegen	2011 	2012 	2013 	2014 	
14.1.b	Nachhaltig befischte Fischbestände in Nord- und Ostsee	Alle wirtschaftlich genutzten Fischbestände sollen nach dem MSY-Ansatz nachhaltig bewirtschaftet werden bis 2020	2011 	2012 	2013 	2014 	

STATUSÜBERSICHT

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
15 Leben an Land							
Artenvielfalt – Arten erhalten – Lebensräume schützen							
15.1	Artenvielfalt und Landschaftsqualität	Anstieg auf den Indexwert 100 bis 2030	2010 	2011 	2012 	2013 	
Ökosysteme – Ökosysteme schützen, Ökosystemleistungen erhalten und Lebensräume bewahren							
15.2	Eutrophierung der Ökosysteme	Verringerung des Flächenanteils mit erhöhtem Stickstoffeintrag um 35 % gegenüber 2005 bis 2030	Keine Bewertung möglich				
Wälder – Entwaldungen vermeiden							
15.3	Erhalt bzw. Wiederaufbau von Wäldern in Entwicklungsländern unter dem REDD+-Regelwerk	Steigerung der Zahlungen Deutschlands an Entwicklungs- und Schwellenländer bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen							
Kriminalität – Persönliche Sicherheit weiter erhöhen							
16.1	Straftaten	Rückgang der Zahl der erfassten Straftaten je 100 000 Einwohner auf unter 7 000 bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
Frieden und Sicherheit – Praktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Proliferation, insbesondere von Kleinwaffen ergreifen							
16.2	Kleinwaffenkontrollen	Mindestens 15 Projekte in den betroffenen Weltregionen zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen jährlich durch Deutschland bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
Gute Regierungsführung – Korruptionsbekämpfung							
16.3.a	Corruption Perception Index (CPI) in Deutschland	Verbesserung gegenüber 2012 bis 2030	Keine Bewertung möglich			2015 	
16.3.b	CPI in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	Verbesserung gegenüber 2012 bis 2030	Keine Bewertung möglich			2015 	

STATUSÜBERSICHT

Nr.	Indikatoren	Ziele	Bewertung in den Vorjahren				Aktuelle Bewertung
17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele							
Entwicklungszusammenarbeit – Nachhaltige Entwicklung unterstützen							
17.1	Entwicklungsausgaben	Steigerung des Anteils am Bruttonationaleinkommen auf 0,7 % bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 	
Wissenstransfer insbesondere im technischen Bereich – Wissen international vermitteln							
17.2	Studierende und Forschende aus Entwicklungsländern sowie LDCs	Steigerung des Anteils um 10 % von 2015 bis 2020, anschließend Verstetigung	2012 	2013 	2014 	2015 	
Märkte öffnen – Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern							
17.3	Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern	Verdoppelung von 2014 bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 	

1 Keine Armut

Armut – Armut begrenzen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteil der Personen, in %					
1.1.a	Materielle Deprivation						
	Deutschland	11,1	12,4	11,3	11,6	11,3	10,7
	EU28 ¹	17,8	18,5	19,7	19,5	18,5	16,9
1.1.b	Erhebliche materielle Deprivation						
	Deutschland	4,5	5,3	4,9	5,4	5,0	4,4
	EU28 ¹	8,4	8,8	9,9	9,6	8,9	8,1

1 Wert für 2015 geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat

2 Kein Hunger

Landbewirtschaftung – In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		in Kilogramm pro Hektar				
2.1.a	Stickstoffüberschuss					
	Gleitender Fünfjahresdurchschnitt ¹	96	95	95
	Einzeljahre ²	92	109	95	97	84

1 Gleitender Durchschnitt aus dem Gesamtsaldo von fünf Kalenderjahren, bezogen auf das mittlere Jahr.

2 2014 teilweise vorläufig.

... = Angabe fällt später an

Quelle: Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde des Julius Kühn-Institut, Braunschweig sowie Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement der Universität Gießen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteil der Anbaufläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche, in %					
2.1.b	Ökologischer Landbau						
	Daten des Statistischen Bundesamtes	5,6	–	5,8	6,0	6,2	6,3
	Daten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	5,9	6,1	6,2	6,4	6,3	6,5

– = nichts vorhanden

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

3 Gesundheit und Wohlergehen

Gesundheit und Ernährung – Länger gesund leben

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Todesfälle pro 100 000 Einwohner unter 70 Jahren ¹				
Vorzeitige Sterblichkeit						
3.1.a	Frauen	155	157	153	156	149
3.1.b	Männer	301	299	293	292	281

¹ Standardisierte alte europäische Bevölkerung unter 70 Jahren (unter Ausschluss der unter 1-jährigen).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nr.	Indikator	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteil in %						
Raucherquote								
3.1.c	Jugendliche	–	13	12	12	–	10	8
	Mädchen	–	12	12	13	–	9	8
	Jungen	–	14	11	12	–	11	8
3.1.d	Erwachsene	26	–	–	–	24	–	–
	Frauen	21	–	–	–	20	–	–
	Männer	31	–	–	–	29	–	–

– = nichts vorhanden

Quelle: Orth, B. (2016). Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2015. Rauchen, Alkoholkonsum und Konsum illegaler Drogen: aktuelle Verbreitung und Trends. BZgA-Forschungsbericht. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Statistisches Bundesamt

Nr.	Indikator	2003 – 2006	2009 – 2012
		in % der Befragten	
3.1.e	Adipositasquote – Jugendliche (11 – 17 Jahre)	8,9	10,0
	Mädchen	9,6	10,3
	Jungen	8,4	9,6
	Übergewicht – Jugendliche	9,9	8,9
	Mädchen	9,7	7,6
	Jungen	10,1	10,2

Quelle: Robert Koch-Institut

DATENANHANG

Nr.	Indikator	2009	2013
		in % aller Erwachsenen ¹	
3.1.f	Adipositasquote – Erwachsene (ab 18 Jahre) ²	13,3	14,1
	Frauen	12,4	12,8
	Männer	14,2	15,4
	Übergewicht – Erwachsene ³	36,7	34,0
	Frauen	29,1	26,2
	Männer	44,4	41,5

1 Altersstandardisierte Ergebnisse auf Basis der neuen Europabevölkerung von 1990.

2 Menschen mit einem BMI ab 30 gelten als adipös.

3 Mit einem BMI von 25 bis 30 gelten Menschen als übergewichtig.

Quelle: Statistisches Bundesamt – Daten werden nur alle vier Jahre erhoben.

Luftbelastung – Gesunde Umwelt erhalten

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Index 2005 = 100				
3.2.a	Emissionen von Luftschadstoffen ¹	91,8	90,5	87,3	87,5	83,9
	SO ₂	91,2	90,3	87,1	86,6	81,9
	NO _x	84,1	81,9	79,4	79,0	75,5
	NH ₃	100,5	106,7	103,9	107,6	109,1
	NMVOc	91,1	85,0	81,9	79,4	73,2
	PM _{2,5}	92,1	88,5	84,2	84,9	79,9

1 Gemittelter Index der Messzahlen SO₂, NO_x, NH₃, NMVOc und PM_{2,5}.

Quelle: Umweltbundesamt

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Anteil an der Gesamtbevölkerung, in %				
3.2.b	Bevölkerung mit erhöhter PM ₁₀ -Feinstaubexposition	28,9	36,6	12,2	14,3	12,4

Quelle: Umweltbundesamt

4 Hochwertige Bildung

Bildung – Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Anteil an allen 18- bis 24-Jährigen, in %							
4.1.a	Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger	11,9	11,6	10,4	9,8	9,5	9,8
	Frauen	11,0	10,6	9,7	9,3	9,0	9,5
	Männer	12,7	12,5	11,0	10,3	10,0	10,1
Anteil an allen 30- bis 34-Jährigen, in %							
4.1.b	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss insgesamt	41,3	42,2	43,4	44,5	45,7	46,8
	Frauen	42,7	44,4	46,0	46,8	48,4	50,5
	Männer	40,0	40,1	40,9	42,2	42,9	43,1
	Tertiär insgesamt ¹	29,8	30,7	31,9	33,1	31,4	32,3

1 Bis 2013 ISCED 97, der Indikator bezieht sich auf die ICCED-Stufen 5A, 5B und 6. Ab 2014 revidierte ISCED. Der Indikator bezieht sich auf die ISCED-Stufen 5, 6, 7 und 8.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Perspektiven für Familien – Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anteil an allen Kindern der gleichen Altersgruppe, in %								
Ganztagsbetreuung für Kinder¹								
4.2.a	0- bis 2-Jährige	10,2	11,3	12,7	13,7	15,3	15,9	16,2
4.2.b	3- bis 5-Jährige	32,1	34,7	36,9	39,1	41,4	43,7	44,5

1 Betreuung von mehr als sieben Stunden in Tageseinrichtungen, ohne Tagespflege.

Quelle: Statistisches Bundesamt

5 Geschlechtergleichstellung

Gleichstellung – Gleichstellung in der Gesellschaft fördern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
in % der Verdienste der Männer							
5.1.a	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	22	22	22	22	22	21

Quelle: Statistisches Bundesamt

DATENANHANG

Nr.	Indikator	Stand:	Stand:
		Januar 2015	September 2016
		Anteil der Frauen, in %	
5.1.b	Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft	22,9	27,3

Quelle: Frauen in Aufsichtsräten e. V.

Nr.	Indikator	2013
		Anteil der Sitze, die Frauen inne haben, in %
	Frauen in Parlamenten – hier: Deutscher Bundestag	36,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gleichstellung – Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen global stärken

Nr.	Indikator	2015
		Anzahl in Tausend
5.1.c	Berufliche Qualifizierung von Mädchen und Frauen durch deutsche entwicklungs-politische Zusammenarbeit	355

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Centrum für Evaluation GmbH, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH

6 Sauberes Wasser und Sanitärversorgung

Gewässerqualität – Minderung der stofflichen Belastung von Gewässern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Anteil der Messstellen, in %				
6.1.a	Phosphor in Fließgewässern					
	Orientierungswert des guten ökologischen Zustands wird eingehalten	31,9	37,5	35,4	35,9	34,8

Quelle: Umweltbundesamt nach Angaben der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Anteil der Messstellen, in %				
6.1.b	Nitrat im Grundwasser					
	Schwellenwert ¹ wird eingehalten	81,7	82,0	81,0	81,4	81,8

1 Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter im Jahresmittel eingehalten wird. – 2014 ohne Daten für Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: Umweltbundesamt und Länderinitiative Kernindikatoren auf Basis von Daten der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

Trinkwasser und Sanitärversorgung – Besserer Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung weltweit, höhere (sichere) Qualität

Nr.	Indikator	2012	2013	2014	2015
		Zusätzlich erreichte Menschen, in Millionen			
6.2	Von Deutschland geförderter Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung weltweit	10,6	11,6	31,0	11,0

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau

7 Bezahlbare und saubere Energie

Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ¹
		2008 = 100					
7.1.a	Endenergieproduktivität	96,6	105,0	105,0	102,3	109,7	109,3
7.1.b	Primärenergieverbrauch	98,9	94,6	93,5	96,1	91,7	92,4

1 Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.

Erneuerbare Energien – Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		in %					
7.2.a	Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch	10,9	11,8	12,8	13,1	13,6	14,9
7.2.b	Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Brutto-Stromverbrauch	17,0	20,3	23,5	25,1	27,3	31,6

Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen

Nr.	Indikator	2000	2010	2011
		2000 = 100		
8.1	Wert der letzten Verwendung (preisbereinigt) im Verhältnis zu Rohstoffentnahme und Importen in Rohstoffäquivalenten	100	116,8	119,6
	Rohstoffentnahme und Importe in Rohstoffäquivalenten	100	102,8	105,0
	Wert der letzten Verwendung (preisbereinigt) ¹	100	120,1	125,5

¹ Entspricht preisbereinigt dem Bruttoinlandsprodukt zuzüglich dem Wert der Importe.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Staatsverschuldung – Staatsfinanzen konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteil am Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen), in %					
8.2.a	Finanzierungssaldo des Staates	-4,2	-1,0	-0,0	-0,2	0,3	0,7
8.2.b	Struktureller Finanzierungssaldo	-2,2	-1,4	-0,1	0,1	0,8	0,9
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %					
	Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) ¹	4,1	3,7	0,5	0,5	1,6	1,7

¹ Vorjahrespreise verkettet, 2010 = 100.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, in %					
8.2.c	Schuldenstand	81,0	78,7	79,9	77,5	74,9	71,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge – Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, in %					
8.3	Bruttoanlageinvestitionen	19,4	20,3	20,1	19,7	20,0	19,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Tausend Euro					
8.4	Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Einwohner	32,1	33,3	33,4	33,5	33,9	34,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Beschäftigung – Beschäftigungsniveau steigern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteile an der Bevölkerung gleichen Alters, in %					
Erwerbstätigenquote							
8.5.a	Insgesamt (20- bis 64-Jährige)	75,0	76,5	76,9	77,3	77,7	78,0
	Frauen	69,7	71,3	71,6	72,5	73,1	73,6
	Männer	80,4	81,7	82,1	82,1	82,2	82,3
8.5.b	Ältere (60- bis 64-Jährige)	41,1	44,3	46,6	50,0	52,6	53,3
	Frauen	33,1	36,5	38,8	42,8	46,2	47,9
	Männer	49,4	52,4	54,9	57,7	59,4	59,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat

Globale Lieferketten – Menschenwürdige Arbeit weltweit ermöglichen

Nr.	Indikator	4/2014	4/2015	4/2016
		Anzahl der Mitglieder		
8.6	Bündnis für nachhaltige Textilien	59	172	188

Quelle: Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH

9 Industrie, Innovation und Infrastruktur

Innovation – Zukunft mit neuen Lösungen gestalten

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Anteil am Bruttoinlandsprodukts, in %				
9.1	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	2,7	2,8	2,9	2,8	2,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

10 Weniger Ungleichheiten

Gleiche Bildungschancen – Schulische Bildungserfolge von Ausländern in Deutschland

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		in %					
10.1	Anteil ausländische Schulabsolventen insgesamt	87,2	88,2	88,6	89,3	88,1	88,2
	Ausländische Schulabsolventinnen	89,5	90,3	90,6	91,1	89,4	90,3
	Ausländische Schulabsolventen	85,0	86,2	86,7	87,6	86,8	86,2
	Anteil deutsche Schulabsolventen insgesamt	94,6	95,0	95,1	95,4	95,1	95,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Verteilungsgerechtigkeit – Zu große Ungleichheit innerhalb Deutschlands verhindern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
10.2	Gini-Koeffizienten des verfügbaren Äquivalenzeinkommens					
	Deutschland	0,29	0,29	0,28	0,30	0,31
	EU-28	0,31	0,31	0,30	0,31	0,31
	Gini-Koeffizienten des Äquivalenzeinkommens vor Sozialleistungen ¹					
	Deutschland	0,36	0,36	0,35	0,36	0,37
	Gini-Koeffizienten des Markteinkommens					
	Deutschland	0,49	0,51	0,50	0,51	...
	Gini-Koeffizienten des Vermögens					
Deutschland	0,76	–	–	–	0,76	
EU-28	0,68	–	–	–	...	

¹ In den Sozialleistungen sind Renten nicht eingeschlossen.

... = Angabe fällt später an

– = nichts vorhanden

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat, Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Hektar pro Tag				
11.1.a	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche Gleitender Vierjahresdurchschnitt ¹	87	81	74	73	69
	Jährlicher Wert	77	74	69	71	63
	Verkehrsfläche	21	17	11	19	23
	Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ²	33	30	40	29	22
	Erholungsfläche, Friedhof	23	27	18	23	18

1 Der gleitende Vierjahresdurchschnitt berechnet sich jeweils aus der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in dem betreffenden und den vorangegangenen drei Jahren.

2 Betriebsfläche ohne Abbau- und Abbruchland.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Gleitender Vierjahresdurchschnitt in m ² pro Jahr				
11.1.b	Veränderung der Freiraumfläche je Einwohner					
	Insgesamt	- 4,0	- 4,2	- 3,8	- 3,6	- 3,5
	Nicht-ländliche Räume	- 1,5	- 1,4	- 1,2	- 1,2	- 1,1
	Ländliche Räume	- 5,9	- 6,3	- 5,7	- 5,5	- 5,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Index 2000 = 100				
11.1.c	Siedlungsdichte ¹					
	Insgesamt	92	89	89	89	89
	Nicht-ländliche Räume	96	94	94	95	95
	Ländliche Räume	89	87	86	86	86

1 Einwohner je km² Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

DATENANHANG

Mobilität – Mobilität sichern – Umwelt schonen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014 ¹
		2005 = 100				
11.2.a	Endenergieverbrauch durch Güterbeförderung	103,3	106,2	103,5	104,4	107,2
	Güterbeförderungsleistung	108,6	111,4	109,5	111,5	113,1
	Energieverbrauch je Tonnenkilometer	95,2	95,4	94,6	93,7	94,8
11.2.b	Endenergieverbrauch durch Personenbeförderung	97,4	98,0	97,2	96,9	97,6
	Personenbeförderungsleistung	100,8	104,0	104,3	105,1	106,7
	Energieverbrauch je Personenkilometer	94,6	94,2	93,2	92,2	91,5

¹ Teilweise vorläufige Daten.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Institut für Energie- und Umweltforschung

Nr.	Indikator	2012	2016
		Minuten	
11.2.c	Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum	23,5	22,4

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Wohnen – Bezahlbarer Wohnraum für alle

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anteil an allen Personen, in %					
11.3	Personen in Haushalten, die mehr als 40 % des verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgaben	14,5	16,1	16,6	16,4	15,9	15,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster

Nachhaltiger Konsum – Konsum umwelt- und sozialverträglich gestalten

Nr.	Indikator	2012 ¹	2013 ¹	2014 ¹
		in %		
12.1.a	Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen	3,8	4,5	6,0

¹ Vorläufige Daten.

Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung, Kraftfahrt-Bundesamt, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft, Verkehrsclub Deutschland, Umweltbundesamt

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013
		2005 = 100			
12.1.b	Energieverbrauch der privaten Haushalte	101,9	97,8	96,6	99,1
	Direkter Energieverbrauch	41,1	37,4	37,7	39,7
	Indirekt durch Konsumgüter	60,7	60,4	58,9	59,4
	CO ₂ -Emissionen	104,9	102,7	102,1	103,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nachhaltige Produktion – Anteil nachhaltiger Produktion stetig erhöhen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anzahl					
12.2	Umweltmanagement EMAS						
	Organisationsstandorte	1 913	1 903	1 834	1 877	1 925	2 031
	Beschäftigte	780 757	764 736	772 774	787 525	785 432	800 635

Quelle: Deutscher Industrie und Handelskammertag e. V., Geschäftsstelle des Umweltgutachterausschusses, Umweltbundesamt

13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Klimaschutz – Treibhausgase reduzieren

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ¹
		1990 = 100					
13.1.a	Treibhausgasemissionen ² in CO ₂ -Äquivalenten	75,4	73,9	74,2	75,7	72,3	72,8

¹ Vorläufige Zeitnahprognose.

² Treibhausgase = Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O), Schwefelhexafluorid (SF₆), Stickstofftrifluorid (NF₃), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC) und perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC).

Quelle: Umweltbundesamt

Klimaschutz – Deutscher Beitrag internationale Klimafinanzierung

Nr.	Indikator	2011	2012	2013	2014	2014 Soll
		Milliarden Euro				
13.1.b	Deutsche Zahlungen vorrangig an Entwicklungs- und Schwellenländer zur Klimafinanzierung	1,56	1,66	1,95	2,34	2,00

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

14 Leben unter Wasser

Meere schützen – Meere und Meeresressourcen schützen und nachhaltig nutzen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Konzentration in Milligramm pro Liter (gleitender Durchschnitt der vergangenen 5 Jahre)				
14.1.aa	Gesamtstickstoffeintrag über ausgewählte deutsche Zuflüsse Ostsee ¹	4,5	4,5	4,2	4,0	3,9
14.1.ab	Nordsee ²	3,9	4,0	3,8	3,8	3,8

1 Zuflüsse sind Peene, Trave und Warnow.

2 Zuflüsse sind Eider, Elbe, Ems und Weser.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Umweltbundesamt nach Angaben der Länder bzw. Flussgebietsgemeinschaften

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		in %				
14.1.b	Anteil der nachhaltig befischten Fischbestände an allen MSY-untersuchten Fischbeständen in Nord- und Ostsee	48,1	60,7	42,9	57,1	53,6
	Nordsee	55,0	61,9	47,6	61,9	57,1
	Ostsee	28,6	57,1	28,6	42,9	42,9
	MSY-untersuchte Fischbestände an allen bewirtschafteten Beständen	34,6	35,9	35,9	35,9	35,9

Quelle: International Council for the Exploration of the Sea

15 Leben an Land

Artenvielfalt – Arten erhalten – Lebensräume schützen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013
		Index 2030 = 100			
15.1	Artenvielfalt und Landschaftsqualität (Bestände ausgewählter Vogelarten)	68,2	66,1	70,1	68,5
	Teilindex Wälder	79,8	79,3	87,9	86,9
	Teilindex Siedlungen	66,5	70,8	69,2	66,2
	Teilindex Agrarland	62,6	58,2	61,3	59,2
	Teilindex Binnengewässer	68,2	66,2	71,5	71,9
	Teilindex Küsten/Meere	62,9	61,5	57,9	58,2
	Teilindex Alpen	/	/	/	/

/ = Zahlenreihe ist derzeit ausgesetzt, da Angaben nicht sicher

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Ökosysteme – Ökosysteme schützen, Ökosystemleistungen erhalten und Lebensräume bewahren

Nr.	Indikator	2000	2005	2010
		Flächenanteil, in %		
15.2	Ökosysteme mit Überschreitung der Belastungsgrenzen für Eutrophierung durch Stickstoffeinträge	66	57	54

Quelle: Europäische Umweltagentur

Wälder – Entwaldungen vermeiden

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Millionen Euro					
15.3	Zahlungen an Entwicklungs- und Schwellenländer für den nachgewiesenen Erhalt bzw. Wiederaufbau von Wäldern unter dem REDD+-Regelwerk	20,0	12,0	24,9	36,3	31,0	15,7

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Kriminalität – Persönliche Sicherheit weiter erhöhen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Erfasste Fälle je 100 000 Einwohner					
16.1	Straftaten insgesamt	7 385	7 468	7 466	7 404	7 530	7 797
	darunter:						
	Betrug	1 198	1 157	1 186	1 165	1 200	1 190
	Wohnungseinbruchsdiebstahl	151	165	179	186	188	206
	Gefährliche und schwere Körperverletzung	178	173	169	159	156	157

Quelle: Bundeskriminalamt, Statistisches Bundesamt

DATENANHANG

Frieden und Sicherheit – Praktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Proliferation, insbesondere von Kleinwaffen, ergreifen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015
		Anzahl der Projekte					
16.2	In betroffenen Weltregionen durchgeführte Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen durch Deutschland	3	11	15	14	15	26

Quelle: Auswärtiges Amt

Gute Regierungsführung – Korruptionsbekämpfung

Nr.	Indikator	2012	2013	2014	2015
		16.3	Corruption Perception Index (100 entspricht „keine wahrgenommene Korruption“)		
	Bewertung für Deutschland	79	78	79	81
	Anzahl der Partnerländer deutscher Entwicklungszusammenarbeit, deren Bewertung sich gegenüber 2012 verbessert hat	.	17	37	41

. = Zahlenwert unbekannt

Quelle: Transparency International

17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Entwicklungszusammenarbeit – Nachhaltige Entwicklung unterstützen

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ¹
		in %					
17.1	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	0,39	0,39	0,37	0,38	0,42	0,52

¹ Vorläufige Daten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Wissenschaftstransfer insbesondere im technischen Bereich – Wissen international vermitteln

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ¹
		Anzahl, in Tausend					
17.2	Studierende und Forschende aus Entwicklungs- und Schwellenländern	149,4	158,7	170,7	185,9	200,3	215,3
	Studierende aus am wenigsten entwickelten Ländern	6,3	6,9	7,6	8,3	9,2	9,7
	Studierende aus übrigen Entwicklungs- und Schwellenländern	132,3	140,3	150,9	164,1	176,8	190,4
	Forschende aus am wenigsten entwickelten Ländern	0,4	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5
	Forschende aus übrigen Entwicklungs- und Schwellenländern	10,3	10,9	11,7	12,9	13,8	14,6

1 Vorläufige Daten.

Quelle: Statistisches Bundesamt

 Märkte öffnen – Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern

Nr.	Indikator	2010	2011	2012	2013	2014
		Anteil an den gesamten Einfuhren nach Deutschland, in %				
17.3	Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern	0,53	0,67	0,62	0,71	0,71
	Einfuhren von weiterverarbeiteten Produkten aus am wenigsten entwickelten Ländern	0,47	0,54	0,54	0,62	0,66

Quelle: Statistisches Bundesamt







www.destatis.de

Zentraler Auskunftsdienst
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
www.destatis.de/kontakt

www.destatis.de/publikationen